

# KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Jänner 2011



# Bericht über die wirtschaftliche Lage

Redaktionsschluss: 19. Jänner 2011

Redaktion: Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

# Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage.....	4
Überblick .....	5
Internationale Konjunktorentwicklung unter Berücksichtigung rezenter Prognosen .....	6
Österreich: Exportwachstum gegen Ende des Jahres 2010 gebremst .....	14
Jüngste Entwicklungen auf den Finanzmärkten.....	18
<b>Annex.....</b>	<b>23</b>
Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international Zeitraum 25. November 2010 bis 12. Jänner 2011 .....	24
<b>Grafiken und Tabellen.....</b>	<b>32</b>

# Bericht über die wirtschaftliche Lage

# Überblick<sup>1</sup>

**Die weltwirtschaftliche Erholung hat - wie von den Prognosen erwartet und von den vorliegenden harten Fakten nunmehr belegt - im 2. Halbjahr 2010 etwas an Schwung verloren. Die annualisierte Wachstumsrate des realen US-BIP lag im 2. und 3. Quartal 2010 (im Vorquartalsvergleich) mit +1,7% bzw. +2,6% unter dem langfristigen Durchschnitt. Der Konsum der privaten Haushalte in den USA blieb jedoch robust und stieg im 3. Quartal 2010 sogar stärker als zuletzt und dies trotz des Anstiegs der privaten Sparquote (von 2,1% 2007 auf derzeit knapp 6%). Die wichtigsten Vorlaufindikatoren deuten auf eine moderate bzw. teilweise sogar stärkere Wachstumsdynamik in den kommenden Monaten hin. Consensus Forecasts revidierte BIP-Prognose im Jänner 2011 für 2010 auf 3,2% bzw. für 2011 auf 3,3% nach oben. Die Inflationsrate liegt mit knapp über 1% niedrig.**

**In Japan ist die BIP-Wachstumsrate für das 3. Quartal 2010 deutlich von annualisiert 3,9% auf 4,5% nach oben korrigiert worden. Gleichzeitig deuten derzeit zahlreiche Faktoren auf eine Abschwächung der wirtschaftlichen Erholung zur Jahreswende hin. Dazu zählen schwächere Zuwächse beim Export und rückläufige Auftragseingänge bei Maschinenbauunternehmen. Das BIP-Wachstum im Jahr 2011 wird verschiedenen Prognosen zufolge bei etwa 1,5% liegen. Zur Ankurbelung der Wirtschaft wurde beschlossen, die im internationalen Vergleich sehr hohe Unternehmenssteuer (von knapp unter 41%) zunächst um 5 Prozentpunkte und mittelfristig noch weiter zu senken. Spielraum für breiter angelegte Konjunkturprogramme besteht jedoch nicht, da die Staatsverschuldung Japans bereits 2011 auf über 200% des BIP ansteigen wird.**

**Chinas Inflationsrate ist im November 2010 auf 5,1% gestiegen. Der Anstieg ist primär auf die Nahrungsmittel- und Immobilienpreise zurückzuführen. Die chinesische Notenbank hat im Jahr 2010 zweimal die Leitzinsen um jeweils 25 Basispunkte angehoben, zuletzt am 25. Dezember auf 5,81%. Um einer Überhitzung der Wirtschaft vorzubeugen – für 2011 und 2012 rechnet der IWF mit BIP-Wachstumsraten von 10,5 bzw. 9,6% – sind Maßnahmen geplant, die anhaltend hohe Kreditvergabe der Geschäftsbanken zu bremsen.**

**Die exportgetriebene Erholung des Wirtschaftswachstums in den CESEE-Staaten setzte sich in den letzten Monaten fort, der Konjunkturverlauf blieb aber mit Unsicherheiten behaftet und die Dynamik unterschied sich in den einzelnen Ländern spürbar. Aktuelle Prognosen erwarten für 2011 ein starkes Wachstum in der Ukraine, Russland, der Slowakei und Polen. Kroatien und Rumänien werden der regionalen Entwicklung weiter etwas nachhinken und dürften heuer ähnliche Wachstumsraten wie der Euroraum aufweisen.**

**Im Euroraum ist das reale BIP im 3. Quartal 2010 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Aktuelle Indikatoren bestätigen, dass die positive konjunkturelle Grunddynamik im Euroraum gegen Ende des Jahres anhielt. Im Jahr 2011 werden die Exporte des Eurogebiets von der anhaltenden weltwirtschaftlichen Erholung profitieren. Zugleich dürfte die Inlandsnachfrage des privaten Sektors, gestützt durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs und die zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen, zunehmend zum BIP-Wachstum (von etwa 1½% 2011) beitragen. Die Inflationsrate zog im Euroraum im Dezember 2010 infolge der Teuerungen bei den Treibstoffen auf 2,2% an. Im Jahresdurchschnitt 2010 lag die Inflationsrate bei 1,6%.**

**Ähnliche Teuerungseffekte haben auch in Österreich zu einem Anstieg der Inflationsrate auf 2,2% im Dezember geführt, womit sich im Jahresdurchschnitt 2010 ein HVPI-Anstieg von 1,7% ergibt. Die konjunkturelle Entwicklung war durch ein deutliches Nachlassen der hohen Exportdynamik im 4. Quartal 2010 gekennzeichnet. Die Beschäftigung stieg aber kräftig, die Arbeitslosigkeit sank.**

<sup>1</sup> Autor: Manfred Fluch (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

# Internationale Konjunkturentwicklung unter Berücksichtigung rezenter Prognosen<sup>2</sup>

## Schuldenkrise in Europa

Die Aktivierung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus für Irland am 28. November 2010 führte zu keiner nachhaltigen Entspannung auf den Märkten für Staatsanleihen. Trotz bereits messbarer partieller Erfüllung von Haushaltskonsolidierungsprogrammen weiteten sich die Risikoaufschläge für Staatsanleihen einzelner Euroraum-Länder seit Anfang Dezember 2010 nach anfänglichem Rückgang wieder aus. Die erhöhten Schuldenfinanzierungskosten reflektieren die wahrgenommenen Unsicherheiten über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bzw. die Befürchtung von Umschuldungen. Faktoren, die die nach wie vor hohe Volatilität der Risikoaufschläge auslösen sind die Schwierigkeiten, Budgetziele zu erreichen oder politisch durchzusetzen, enttäuschende Wirtschaftsdaten und schwache Wachstumsaussichten, Verschlechterungen der Situation im Bankensektor der betroffenen Länder, öffentliche Diskussionen europäischer Politiker über eine mögliche Verlängerung und Ausweitung des Stabilisierungsmechanismus sowie alternative Reformvorschläge wie Eurobonds, drohende oder durchgeführte Herabsetzung von souveränen Ratings sowie nach wie vor große Skepsis der Anleger.

Die Aufschläge auf zehnjährige irische Staatsanleihen gemessen an deutschen Bonds, deren Renditen selbst seit Anfang Dezember um 31 Basispunkte gestiegen sind, betragen am 17. Jänner 2010 517 Basispunkte (+85 Bp. gegenüber 1. Dezember). Der Abstand der Renditen griechischer Staatsanleihen im Vergleich zu deutschen betrug am 17. Jänner 803 Basispunkte (+106); der portugiesischer 375 (+26), der spanischer 239 (+19), der italienischer 159 (+12) und der belgischer 108 Basispunkte (+18).

## Euroraum

### Moderates Wachstum im dritten Quartal 2010

Gemäß Schätzung von Eurostat betrug im dritten Quartal 2010 das Wachstum des realen BIP im Euroraum moderate 0,3% im Vergleich zum Vorquartal, nachdem es im zweiten Quartal mit 1,0% den höchsten Stand seit zwei Jahren erreicht hatte. Verglichen mit dem Vorjahresquartal betrug die Wachstumsrate im dritten Quartal wieder 1,9%.

Einen Beitrag von je 0,1 Prozentpunkten lieferten zum dritten Quartalswachstum die privaten Konsumausgaben, die Staatsausgaben sowie die Vorratsveränderungen; die Bruttoanlageinvestitionen leisteten einen negativen Beitrag von -0,1 Prozentpunkten. Obwohl sich das Wachstum der Exporte massiv verlangsamte, konnten die Nettoexporte mit 0,1 Prozentpunkten positiv zum Wachstum beitragen. Das ist auf das ebenfalls verlangsamte Wachstum der Importe zurückzuführen. Die Entwicklung des Außenhandels steht im Einklang mit dem sich abschwächenden globalen Handelswachstum.

---

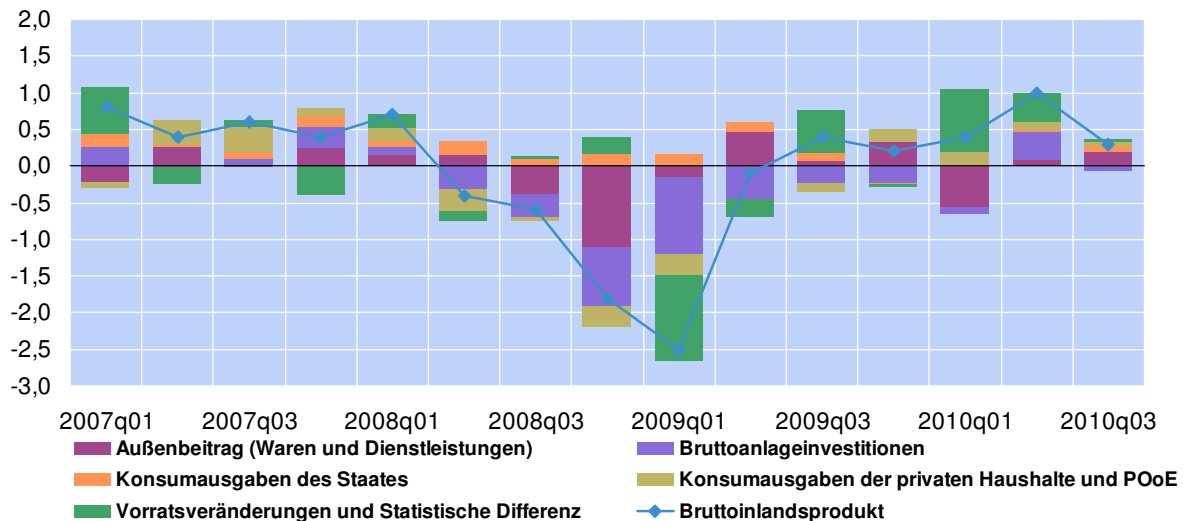
<sup>2</sup> Autoren: Andreas Breitenfellner, Ingrid Haar-Stöhr (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Die Abschwächung des BIP-Wachstums im dritten Quartal steht im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Deutschland, das im dritten Quartal nur um 0,7% gewachsen ist. Im zweiten Quartal lag das Wachstum in Deutschland noch bei 2,3%. Auch in Frankreich, Italien und Spanien ist eine deutliche Abschwächung gegenüber dem Vorquartal zu beobachten. Eine Schrumpfung des BIP verzeichnete lediglich Griechenland mit -1,3%.

Auf dem Arbeitsmarkt spiegelte sich die Konjunkturerholung bereits in einer Stabilisierung wider. Im November 2010 betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum wie im Oktober 10,1%. Nach ersten Schätzungen von Eurostat stagnierte auch die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal. Während die unselbständige Beschäftigung in Spanien und Griechenland sank, stieg sie unter anderem in der Slowakei, Österreich und Belgien.

### Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum gegenüber dem Vorquartal

in %-Punkten



Quelle: Eurostat.

Für 2010 und 2011 wird laut jüngster Prognose der europäischen Kommission ein Wachstum des realen BIP im Euroraum um 1,7% bzw. 1,5% erwartet. Ursache für eine Verlangsamung des Wachstumstempos bis Mitte 2011 soll demnach eine entsprechende Abschwächung des Weltwirtschaftswachstums sein, sowie Fiskalkonsolidierungsmaßnahmen einzelner Staaten bzw. das Auslaufen von Konjunkturstimulierungsmaßnahmen. Zwischenzeitlich sollte sich das Wachstum auf alle Komponenten stützen, wobei große Differenzen zwischen einzelnen Ländern bestehen bleiben. Das Eurosystem erwartet in seinen Projektionen vom Dezember 2010 ein BIP-Wachstum zwischen 1,6% und 1,8% (2010), 0,7% bis 2,1% (2011) und 0,6% bis 2,8% (2012).

### Vorlaufindikatoren bestätigen Konjunkturdynamik

Die Vorlaufindikatoren signalisieren eine fortgesetzte moderate Konjunkturdynamik für das vierte Quartal 2010. Die (saisonbereinigte) Industrieproduktion stieg im November gegenüber dem Vormonat um 1,2% nach 0,7% im Oktober. Bei den Einzelhandelsumsätzen bestätigte eine Schrumpfung um 0,8% einen Abwärtstrend. Andere Vorlaufindikatoren deuten auf ein möglicherweise höheres Wachstum im vierten Quartal. Dazu zählt die positive Entwicklung der Kapazitätsauslastung (77,6% im vierten Quartal) oder der überraschend starke Anstieg des Einkaufsmanagerindex für die Industrie im Dezember auf überdurchschnittliche 55,6 Punkte.

Der von der Europäischen Kommission erhobene *Economic Sentiment Indicator* setzte im Dezember seinen Aufwärtstrend fort.

### **Überraschend höhere Inflation – im Jahresdurchschnitt mit 1,6% aber deutlich unter der 2%-Marke**

Die jährliche HVPI-Inflationsrate für den Euroraum betrug Dezember 2010 2,2%, nach 1,9% im November. Dieser überraschend starke Anstieg ging von den Treibstoffen aus. Für die nächsten Monate wird allerdings eine moderatere Inflationsentwicklung im Euroraum erwartet, da die Basiseffekte der Energiepreisentwicklung ab März 2011 einen dämpfenden Einfluss ausüben werden. Die jährliche Änderungsrate der Kerninflation (HVPI ohne Energie und unbearbeitete Lebensmittel) betrug im Dezember 1,1%. Gemäß vorläufigen Berechnungen lag die Inflationsrate im Euroraum im Jahr 2010 bei 1,6%.

Das jährliche Wachstum der Arbeitskostenindikatoren verlief jedoch auch im dritten Quartal 2010 gedämpft. Die Experten der Eurosystems projizierten im Dezember eine moderate Inflationsrate für das Jahr 2011 zwischen 1,3% und 2,3% und für 2012 zwischen 0,7% und 2,3%.

## **USA**

### **Anhebung der Wachstumsprognosen als Folge des Steuerkompromisses**

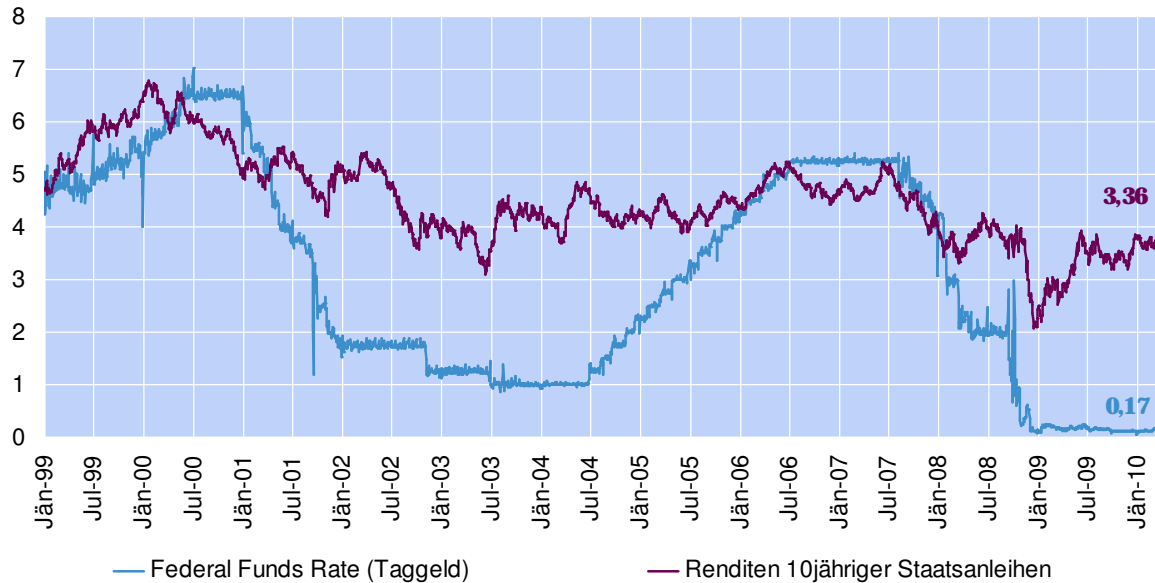
Die annualisierte Wachstumsrate des realen BIP lag im zweiten und dritten Quartal 2010 (im Vorquartalsvergleich) mit +1,7% bzw. +2,6% unter dem langfristigen Durchschnitt. Der Konsum der privaten Haushalte blieb jedoch robust und stieg im dritten Quartal 2010 sogar stärker als zuletzt und das trotz des Anstiegs der privaten Sparquote (von 2,1% 2007 auf derzeit knapp 6%). Durch den Anstieg der Sparquote ist die externe Finanzierungsnotwendigkeit der USA gesunken. Die Investitionen lieferten einen etwas geringeren Wachstumsbeitrag. Der Beitrag der Nettoexporte dämpfte das Wachstum deutlich weniger als im Vorquartal. Die privaten Wohnbauinvestitionen lieferten im dritten Quartal wieder einen negativen Wachstumsbeitrag. Die bisher vorliegenden Daten für das vierte Quartal signalisieren eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität.

Als Folge der Verlängerung der Steuererleichterungen aus der Ära Bush bis Ende 2012 sowie der Senkung der Sozialversicherungssteuern um 2 Prozentpunkte und der Erhöhung der Hilfen für Langzeitarbeitslose steigen die verfügbaren Einkommen der US-Haushalte. Nach ersten Schätzungen soll dadurch das BIP-Wachstum 2011 um 0,5 bis 1 Prozentpunkte angekurbelt werden. Gleichzeitig wird das Budgetdefizit steigen: Erste Prognosen gehen für das Jahr 2011 von einem Anstieg um 1 Prozentpunkt auf etwa 9,5% des BIP aus.

Consensus Forecasts revidierte seine Jänner-BIP-Prognose für 2011 deutlich um 0,5 Prozentpunkte auf 3,2% nach oben und prognostiziert für 2012 ein reales BIP-Wachstum von 3,3%. Die wichtigsten Vorlaufindikatoren – wie Einzelhandelsumsätze, die Einkaufsmanagerindizes, der Index der „leading indicators“ des Conference Board oder der Frühindikator CLI der OECD – deuten auf eine moderate bzw. teilweise sogar stärkere Wachstumsdynamik in den kommenden Monaten. Auch der jüngste Anstieg der Anleihezinsen gilt als Indikator für eine stärkere konjunkturelle Dynamik: Die Renditen 10-jähriger US-Staatsanleihen stiegen seit Anfang Oktober von unter 2,4% auf 3,4% Anfang 2011.

## Zinsentwicklung in den USA

vom 01.01.1999 12.01.2011



Quelle: Thomson Reuters.

### Nur sehr schleppende Verbesserung der Lage auf dem Arbeits- und Immobilienmarkt

Der US-Arbeitsmarkt kommt nur sehr langsam aus der Krise. Es wurden im Dezember deutlich weniger neue Stellen geschaffen als erwartet – die Zahl der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft stieg um lediglich 103.000 statt der erwarteten 150.000. Die Arbeitslosenquote fiel zwar um 0,4 Prozentpunkte auf 9,4%; dieser relativ starke Rückgang beruht jedoch in erster Linie darauf, dass viele Menschen ihre aktive Stellensuche eingestellt haben und wieder zur „stillen Reserve“ zählen. Die Zahl der Erwerbsbevölkerung verringerte sich um 434.000 Personen.

Die nach wie vor angespannte Lage auf dem Immobilienmarkt spiegelt sich insbesondere in der immer noch hohen Zahl der Zwangsvollstreckungen sowie Preisrückgängen (zuletzt fiel der S&P Case-Shiller Hauspreisindex um 1% gegenüber dem Vormonat) wider. Die Verkäufe neuer und bestehender Häuser stiegen zuletzt, wobei das Niveau bei beiden nach wie vor sehr niedrig ist.

### Fed Funds Rate unverändert; weiterhin geringer Inflationsdruck

Die US-Notenbank beließ die Fed Funds Rate bei ihrer letzten Sitzung am 14. Dezember 2010 unverändert (seit 16. Dezember 2008 liegt sie bei 0% bis 0,25%) und beabsichtigt weiterhin den Zinssatz für einen längeren Zeitraum auf diesem niedrigen Niveau zu lassen. Sie verfolgt auch nach wie vor die Absicht bis Mitte 2011 Staatsanleihen im Gegenwert von 600 Mrd USD zu kaufen.

Die jährliche VPI-Inflationsrate betrug im November 2010 1,1%, die Kerninflationsrate 0,8%. Consensus Forecasts prognostiziert in seiner Dezember-Prognose für 2011 einen VPI-Anstieg von 1,5%.

## Asien

### **Japan: Das Wirtschaftswachstum schwächt sich zum Jahreswechsel ab**

Die BIP-Wachstumsrate für das dritte Quartal 2010 ist zuletzt deutlich von annualisiert 3,9% auf 4,5% nach oben korrigiert worden. Gleichzeitig deuten derzeit zahlreiche Faktoren auf eine Abschwächung der wirtschaftlichen Erholung zur Jahreswende hin. Dazu zählen schwächere Zuwächse beim Export und rückläufige Auftragseingänge bei Maschinenbauunternehmen. Das Auslaufen von Kaufprämien für Fahrzeuge und Flachbildfernseher hat zu starken Vorzieheffekten geführt, die sich in negativen BIP-Wachstumsraten im Schlussquartal 2010 auswirken dürften. Auch die Tankan-Umfrage unter Unternehmensmanagern hat sich wieder verschlechtert, vor allem aus Sorge um den starken Yen. Ein Hoffnungsschimmer geht von den laut Tankan-Umfrage im letzten Quartal 2010 wieder rascher gestiegenen Investitionen aus.

### **Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur in Japan; leicht positive Inflationsraten für 2011 und 2012 prognostiziert**

Das BIP-Wachstum im Jahr 2011 wird in Japan bei etwa 1,5% liegen (z.B. IWF-Herbstprognose). Zur Ankurbelung der Wirtschaft wurde beschlossen, die im internationalen Vergleich sehr hohe Unternehmenssteuer (40,69%) zunächst um 5 Prozentpunkte und mittelfristig noch weiter zu senken. Spielraum für breiter angelegte Konjunkturprogramme besteht jedoch nicht, da die Staatsverschuldung Japans bereits 2011 auf über 200% des BIP ansteigen wird. Die Bank of Japan (BoJ) wird bei ihrer expansiven Geldpolitik (0,0-0,1%) bleiben, solange kein Ende der Deflation abzusehen ist. Die im November mit +0,1% leicht positive Teuerungsrate ist primär auf eine Anhebung der Tabaksteuern zurückzuführen. Die BoJ erwartet für 2011 und 2012 Preisanstiege um 0,1 bzw. 0,6%. Japans Finanzminister hat zuletzt angekündigt, rund 20% der für Ende Jänner geplanten Emission der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zeichnen zu wollen.

### **China: Das Land setzt Maßnahmen zur Inflationseindämmung**

Chinas Inflationsrate ist im November 2010 auf 5,1% gestiegen. Der Anstieg ist primär auf die Nahrungsmittel- und Immobilienpreise zurückzuführen. Die chinesische Notenbank hat im Jahr 2010 zweimal die Leitzinsen um jeweils 25 Basispunkte angehoben, zuletzt am 25. Dezember auf 5,81%. Um einer Überhitzung der Wirtschaft vorzubeugen – für 2011 und 2012 rechnet der IWF mit BIP-Wachstumsraten von 10,5 bzw. 9,6% – sind Maßnahmen geplant, die anhaltend hohe Kreditvergabe der Geschäftsbanken zu bremsen. Waren bisher jährliche Quoten festgelegt worden soll sich nun das Kreditvolumen an der Eigenkapitalausstattung der Banken und ihren Vorkehrungen gegen Zahlungsausfälle orientieren. Die Kreditvergabe hatte sich von 2008 auf 2009 verdoppelt und sich dann – entgegen restriktiven Bemühungen – auf hohem Niveau stabilisiert. Auch eine raschere Aufwertung der chinesischen Währung könnte zur Inflationsdämpfung beitragen: Seit der Flexibilisierung der Devisenpolitik im Juni 2010 hat der Renminbi gegenüber dem US-Dollar nur um 3% aufgewertet. Die Devisenreserven haben Anfang 2011 einen neuen Rekordstand erreicht (2,85 Bio. USD) und liegen um 18,7% höher als im Vorjahr. China hat wiederholt angekündigt, verstärkt in den Euro und in europäische Staatsanleihen investieren zu wollen.

# EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa<sup>3</sup>

## **Makrofinanzielle Risiken: Anhaltende Heterogenität in der Region**

Ähnlich wie in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung spiegelt sich auch in den makrofinanziellen Risiken die Heterogenität der Region Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE)<sup>4</sup> wider. Zwar setzte sich die seit der ersten Hälfte des Jahres 2010<sup>5</sup> zu beobachtende leichte Entspannung in den hier behandelten Ländern im gewichteten regionalen Durchschnitt auch in den letzten sechs Monaten fort, bei der Entwicklung der einzelnen Länder gab es allerdings deutliche Unterschiede. Während sich die Risikobewertung etwa in der Tschechischen Republik, der Slowakei, Russland und der Ukraine (im letztgenannten Land allerdings von einem sehr hohen Niveau aus) etwas verbessert hat, waren in Ungarn, Slowenien, Rumänien und Kroatien Verschlechterungen zu beobachten. In der Tschechischen Republik und der Slowakei hat sich die allgemeine Risikoeinschätzung in den letzten Monaten wieder auf dem Vorkrisenniveau stabilisiert, in Russland sind die makrofinanziellen Risiken sogar etwas unter diesen Orientierungswert gefallen. Im Rest der Region stellen sich die Risiken allerdings weiter (teils deutlich) akzentuierter dar als vor dem Übergreifen der globalen Finanzkrise auf die CESEE-Region im Herbst 2008.

Die exportgetriebene Erholung des Wirtschaftswachstums setzte sich in den letzten Monaten fort, der Konjunkturverlauf blieb aber mit Unsicherheiten behaftet und die Dynamik unterschied sich in den einzelnen Ländern spürbar. Vor diesem Hintergrund veränderte sich das *makroökonomische und zyklische Risikoprofil* im Allgemeinen nur wenig. Auf Länderebene gab es allerdings Verbesserungen in der Tschechischen Republik und in Russland, während sich Rumänien und Kroatien etwas schlechter als noch im Sommer 2010 entwickelten. Aktuelle Prognosen erwarten für 2011 ein starkes Wachstum in der Ukraine, Russland, der Slowakei und Polen. Kroatien und Rumänien werden der regionalen Entwicklung weiter etwas nachhinken und dürften heuer ähnliche Wachstumsraten wie der Euroraum aufweisen.

Der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Finanzen, der mit den im Verlauf der Krise deutlich gestiegenen Haushaltslücken entstanden ist, wirkt sich dämpfend auf die Konjunktur aus. Die Budgetdefizite dürften 2010 in allen betrachteten Ländern gemessen am BIP über der 3% Marke gelegen sein. Besonders hohe Lücken (um 7 bis 8% des BIP) haben dabei Rumänien, Polen und die Slowakei aufgewiesen. Damit einhergehen steigende Staatsverschuldungsquoten, die aber nur in Ungarn 60% des BIP überschreiten.

Die *außenwirtschaftlichen Risiken und die Wechselkursrisiken* nahmen in Ungarn, Slowenien und Kroatien zu, während sie im Rest der Region im Großen und Ganzen unverändert blieben. In Slowenien und Kroatien wurde diese Entwicklung von einer negativen Grundbilanz (Saldo aus Leistungs- und Kapitalbilanz korrigiert um Netto-FDI-Zuflüsse) sowie einer ungünstigen Entwicklung der Auslandsverschuldung und der Wettbewerbsfähigkeit angetrieben. Die

---

<sup>3</sup> Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

<sup>4</sup> In diesem Unterabschnitt werden die Länder Slowenien, Slowakei, die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien Kroatien, Russland und Ukraine behandelt.

<sup>5</sup> Siehe Konjunktur aktuell – Juni 2010

Einschätzung Ungarns leidet vor allem unter politischen Maßnahmen, welche das Investorenvertrauen sowie die Volatilität des Forint negativ beeinflussen könnten.

Generell hielt die seit Ausbruch der Krise zu beobachtende Verbesserung der Leistungsbilanzsalden in vielen Ländern auch im ersten Halbjahr 2010 weiter an (in Ungarn drehte das Defizit sogar in einen Überschuss). Gleichzeitig nahmen aber die Netto-Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen in die Region ab. Dies hatte allerdings nur in Rumänien eine deutliche Verschlechterung der Grundbilanz zur Folge. Während sich in Kroatien die Abnahme der FDI-Zuflüsse und des Leistungsbilanzdefizits in etwa die Waage hielten, war in den übrigen Ländern der FDI-Rückgang weniger stark ausgeprägt als die Leistungsbilanzanpassung (wodurch sich die Grundbilanz verbesserte). Negative Grundbilanzen und einen damit verbundenen Finanzierungsbedarf wiesen im ersten Halbjahr 2010 nur Rumänien, Kroatien, Slowenien und die Slowakei aus. Vor dem Hintergrund (teils deutlich) steigender Bruttoauslandsverschuldung nehmen die IWF-/EU- bzw. IWF-Unterstützungspakete für Rumänien und die Ukraine weiter eine zentrale Rolle ein. Beide Programme laufen zurzeit weitgehend zufriedenstellend.

In der zweiten Jahreshälfte 2010 werteten der polnische Zloty, die tschechische Koruna, der ungarische Forint und der rumänische Leu nominell gegenüber dem Euro auf. Diese Wechselkursveränderungen waren allerdings zumeist geringer als die unmittelbar davor (im zweiten Quartal 2010) erfolgten Abwertungen. Während sich die ukrainische Hryvnia gegenüber dem US-Dollar im Großen und Ganzen stabil entwickelte, wertete der russische Rubel gegenüber seinem Referenzwährungskorb (bestehend aus USD und EUR) im zweiten Halbjahr 2010 – nach einer starken Aufwertung zu Jahresbeginn – ab.

Angetrieben von einer starken Produktivitätsentwicklung waren die Lohnstückkosten in der verarbeitenden Industrie in der Region meist rückläufig. Ausnahmen vom regionalen Trend zeigten sich in der Ukraine und in Kroatien. Kroatien war auch das einzige Land, welches keine Produktivitätszuwächse verzeichnen konnte. In den übrigen Ländern profitierte die Produktivität vor allem von den zuletzt starken Produktionsausweitungen. In Bulgarien und Rumänien wirkte sich auch ein deutlicher Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden positiv aus. Aufgrund ebenfalls fallender Lohnstückkosten im Euroraum ergab sich aus der grundsätzlich positiven Entwicklung in CESEE aber kein allgemeiner Gewinn an preislicher Wettbewerbsfähigkeit (nachdem diese vor allem im zweiten Halbjahr 2009 in den meisten Ländern deutlich zugenommen hatte). Slowenien und Russland, vor allem aber Kroatien und die Ukraine haben preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Euroraum eingebüßt.

Erste Anzeichen einer Entspannung der Situation im Bereich der *Kreditrisiken und Risiken in Bezug auf den Bankensektor* waren in den letzten Monaten zu erkennen. In den meisten Ländern verringerten sich die Lücke zwischen vergebenen Krediten und Einlagen sowie die Nettoauslandsverbindlichkeiten des Bankensystems, und die Verschlechterung der Qualität der Kreditportfolios ließ nach. Der Anteil notleidender Kredite an der gesamten Kreditvergabe dürfte seine Spitze aber noch nicht ganz erreicht haben. Hierfür sind unter anderem die schwache allgemeine Kreditvergabe sowie die nach wie vor bestehende Gefahr eines Ausfalls restrukturierter Kredite verantwortlich. Gleichzeitig stabilisierte sich die Gewinnsituation wieder etwas. Deutliche Verluste werden noch in der Ukraine verzeichnet, wobei diese auch hier im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig waren. Höhere Gewinne wurden vom tschechischen, slowakischen und russischen Bankensektor erwirtschaftet. Die Eigenkapitalausstattung bleibt weitgehend zufriedenstellend und stieg in der Ukraine, Kroatien und Bulgarien an.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Risikoprofil der Slowakei, Russlands und der Ukraine (hier allerdings von einem schlechten Niveau aus) im Bereich der Kreditrisiken und der Risiken in Bezug auf den Bankensektor etwas verbessert. In der Slowakei entwickeln sich alle Schlüsselindikatoren in den letzten Monaten stabil und der Anstieg der notleidenden Kredite hat sich deutlich abgeschwächt. Die anderen beiden Länder zeichnen sich durch eine schrumpfende Lücke zwischen Krediten und Einlagen, positive Entwicklungen im Bereich der Portfolioqualität, eine steigende Profitabilität sowie hohe (und in der Ukraine auch steigende) Kapitalpuffer aus. Darüber hinaus sollten sich die guten Wachstumsaussichten in diesen Ländern auch günstig auf die jeweiligen Bankensektoren auswirken. In der Region haben nur in Ungarn die Risiken zugenommen. Den Hintergrund dafür bilden ein zuletzt wieder deutlich stärkerer Anstieg der notleidenden Kredite, eine hartnäckig hohe Finanzierungslücke im Bankensektor, hohe Nettoauslandsverbindlichkeiten sowie ein hoher Anteil von Fremdwährungskrediten. Die Situation wird weiter durch vergleichsweise ungünstige Wachstumsaussichten verschärft.

# Österreich: Exportwachstum gegen Ende des Jahres 2010 gebremst<sup>6</sup>

## Ergebnisse des OeNB-Exportindikators (Jänner 2011): Güterexporte im vierten Quartal rückläufig, für Gesamtjahr 2010 jedoch Wachstum von 16%

Der tiefe Einbruch der Güterexporte im Jahr 2009 (-20,2%) als Folge der globalen Finanzkrise konnte im Jahr 2010 zu einem Gutteil wieder wettgemacht werden: *Die Ausfuhren stiegen nominell um 16,2%*. Damit lagen die Ausfuhren (saison- und arbeitstäglich bereinigt) im Dezember noch 11% unter dem Wert von April 2008, dem höchsten Niveau vor Ausbruch der Krise.

*Allerdings ist die im Sommer 2009 einsetzende Phase des starken Exportwachstums seit September 2010 beendet.* In diesem Monat kam es zu einer Stagnation der Güterexporte (+0,0% im Dreimonatsabstand, saison- und arbeitstäglich bereinigt). Die Prognose für die Monate November und Dezember zeigt, dass sich dieser Trend fortsetzt. Im *vierten Quartal* kam es zu einem *Rückgang* der nominellen Güterexporte um 1,2%.

Dieser Rückgang ist einerseits durch einen Rückpralleffekt aufgrund des sehr starken Wachstums der vorangegangenen beiden Quartale bedingt. Weiters hat sich das Wachstum der internationalen Konjunktur und damit auch des Welthandels nach dem starken Aufholprozess zu Jahresbeginn 2010 beruhigt. In den Industrieländern wurden die krisenbedingten Produktionsrückgänge und die in Folge aufgeschobenen Lager- und Ersatzinvestitionen zu einem Großteil wieder aufgeholt. Die in vielen Ländern beschlossenen Sparpakete dämpfen die Nachfrage nach österreichischen Exporten weiter. Allerdings ist eine Phase von schwächerem oder gar negativem Wachstum nach einer Phase starken Wachstums nicht untypisch für eine Erholungsphase und noch kein Anzeichen für ein erneutes Einbrechen der Exportkonjunktur.

**Tabelle 1: Ergebnisse des OeNB-Exportindikators von Jänner 2011**

	LKW-Fahrleistung	Güterexporte, nominell	LKW- Fahrleistung	Güterexporte, nominell	LKW- Fahrleistung	Güterexporte, nominell
	Veränderung im Dreimonatsabstand in %			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Saison- und arbeitstäglich bereinigt			Nicht arbeitstäglich bereinigt		
2010M06	0.8	9.8	9.1	24.5	8.7	24.6
2010M07	3.0	9.1	5.8	21.5	2.9	18.2
2010M08	3.5	10.2	5.4	24.9	8.7	28.8
2010M09	-0.1	0.0	4.3	18.1	4.0	18.2
2010M10	-0.5	-1.4	3.4	15.5	0.8	12.3
2010M11	0.4	<b>-1.4</b>	7.5	<b>20.5</b>	7.3	<b>20.2</b>
2010M12	-1.2	<b>-0.8</b>	5.4	<b>17.0</b>	9.2	<b>20.0</b>
2010Q1	2.7	3.3	3.7	6.2	3.0	6.0
2010Q2	0.9	8.4	5.1	18.0	6.8	20.2
2010Q3	2.1	6.3	5.2	21.5	5.0	21.2
2010Q4	-0.4	<b>-1.2</b>	5.4	<b>17.6</b>	5.4	<b>17.4</b>
2009			-12.9	-20.4	-12.9	-20.2
2010			4.9	<b>15.8</b>	5.1	<b>16.2</b>

Anm.: Fett markierte Werte sind Prognosewerte.

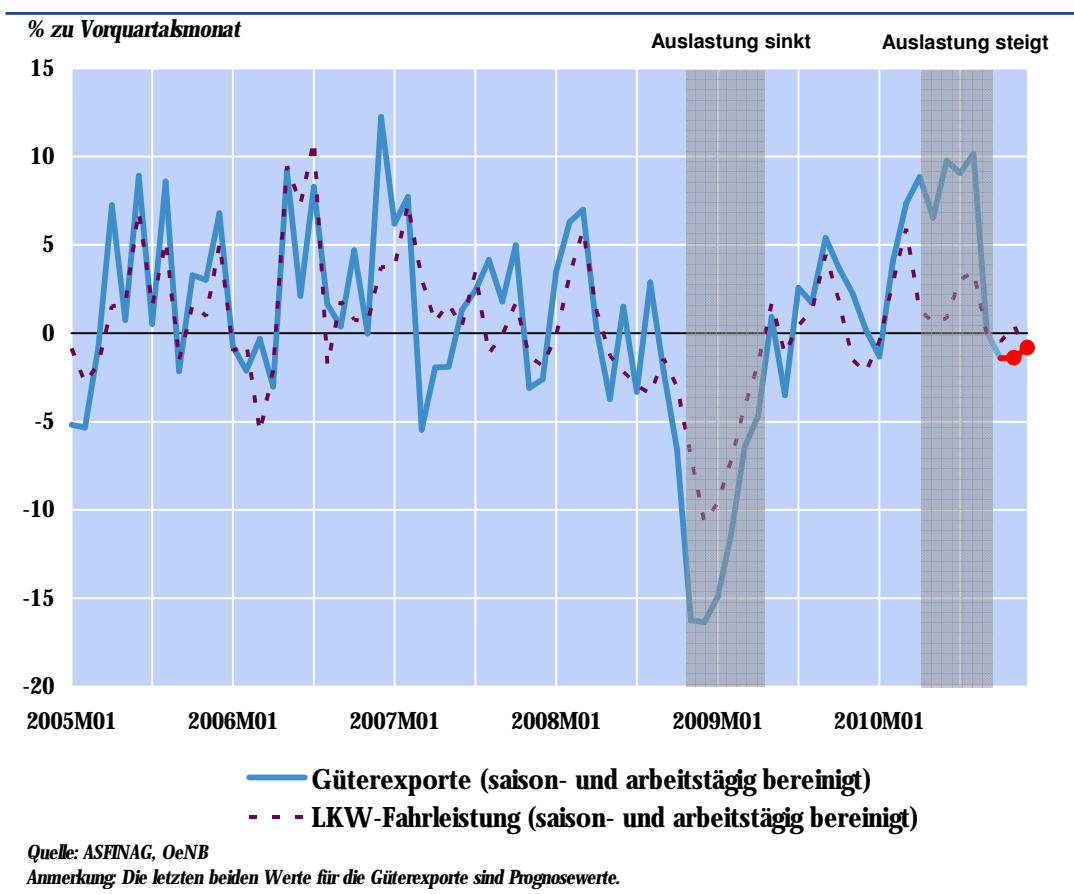
Quelle: ASFINAG -Maut Service GmbH, Statistik Austria und OeNB

<sup>6</sup> Autor: Christian Ragacs (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

Der saison- und arbeitstägig bereinigte Dezemberwert für die LKW-Fahrleistung (-0,4% im Dreimonatsabstand), auf dem die Exportprognose für diesen Monat basiert, könnte jedoch unterzeichnet sein, da die beiden Weihnachtsfeiertage auf ein Wochenende fielen. Angesichts der weit verbreiteten Firmenschließungen über Weihnachten dürften die tatsächlich geleisteten Arbeitstage unter den durch den Kalender bedingten Arbeitstagen liegen, wodurch ein Aufwärtsrisiko für die saison- und arbeitstägig Prognose der Exporte besteht.

Mit der Exportentwicklung im September und Oktober dürfte auch die Phase eines steigenden Auslastungsgrades der LKWs abgeschlossen sein: In den Monaten April bis August sind die Ausfuhren deutlich stärker als die LKW-Fahrleistung gestiegen, während sich LKW-Fahrleistung und Ausfuhren seither wieder gleichlaufend entwickeln.

**Grafik 1: Ergebnisse des OeNB-Exportindikators von Jänner 2011**



**Trendwende auf dem Arbeitsmarkt seit dem dritten Quartal 2010; Beschäftigungsrekord im November**

Laut den vorläufige Beschäftigtendaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger ist im Dezember die Zahl aktiv Beschäftigter gegenüber dem Vorjahr um 60.000 (November: 61.333) angestiegen und die Anzahl vorgemerkter Arbeitsloser um 10.492 (-3,4%; November: -13.399) gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Anzahl offener Stellen ist im Vergleich zum Vorjahresmonat um beachtliche 22% angestiegen (November: +16%). Die Anzahl der sich in Schulung befindlichen Personen (61.348) ist um 7.504 (-10,9%) gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Insgesamt reduzierte sich somit die Summe von Arbeitslosen und

Schulungsteilnehmern um 17.996 Personen (-4,7%). Im Dezember sind insgesamt 3.262.000 Menschen aktiv in Beschäftigung gestanden. Saisonbedingt ist dieser Wert geringer als noch im November, wo insgesamt 3.405.449 unselbständige Beschäftigungsverhältnisse verzeichnet (+54.443 bzw. +1,6% über dem Vorjahreswert) wurden. Für einen November ist dies der höchste Beschäftigungsstand, der seit Bestehen der statistischen Aufzeichnungen erreicht werden konnte.

2010 ist die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt mit dem dritten Quartal 2010 eingetreten. Laut der aktuellen *Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria* waren im dritten Quartal 2010 insgesamt 4.147.500 Personen erwerbstätig und 190.900 arbeitslos. Im Jahresabstand ist mit einem Plus von 28.100 erstmals seit dem vierten Quartal 2008 die Zahl der ermittelten Erwerbstätigen (nach internationaler Definition) wieder deutlich angestiegen. 2009 ist die Beschäftigung vom zweiten bis zum vierten Quartal im Jahresabstand deutlich zurückgegangen (-27.800/-19.100/-8.200). In den ersten beiden Quartalen 2010 blieb der Beschäftigungsstand nahezu unverändert. Im vierten Quartal 2010 verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter, die Anzahl arbeitsloser Personen ist im Vergleich zum Vorquartal um 21.300 (-10,6%) auf 179.00 gesunken.

Mit einer Arbeitslosenquote von 5,1% nach *Eurostat* weist Österreich nach den Niederlanden (4,4%) und Luxemburg (4,8%) im November (letzter verfügbarer Wert) den drittniedrigsten Wert in der Europäischen Union auf (Schnitt: 9,6%). Die Eurostat-Arbeitslosenquote weist derzeit allerdings einen steigenden Trend auf (Anstieg um 0,7%-Punkte seit Juli 2010) und steht damit im Widerspruch zur Entwicklung sowohl der nationalen Arbeitslosenquote, als auch der Arbeitslosenquote nach der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung von Statistik Austria, die sich beide leicht rückläufig entwickeln.

### **Österreichs HVPI-Inflationsrate steigt im Dezember 2010 auf 2,2% - Jahresdurchschnitt 2010: +1,7%**

Die Inflationsrate für *Dezember* 2010 erhöhte sich nach Berechnungen von Statistik Austria im Dezember 2010 auf 2,2% (November 1,8%, Oktober 2,0%) und erreichte damit den höchsten Wert seit November 2008. Der Anstieg wurde überwiegend von einem deutlichen Preisschub bei Mineralölprodukten verursacht. Ohne Mineralölprodukte wäre die Dezemberinflation deutlich unter der 2%-Marke gelegen. Die Kerninflation (HVPI-Inflationsrate ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) beschleunigte sich zuletzt nur leicht auf 1,5% (November: 1,4%).

Im *Jahresdurchschnitt 2010* betrug die HVPI-Inflationsrate 1,7% - abgesehen vom Niedrigwert des Jahres 2009 (0,4%) der geringste Wert seit dem Jahr 2006. Der Preisauftrieb in Österreich war damit ähnlich wie im gesamten Euroraum (1,6%). Als stärkster Preistreiber wirkten sich auch in der Jahresinflation die deutlich teurer gewordenen Treibstoffe aus. Aber auch andere Verkehrsleistungen (Reparaturen von Autos) sowie Preiserhöhungen bei Versicherungen, Restaurants und Schmuck trieben die Inflationsrate. Dagegen blieben die Lebensmittelpreise relativ stabil, wogegen der teilweise Wegfall der Studiengebühr und die Einführung des Gratiskindergartens inflationsdämpfend wirkten. Ähnliches gilt für die Preise von Pauschalreisen, die im Vergleich 2010/2009 etwas billiger wurden.

## **Guter Start der Tourismuswintersaison 2010/11**

Laut *vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria* wurden im November 2010 3,84 Mio Nächtigungen verzeichnet, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 7,8% bedeutet. Dies ist der beste Novemberwert seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen. Im bisherigeren Kalenderjahr 2010 (Jänner bis November) konnte gegenüber der Vorjahresperiode bisher eine Steigerung der Nächtigungen um 1% erreicht werden. Für das Gesamtjahr 2010 ist somit trotz der ungünstigen Feiertagskonstellation im Dezember eine leichte Steigerung der Nächtigungszahlen gegenüber 2009 zu erwarten.

## **Wirtschaftserwartungen weiterhin sehr optimistisch**

Die Stimmung in der österreichischen Wirtschaft hat sich wie auch im vergangenen Monat nochmals aufgehellt. Der für die österreichische Wirtschaftsentwicklung traditionell gute Vorlaufeigenschaft aufweisende *Ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft* Deutschlands hat sich – bereits ausgehend von einem hohen Niveau - im Dezember weiterhin verbessert. Er ist von 109,3 Punkten im Vormonat auf 109,9 Punkte gestiegen. Der *Bank Austria Konjunkturindikator* hat im November mit 4,2 Punkten das 3-Jahreshoch des Oktobers gehalten. Die Stimmung im Produktionssektor ist erstmals seit 18 Monaten besser als im EU-Durchschnitt. Der *Bank Austria Einkaufsmanagerindex* ist im Dezember von 55,2 auf 57,7 Punkte gestiegen. Für den Jahresbeginn 2011 lässt das seit Sommer stärkste Wachstum der Auftragseingänge (59,4 gegenüber 54,7 Punkten im November) weiteren Aufwind erwarten. Der *Bank Austria Konjunkturindikator* ist im Dezember zwar geringfügig gesunken (3,5 statt 3,8 Punkte im November), der immer noch hohe Wert lässt aber ebenfalls eine weiterhin robuste Wirtschaftsentwicklung erwarten. Der *Economic Sentiment Indicator* ist im Dezember gegenüber dem Vormonat leicht gesunken und liegt nun bei 111,9 Punkten. Während sich das Industrievertrauen weiter verbesserte, waren bei allen anderen Kategorien Rückgänge zu verzeichnen.

## Jüngste Entwicklungen auf den Finanzmärkten<sup>7</sup>

### **EUR-Interbankzinssätze stiegen 2010, Unsicherheit im USD-Segment wieder gesunken**

Im Jahr 2010 erhöhten sich die EUR-Interbankzinssätze deutlich stärker als jene im US-Dollar: So stieg der 3-Monats-Euribor um +0,31% auf 1,01% und der EUR-Übernachtzinssatz um +0,21% auf 0,60%, während die jeweiligen US-Dollar-Pendants im 3-Monats- (+0,05% auf 0,30%) und Übernachtsegment (+0,02% auf 0,18%) fast unverändert blieben. Das geringere Zinsniveau im US-Dollar-Geldmarkt ist durch den niedrigeren Leitzins der US Federal Reserve im Vergleich zur EZB bedingt, während die stärkeren Anstiege im EUR-Geldmarkt durch die Refinanzierungsprobleme mancher europäischen Banken im Zuge der Staatsschuldenkrise und die expansive Monetärpolitik der amerikanischen Notenbank bedingt sein dürften.

Die Turbulenzen am Geldmarkt in US-Dollar, welche den 3-Monats-Zinssatz im Sommer 2010 massiv steigen ließen, waren durch die Besorgnis über die Exponierung europäischer Banken gegenüber Schuldtiteln von Euroraum-Staaten mit hohen Risikoprämien und ihre vergleichsweise hohen US-Dollar-Refinanzierungserfordernisse bedingt. Diese Refinanzierungsfähigkeit hängt stark von der Investitionstätigkeit amerikanischer Geldmarktfonds ab. Die Ratingagentur Fitch Ratings stellte im Dezember 2010 in diesem Zusammenhang fest, dass die (zum jeweiligen Berichtszeitpunkt) zehn größten amerikanischen Geldmarktfonds ihr Exposure gegenüber Banken aus Spanien, Irland, Italien und Portugal über die letzten Jahre deutlich reduzierten, während sie jenes zu Banken aus Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich beibehalten haben.<sup>8</sup>

Die Euro Money Market Study der EZB (Dezember 2010) wiederum berichtete basierend auf Daten des zweiten Quartals 2010, dass sich der Umsatz der Banken im unbesicherten und Übernacht-Index-Swap-Bereich deutlich reduzierte, während sich jener im besicherten Segment erhöhte. Eine allgemeine Erklärung für diese Trends dürfte die Verunsicherung auf dem Interbankenmarkt bezüglich des Kreditrisikos der Gegenpartei sein, welche sich auch deutlich in einer starken Konzentration auf kurzfristige Instrumente äußerte. Generell schätzen die befragten Banken die Situation am Geldmarkt differenziert ein: Während sich die Liquidität am unbesicherten Markt und jenem für Cross Currency Swaps im Vergleich zum zweiten Quartal 2009 verschlechterte, stabilisierte oder verbesserte sie sich in den anderen Marktsegmenten.

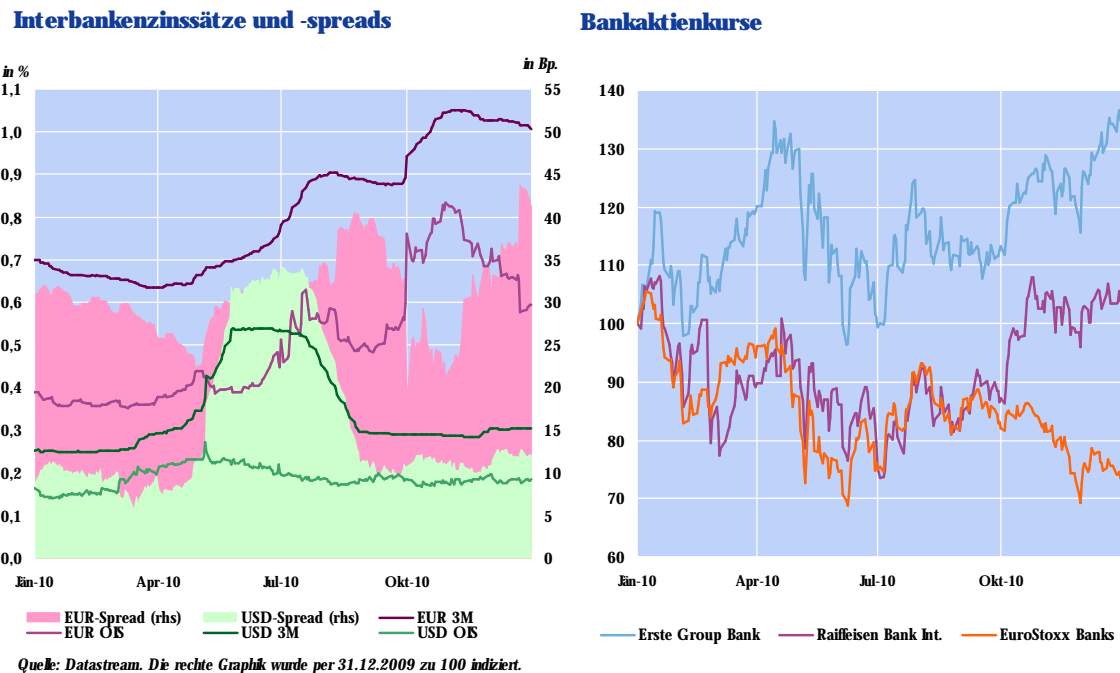
### **Österreichische Bankaktien entwickeln sich 2010 gegen den europäischen Trend positiv**

Die Aktienkurse der österreichischen Großbanken Erste Group Bank (+34,8%) und Raiffeisen Bank International (+3,8%) entwickelten sich im Jahr 2010 positiv und zeigten sich – vor allem im vierten Quartal 2010 – von den Turbulenzen in den Euroraum-Staaten mit hohen Risikoprämien relativ unbeeindruckt. Beide Titel konnten im vergangenen Jahr ihren

<sup>7</sup> Autoren: Stefan Kavan, Tina Wittenberger (Abteilung für Finanzmarktanalyse), Caroline Niziolek (Abteilung für Bankenanalyse und Strategie). Letzte Aktualisierung am 31. Dezember 2010.

<sup>8</sup> Quelle: Fitch Ratings, „U.S. Money Market Funds: Recent Trends in Exposure to European Banks“, 10 Dezember 2010.

Referenzindex EuroStoxx Banks (-26,9%) deutlich um 61,7 bzw. 30,7 Prozentpunkte übertreffen.



### Schuldenkrise im Euroraum – österreichische (AT) Banken haben überschaubares Exposure von 13,6 Mrd EUR gegenüber Griechenland, Irland, Portugal und Spanien

Die Europäische Kommission hat zwischen 1. Oktober 2008 und 1. Oktober 2010 staatliche Beihilfemaßnahmen zu Gunsten des europäischen Finanzsektors im Ausmaß von 4.588,9 Mrd EUR bewilligt. Das entspricht in etwa 38% des BIP<sup>9</sup> der EU-27. Die für den irischen Finanzsektor genehmigten staatlichen Beihilfemaßnahmen sind, insbesondere in Relation zum BIP betrachtet (ca. 460% des BIP), mit Abstand die höchsten in den EU-27. Österreich liegt unter dem Durchschnitt der EU-27.<sup>10</sup> Das irische Bankensystem geriet nicht zuletzt aufgrund gestiegener Bail-out Kosten, die das diesjährige irische Haushaltsdefizit stark belasten werden, in den letzten Monaten des Jahres 2010 in die Schlagzeilen. Der irische Bankensektor ist im EU-Vergleich sehr groß - die konsolidierte Bilanzsumme belief sich Ende 2009 auf 839% des BIP<sup>11</sup>. Von den Turbulenzen auf den Finanzmärkten sind neben Irland (IE), auch Griechenland (GR)<sup>12</sup>, Portugal (PT) und Spanien (ES) betroffen. Dies spiegelt sich auch in der starken Abhängigkeit von EZB-Refinanzierungen wider: im November 2010 refinanzierten sich Banken aus GR, IE, PT und ES mit insgesamt 333 Mrd EUR bei der EZB, was in etwa 64% der gesamten

<sup>9</sup> BIP-Prognose für 2010 gemäß Eurostat

<sup>10</sup> Für nähere Informationen siehe:

[http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/studies\\_reports/studies\\_reports.html](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/studies_reports/studies_reports.html)

<sup>11</sup> Daten gemäß EU Banking Sector Stability Report 2009 und Eurostat.

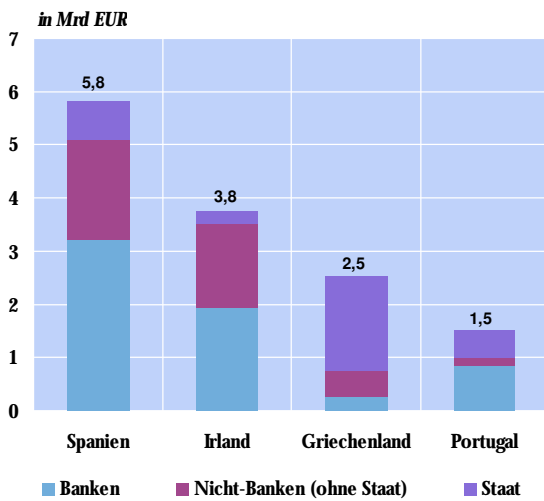
<sup>12</sup> Siehe auch „Konjunktur aktuell“, März 2010

Tenderzuteilungen entspricht. Hievon zeichneten irische Banken mit 136,4 Mrd EUR (etwa 87% des BIP) den größten Anteil.<sup>13</sup>

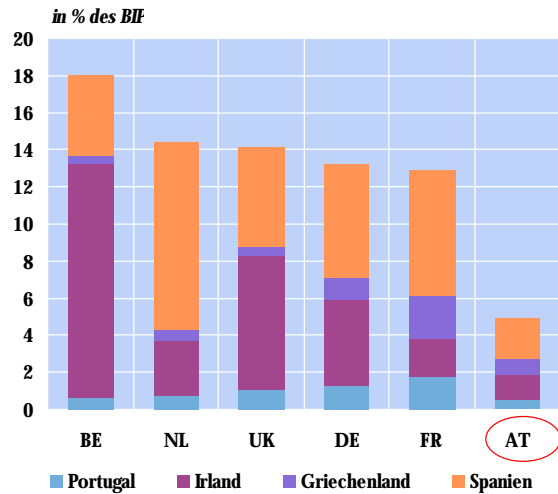
Das österreichische Banken-Exposure gegenüber Irland betrug Ende des ersten Halbjahrs 2010 laut BIZ<sup>14</sup> gegenüber allen Sektoren (Banken, Nicht-Banken/ohne Staat, Staat) rund 3,8 Mrd EUR. Den Höchststand erreichte das Exposure in 2009Q3 mit 6,4 Mrd EUR und ist seither kontinuierlich rückläufig. Im Vergleich zu anderen Ländern ist Österreich insgesamt nur gering in IE exponiert (DE: 112,9 Mrd EUR, UK: 121 Mrd EUR). Deutlich wird dies auch bei Betrachtung der Forderungen im Verhältnis zum BIP: So entsprachen die Forderungen von AT gegenüber IE per Ende Juni 2010 rund 1,3% des BIP (DE: 4,6%, UK: 7,1%). Das Ansteckungsrisiko auf das AT-Bankensystem erscheint somit insgesamt beherrschbar. Die Forderungen, die das AT-Bankensystem gegenüber Griechenland hat, betragen Ende des ersten Halbjahrs 2010 2,5 Mrd EUR und sind dominiert vom Exposure gegenüber dem griechischen Staat (etwa 1,8 Mrd EUR). Die Interbanken-Forderungen hingegen sind seit 2009Q3 deutlich von 1,3 Mrd EUR auf 0,3 Mrd EUR gesunken. Gegenüber ES hatten die AT-Banken per Ende Juni 2010 mit 5,8 Mrd EUR die größte Exponierung. Insgesamt beläuft sich das Obligo gegenüber GR, IE, PT und ES auf 13,6 Mrd EUR, was in etwa 4,9% des österreichischen BIP entspricht. Auch hier drückt sich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine relativ niedrige Exponierung aus (DE: 13,2%; UK: 14,1%; BE: 18%).

**AT-Banken Exposure gegenüber Griechenland, Irland, Portugal und Spanien beläuft sich auf 13,6 Mrd EUR\***

**Forderungen gegenüber allen Sektoren (2010Q2)\***



**Forderungen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten gegenüber PT, IE, GR und ES\***



Quelle: OeNB, BIZ. Obligo Exposure; 2010Q2. \*BIZ-Daten: d.h. nur jene AT-Banken berücksichtigt, die sich mehrheitlich in inländischem Besitz befinden.

**Basel III - Ergebnisse der QIS zeigen auf globaler Ebene zusätzlichen Eigenmittelbedarf an**

Um die quantitativen Auswirkungen der geplanten Basel III Regelungen abschätzen zu können, wurde einerseits vom Baseler Ausschuss (BCBS) und andererseits - im Auftrag der Europäischen

<sup>13</sup> Daten gemäß Reuters (17.12.2010)

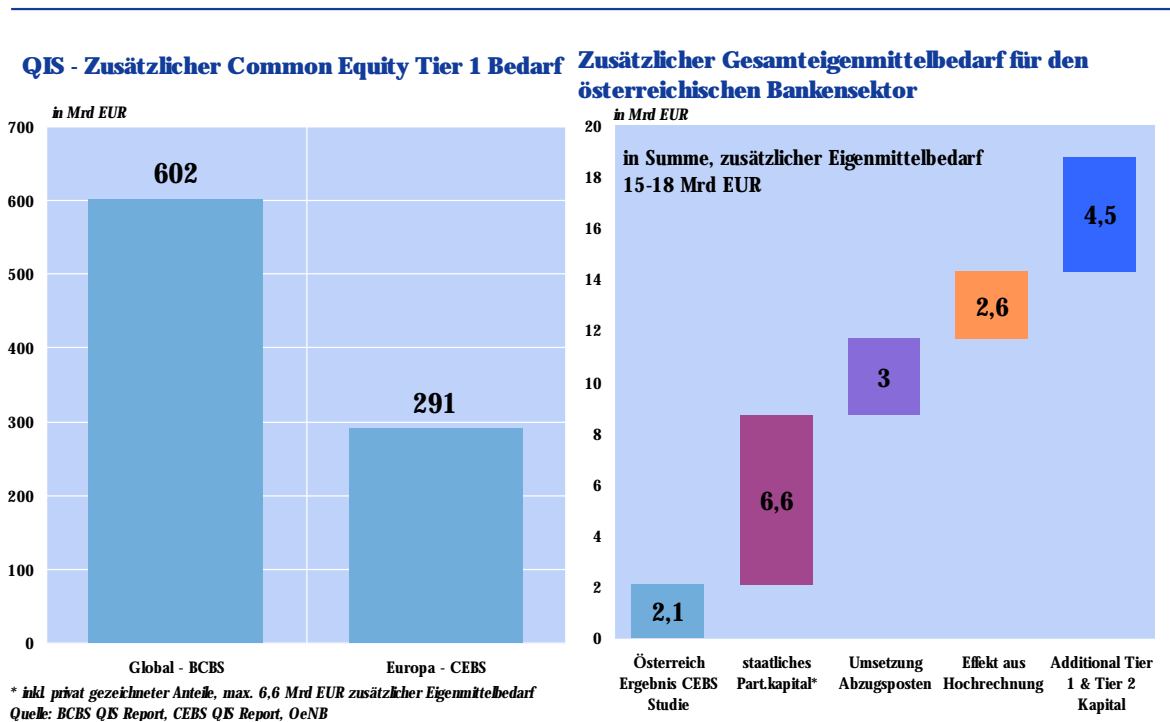
<sup>14</sup> d.h. es sind nur AT-Banken berücksichtigt, die sich mehrheitlich in inländischem Besitz befinden (Obligo)

Kommission - vom Ausschuss der europäischen Bankenaufsichtsbehörden (CEBS) in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden eine quantitative Auswirkungsstudie (QIS) erstellt. Die Studie des BCBS hat einen weltweiten Fokus und umfasst 263 Banken in 23 Ländern. In der Studie von CEBS haben demgegenüber nur europäische Länder teilgenommen (230 Banken aus 21 Ländern). Da Österreich kein Mitglied des Baseler Ausschusses ist, haben 18 österreichische Banken (davon zwei in Gruppe 1) an der Auswirkungsstudie von CEBS teilgenommen.

Die beiden Studien unterscheiden zwischen Gruppe 1 und Gruppe 2-Banken, wobei das Kriterium für die Zuteilung zu einer bestimmten Gruppe die Höhe des Eigenkapitals ist. Jene Banken mit Kernkapital über 2 Mrd EUR werden der Gruppe 1 zugerechnet, alle anderen der Gruppe 2. Die Daten wurden nur auf konsolidierter Ebene erhoben. Sowohl in der Studie des BCBS als auch von CEBS sind alle Gruppe 1-Banken der jeweiligen Länder enthalten.

Die Ergebnisse der beiden Studien sind nicht additiv zu verstehen, da einige Länder sowohl in den Daten des BCBS als auch CEBS enthalten sind. Die Auswirkungen der Basel III-Regelungen werden in beiden Studien auf eine synthetische Bank (Aggregation aller Banken) gerechnet. Übergangsbestimmungen wurden nicht berücksichtigt.

Sowohl in der Baseler als auch in der CEBS-Studie zeigt sich, dass die Auswirkungen auf die Gruppe 1-Banken, sowohl auf das Common Equity Tier 1 als auch auf Tier 1 und Total Capital, deutlich stärker ausgeprägt sind, als bei den Gruppe 2-Banken.



Der zusätzliche Common Equity Tier 1-Bedarf, welcher in den Studien des BCBS und CEBS berechnet wurde, bezieht sich auf die Eigenmittelausstattung per 31.12.2009 und berücksichtigt keine zukünftigen Gewinne bzw. entgegensteuernde Maßnahmen der Banken.

Der zusätzliche Eigenmittelbedarf (Common Equity Tier 1) aufgrund von Basel III liegt auf europäischer Ebene (Gruppe 1-Banken und Gruppe 2-Banken-Sample) bei 62 Mrd EUR und inkl. Capital conservation buffer bei 291 Mrd EUR, davon entfallen 53 bzw. 263 Mrd EUR auf die Gruppe 1-Banken. Im Vergleich dazu, ist der zusätzliche Eigenmittelbedarf der Banken

weltweit (BCBS-Studie) deutlich höher (173 Mrd EUR, inkl. Puffer 602 Mrd EUR); davon entfallen 165 bzw. 577 Mrd EUR auf die Gruppe 1-Banken.

Eine von der OeNB auf Basis der QIS-Zahlen vorgenommene Einschätzung für den gesamten österreichischen Bankensektor hat einen zusätzlichen Eigenmittelbedarf von 15-18 Mrd EUR ergeben. Im Unterschied zu den vorgenannten QIS-Zahlen des BCBS bzw. CEBS umfasst diese Einschätzung nicht nur den Bedarf an Common Equity Tier 1, sondern darüber hinaus auch Additional Tier 1 und Tier 2-Kapital, sowie den Ablauf des Bestandschutzes für staatliche Unterstützungsmaßnahmen per 1.1.2018. Ebenso wie in den Studien des BCBS und CEBS, wurde in der von der OeNB durchgeführten Einschätzung keine zukünftigen Gewinne oder entgegensteuernde Maßnahmen der Banken berücksichtigt.

In der QIS wurde ebenfalls erhoben, ob die unter Basel III geplanten Liquiditätskennzahlen (kurzfristige Liquidity Coverage Ratio, LCR und langfristige Net Stable Funding Ratio, NSFR) von den Banken erfüllt werden (können) bzw. ob weitere Änderungen in der Kalibrierung dieser Kennzahlen vorgenommen werden sollten. Zur Erfüllung der Ratios wäre jeweils ein Wert von 100% erforderlich. Sowohl auf europäischer als auch globaler Ebene hat sich gezeigt, dass die Kennzahlen im Durchschnitt noch nicht erfüllt werden. Europa schneidet im Vergleich zur BCBS Studie bei der LCR schlechter ab (67% vs. 83% auf globaler Ebene). Die NSFR erfüllen die Banken bereits oder nur knapp nicht (BCBS: G1: 93%, G2: 103%; CEBS: G1: 91%, G2: 94%). Nach einer Monitoring-Phase soll die LCR ab 2015 und die NSFR ab 2018 verbindlich werden.

# Annex

# Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU<sup>15</sup> und international<sup>16</sup>

Zeitraum 25. November 2010 bis 12. Jänner 2011

## 1) EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
27./28. November 2010	Eurogruppe/EU- Finanzminister/ EK/IWF/EZB/ Irland	<p>Die Finanzminister der EU, die EK, der IWF, die EZB und die irischen Behörden einigen sich auf ein weitgehendes Anpassungsprogramm für Irland als Bedingung für die internationale Finanzhilfe.</p> <p>Irland legt sich selbst ein ehrgeiziges Sparprogramm auf. Innerhalb der nächsten vier Jahre sollen Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang von 15 Mrd. EUR umgesetzt werden. 40% davon sollen bereits 2011 erreicht werden.</p> <p>Die EU und der IWF werden finanzielle Hilfe im Umfang von insgesamt 85 Mrd. EUR (etwas über 50% des irischen BIP) über 36 Monate leisten. (35 Mrd. EUR unterstützen das Bankensystem, 50 Mrd. EUR Budgethilfe).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Irland selbst beteiligt sich mit liquiden Aktiva insbesondere aus dem Pensionssystem an dieser Summe mit 17,5 Mrd. EUR.</li> <li>- Die Nicht-Euro-Staaten Großbritannien, Schweden und Dänemark erklären sich zu bilateralen Krediten in Höhe von knapp 5 Mrd. EUR bereit.</li> <li>- Der IWF wird 22,5 Mrd. EUR bereitstellen.</li> <li>- Über das Gemeinschaftsinstrument - der Europäische Finanzstabilitätsmechanismus (EFSM) - werden 22,5 Mrd. EUR eingebracht. Hierbei werden Bonds mit einer Garantie der EU-27 emittiert.</li> <li>- Die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) stellt Irland knapp 17,7 Mrd. EUR zur Verfügung. Hierbei werden Bonds emittiert, die pro rata von der EU 16 ohne Irland und Griechenland garantiert werden.</li> </ul> <p>Der Irische Bankensektor soll neu organisiert und deutlich verkleinert werden. Was die Einbeziehung des Privatsektors angeht, so sind die Aktien der Banken praktisch wertlos geworden. Es ist beabsichtigt, für die Gläubiger nachrangiger Bankanleihen hohe Abschläge zu machen.</p>
27./28. November 2010	Euroraum/EK	<p>Einigung auf die Grundzüge eines künftigen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Dieser Mechanismus wird den bisherigen temporären Euro-Rettungsschirm ablösen und nach dessen Auslaufen Mitte 2013 in Kraft treten.</p> <p>Der ESM ergänzt die Maßnahmen zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) und basiert auf drei Kernelementen:</p>

<sup>15</sup> Autorin: Majken Corti (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

<sup>16</sup> Autorin: Andrea W. Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		<p>Konditionalität, Finanzhilfen und Gläubigerbeteiligung. Hilfen werden nur unter strengen Konsolidierungsaufgaben und genauer Schuldentragfähigkeitsanalyse gewährt. Basis des künftigen Mechanismus ist immer eine gründliche Analyse der Schuldentragfähigkeit des Landes durch EK und IWF mit EZB. In dieser Analyse muss festgestellt werden, ob ein Land grundsätzlich solvent ist und nur kurzfristige Liquidität benötigt, oder aber ob es überschuldet ist. Die Privatgläubiger werden in beiden Fällen in die Stabilisierungsanstrengungen einbezogen, im ersten Fall auf freiwilliger Basis. Bei einer drohenden Insolvenz wird es eine verpflichtende Einbeziehung der Anleihegläubiger geben.</p>
29. November 2010	EK Herbstprognose	<p>Laut der EK-Herbstprognose wird sich die EU-Wirtschaft im Zeitraum 2010-2012 weiter erholen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- BIP-Wachstum 2010-11 bei rund 1¾%, 2012 bei 2% für EU-27; im Euroraum 1,7% (2010), 1,5% (2011) und 1,8% (2012)</li> <li>- Gegenüber EK-Frühjahrsprognose wird das BIP-Wachstum im Jahr 2010 deutlich nach oben revidiert.</li> <li>- Die EK geht davon aus, dass sich das Wachstum der Exportmärkte des Euroraums im Jahr 2011 auf 7,9% verringert.</li> <li>- Die Investitionen sollen anziehen, da die Kapazitätsauslastung zunimmt und die Unternehmensgewinne steigen.</li> <li>- Trotz der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit soll sich der private Konsum in den kommenden Jahren erhöhen, für 2012 wird bereits mit einer Wachstumsrate von 1,4% im Euroraum gerechnet. In einigen Mitgliedstaaten (MS) dürfte die hohe Verschuldung der privaten Haushalte aber weiterhin den Konsum dämpfen. Außerdem geht die EK von einer Reduktion der Sparquote im Prognosezeitraum aus.</li> <li>- Für die Jahre 2011 und 2012 sieht die EK bereits eine Erholung am Arbeitsmarkt, die Beschäftigung soll im Euroraum geringfügig steigen, die Arbeitslosenquote soll auf 9,6% im Jahr 2012 zurückgehen (2011: 10%). Das Lohnwachstum wird dementsprechend sehr moderat bleiben.</li> <li>- Die öffentlichen Haushalte sollen ihre Defizite deutlich zurückfahren. Die Staatsschulden wachsen über den Prognosezeitraum weiter und sollen 2012 für den Euroraum bei 87,8% des BIP liegen. Die EK weist darauf hin, dass die Art der Konsolidierung entscheidend für das BIP-Wachstum sein kann. Während Einsparungen beim Staatskonsum oder bei Transfers nur kurzfristige Wachstumsverluste mit sich bringen und langfristig das BIP sogar erhöhen können, ist der Effekt von Einsparungen bei öffentlichen Investitionen langfristig negativ. Auf der Einnahmenseite sieht die EK bei Konsumsteuern die geringsten Kosten für das Wachstum und bei Unternehmenssteuern die höchsten.</li> </ul>
30. November /1. Dezember 2010	EP/ECON	<p>I. Monetärer Dialog mit EZB-Präsident Trichet:</p> <p>Gemäß Trichet festigt sich die Konjunkturerholung. Die Inflation entspreche dem Ziel der Preisstabilität. Die Vorschläge der EK zur economic governance seien nicht weitreichend genug. Er fordert das Europäische Parlament (EP) auf, die Vorschläge der EK noch grundsätzlich und ambitioniert zu überarbeiten.</p> <p>Beim ESM sei es wichtig, Unklarheit gegenüber den Märkten zu vermeiden. Die am 28. November 2010 erfolgte Klarstellung, dass die EU sich bei der Beteiligung von privaten Investoren an IWF-Standards halten werde, sei in</p>

		<p>diesem Sinn sehr hilfreich gewesen. In Zukunft sollten sich die beteiligten Personen mehr verbale Disziplin auferlegen. Die Märkte dürften die EU-Regierungen unterschätzen und auch die Lage im Euroraum falsch einschätzen, das aggregierte Budgetdefizit aller 16 MS liegt deutlich unter jenem in USA, Japan oder UK.</p> <p>II. Anhörungen Kommissar J. Almunia (Wettbewerb): Kartelle und Anti-Trust Themen auch 2011 im Fokus, Staatsbeihilfen für Banken sollen ab 2012 wieder nach den normalen Standards beurteilt werden.</p> <p>III. Anhörung Kommissar A. Šemeta (EK): Für 2011 möchte die EK folgende strategische Initiativen im Bereich Steuern setzen:</p> <p>a) Common consolidated corporate tax base (CCCTB) im Frühjahr 2011.  b) Mitteilung zur Mehrwertsteuer-Strategie in der zweiten Jahreshälfte 2011.  c) Vorschläge zur Besteuerung des Finanzsektors nach Abschluss der Analysearbeiten Mitte 2011.  d) Richtlinie zur Energiebesteuerung Anfang 2011.</p> <p>IV. Ad Derivate: Finanzinstitute müssen über central counterparty (CCP) clearen, Nicht-Finanzinstitute erst ab Schwellenwert. Die EP will diesen Schwellenwert in einer Verordnung festlegen. CCPs sollen Zugang zu Zentralbankliquidität haben.</p>
1. Dezember 2010	EK	<p>Gemäß der Herbstausgabe des EK-Beihilfenanzeigers genehmigte die EK zwischen Oktober 2008 und Oktober 2010 Maßnahmen der MS für den Finanzsektor im Umfang von insgesamt 4589 Mrd. EUR. Die von den Finanzinstituten 2009 tatsächlich in Anspruch genommene Hilfe<sup>1</sup> beläuft sich auf 1.100 Mrd. EUR. Den Löwenanteil (76 %) dieser Unterstützung bilden staatliche Darlehen bzw. Garantien zur Aufrechterhaltung der Interbankenfinanzierung, wobei Letztere sich nur dann auf die öffentlichen Finanzen auswirken, wenn sie tatsächlich ausgezahlt werden. Rekapitalisierungen belaufen sich hingegen auf 12% und Entlastungsmaßnahmen auf 9%. Die nicht krisenbedingten Beihilfen hielten sich 2009 mit 73,2 Mrd. EUR bzw. 0,62 % des BIP insgesamt auf gleichbleibendem Niveau, wobei ihr Schwerpunkt sich weiter auf weniger wettbewerbsverzerrende horizontale Ziele, wie Forschung und Entwicklung, Umweltschutz und KMU-Förderung, verlagerte.</p>
1. Dezember 2010	EK	<p>Die EK stimmt einer Verlängerung der krisenbedingten Sondervorschriften für staatliche Beihilfen bis 2011 zu. Die bisherigen Bestimmungen wurden jedoch mit Blick auf ein stufenweises Auslaufen des Rahmens verschärft. Der Vorübergehende Rahmen, mit dem Unternehmen der Zugang zu Finanzierungsmitteln erleichtert werden soll, enthält auch künftig Maßnahmen zur Behebung eines bestehenden Marktversagens. Unternehmen in Schwierigkeiten sind jedoch von nun an vom Anwendungsbereich des Rahmens ausgeschlossen, da ansonsten die erforderliche Umstrukturierung der Wirtschaft nicht vollzogen werden kann. Für den Finanzsektor gilt ab dem 1. Jänner 2011 die Vorschrift, dass jede Bank, die staatliche Unterstützung benötigt, einen Umstrukturierungsplan vorlegen muss.</p>
6. Dezember 2010	Eurogruppe	<p>Die Eurogruppe stellt fest:</p> <p>I. Angesichts der ehrgeizigen Pläne (Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen etc.) in Spanien und Portugal und der geringen Inanspruchnahme des EFSF durch Irland (deutlich unter 10%), ist eine</p>

		<p>Erhöhung der Mittel der ESFS derzeit nicht vorgesehen.</p> <p>II. Ehrgeizige Programme in Spanien und Portugal zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrisen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Spanien hat ein Reformprogramm</b>, welches fiskalische, strukturelle und finanzielle Programme umfasst. Bsp.: Restrukturierung des Sparkassensektors (Cajas), Erhöhung der Transparenz im Bankensektor, Pensions- und Arbeitsmarktreformen.</li> <li>- <b>Portugal: macht Fortschritte bei der Budgetkonsolidierung</b>, in den nächsten Monaten sind Strukturreformen geplant. Die Erreichung eines Budgetdefizits von 4,6% per 2011 ist das Ziel.</li> </ul> <p>III. Der IWF und die EK stimmen weitgehend bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Euroraums überein. Die Erholung findet statt, wenn auch finanzielle Buschbrände vorhanden sind, die kontrolliert werden müssen, damit sie nicht in einen Waldbrand ausarten.</p>
7. Dezember 2010	Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN)	<p>Wesentliche Ergebnisse:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Politische Einigung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Betrugsbekämpfung im Fall von direkten Steuern.</b> Die Richtlinie sieht einen automatischen Informationsaustausch vor, ebenso wie einen Austausch auf Ersuchen eines anderen MS sowie bei Verdacht auf Steuerhinterzug, spontane Informationsübermittlung. Die EU übernimmt damit das OECD Modell, nachdem Informationen nicht zurückgehalten werden können, weil sie von einer Bank stammen; damit sollte das Bankgeheimnis keinen Schutz bei Steuerhinterziehung mehr bieten. Die Richtlinie wird nur Besteuerungszeiträume nach dem 1. Jänner 2011 betreffen.</li> <li>- In Bezug auf <b>Economic Governance</b> ergeben sich folgende offene Punkte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mindeststandards bei fiskalpolitischem Rahmen,</li> <li>- Numerische Ziele für die Reduktion der Staatsschulden im präventiven Arm des SWP;</li> <li>- Mögliche Sanktionen bei makroökonomischen Ungleichgewichten.</li> </ul> </li> </ul> <p>Das Paket soll im Sommer 2011 in Kraft treten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Im Rahmen des EFSM wird eine Finanzhilfe an Irland im Umfang von 22,5 Mrd. EUR beschlossen.</b> Bedingungen dafür sind die Reform des irischen Bankensektors, wachstumsfördernde Strukturreformen sowie eine Reduktion des Budgetdefizits unter 3% bis 2015.</li> <li>- Dem <b>Bericht des WFA Bankenabgabe</b> zufolge haben 10 MS bereits eine <b>Bankenabgabe eingeführt</b>, es gibt keine einheitliche Lösung für alle, aber es sollte die notwendige Flexibilität erhalten bleiben, Harmonisierung vorzunehmen und darauf geachtet werden, dass es zu keiner Doppelbesteuerung kommt. Michel Barnier (EK) forderte die MS ebenfalls auf, ihre Bankenabgaben so zu gestalten, dass ein im Juni 2011 zu veröffentlichender Vorschlag der EK zur crisis resolution davon nicht beeinträchtigt würde. Zur Doppelbesteuerung wurde auf das Bsp. UK-Frankreich verwiesen, wo bilateral eine Einigung erzielt wurde. UK verwies darauf, dass seine bank levy einen Schwellenwert beinhalte und nur sehr große Banken trifft, sodass ohnehin nur Frankreich, Deutschland und Italien davon betroffen wären.</li> </ul>
16. Dezember 2010	Europäischer Rat für Systemrisiken	<p>Der <b>ESRB nimmt seine Arbeit in Frankfurt auf</b>. Vorsitzender ist der Präsident der EZB, Jean-Claude Trichet, Vizevorsitzender ist der</p>

	(ESRB)	Gouverneur der britischen Notenbank, Mervyn King. Der ESRB ist ein unabhängiges Organ der EU, das für die makroprudentielle Aufsicht in der EU zuständig ist. Als Frühwarnremium soll er rechtzeitig systemische Krisen erkennen, die sich aus den Entwicklungen des Finanzsystems ergeben. Die erste Sitzung des ESRB findet am 20. Jänner 2011 statt.
16. Dezember 2010	EZB	Die EZB beschließt, ihr gezeichnetes Kapital mit Wirkung vom 29. Dezember 2010 um 5 Mrd EUR von 5,76 Mrd EUR auf 10,76 Mrd EUR zu erhöhen. Die Kapitalerhöhung wird angesichts eines Volatilitätsanstiegs bei den Wechselkursen, den Zinsen und den Goldpreisen sowie beim Kreditrisiko als angemessen erachtet.
16./17. Dezember 2010	Europäischer Rat (ER)	Wesentliche Ergebnisse des ER: - Der ER beschließt, dass der <b>ESM ab 2013 den EFSF ersetzt und, dass der Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) diesbezüglich in Art. 136 ergänzt wird.</b> - Um die Belastung der Steuerzahler gering zu halten, soll der ESM einen bevorzugten Gläubigerstatus erhalten und in seinen Forderungen nur dem IWF nachgereiht werden. - Ab 2013 sollen alle Staatsanleihen von MS collective action clauses enthalten. Weiters begrüßt der ER den ersten <b>Fortschrittsbericht der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, C. Ashton</b> und erteilt <b>Montenegro den Status eines Beitrittskandidaten.</b>
17. Dezember 2010	EZB/Bank of England	Im Rahmen der Zentralbankkooperation geben <b>die EZB und die Bank of England eine befristete Liquiditätsswap-Fazilität</b> bekannt. Über diese Fazilität kann die Bank of England der EZB erforderlichenfalls bis zu 10 Mrd. GBP im Austausch gegen Euro zur Verfügung stellen. Die Vereinbarung läuft Ende September 2011 aus. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung kann der Central Bank of Ireland vorsorglich Liquidität in Pfund Sterling zur Verfügung gestellt werden, um einen etwaigen befristeten Liquiditätsbedarf des Bankensystems in dieser Währung zu decken.
21. Dezember 2011	EZB/Federal Reserve	Die EZB, die Bank of Canada, die Bank of England, die Bank of Japan und die Schweizerische Nationalbank <b>verlängern ihre Swap-Vereinbarung mit der Federal Reserve</b> bis 1. August 2011. Im Rahmen dieser Vereinbarung kann die EZB Dollar-Liquidität mit einer Laufzeit von sieben Tagen gegen die im Eurosystem gängigen Sicherheiten zur Verfügung stellen.
1. Januar 2011	EU-Ratspräsidentschaft	<b>Ungarn übernimmt im ersten Halbjahr 2011 die rotierende EU-Ratspräsidentschaft.</b> Wesentliche Schwerpunkte sind: - Vertragsänderung zur Schaffung eines permanenten Krisenmechanismus - Implementierung der Economic Governance Reform (inklusive Europäisches Semester) - Ressourceneffizienz und Energiesicherheit - Donaoraum-Strategie - Schengen-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien - Schaffung eines gemeinsamen EU-Asylsystems - Vorantreibung des EU-Beitritts von Kroatien und der Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Mazedonien. - Östliche Partnerschaft soll ein besonderer Fokus der Europäischen

		Nachbarschaftspolitik werden, im Mai soll ein Partnerschaftsgipfel in Budapest abgehalten werden.
1. Januar 2011	Estland	Estland tritt der Eurozone bei. Ab 1.1.2011 ist der Euro gesetzliches Zahlungsmittel in Estland. Die Estnische Krone wird mit dem unwiderruflich fixierten Wechselkurs von 1 EUR = EEK 15,6466 ersetzt.
10. Januar 2011	Wirtschafts- und Währungsausschuss im EP (ECON)	Bei der Anhörung zu innovativer Finanzierung auf globaler und europäischer Ebene betont Steuer-Kommissar Algirdas Šemeta in seiner Rede die „double dividend“ innovativer Besteuerung, welche einerseits die Einnahmen der Staaten erhöht und gleichzeitig die Märkte stabilisiert. Er ist für eine Einführung der FAT (Financial Activity Tax) auf EU-Ebene und der FTT auf globaler Ebene. Zur CO2-Steuer meint Šemeta, diese könne Innovationen im Energiebereich und damit das Wachstum neuer Industrien fördern und gleichzeitig helfen, die Besteuerung des Faktors Arbeit zu reduzieren. Zu den Eurobonds sagt er, ein pooling der Staatsschulden der MS in einer gemeinsamen Anleihe stehe im Moment nicht zur Diskussion.  Bei der Anhörung zu Corporate Governance in Finanzinstituten fordert Ashley Fox in seinem Bericht strengere Regeln für Aufsichtsräte und für das Risikomanagement in Banken.

## 2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
6. Dezember 2010	Weltbank/IWF	Die Weltbank und der IWF bieten eine neue vierteljährliche Online-Datenbank zur öffentlichen Verschuldung für 30 Emerging Markets und Developing Countries an. Die Datenbank ist unter <a href="http://www.worldbank.org/qpsd">http://www.worldbank.org/qpsd</a> abrufbar.
13. Dezember 2010	OECD	Die OECD erwartet in ihrer jüngsten Wirtschaftsprognose für den Euroraum (Economic Survey of the Euro Area) ein BIP-Wachstum von 1,5 bis 2% für die nächsten zwei Jahre. Angesichts der herrschenden Unsicherheit rund um die öffentliche Verschuldung des Euroraums und zur Wiederherstellung der Stabilität empfiehlt die OECD:  - Reform der Haushaltsdisziplin durch Reform der Budgetregeln für den Euroraum sowie Etablierung von nationalen Budgetgremien  - verstärkte Finanzmarktregulierung  - umfangreiche Arbeitsmarkt- und Produktreformen, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.
15. Dezember 2010	IWF	Das IWF-Exekutivdirektorium beschließt die 14. Allgemeine Quotenerhöhung sowie die Reform des Exekutivdirektoriums. 168 Gouverneure (95,32 %) geben ihre Zustimmung bei drei Gegenstimmen und sieben Stimmenthaltungen.  1. Quotenerhöhung: - Shift von über 6 %-Punkten zu dynamischen Emerging Markets and

		<p>Developing Countries (EMDCs) und unterrepräsentierten Ländern.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verdopplung der Quoten (auf rund 733,9 Mrd USD<sup>17</sup> (rund 476,8 Mrd SZR) und voraussichtlich Senkung der New Arrangements to Borrow (NAB)); <b>Österreich</b>: Quotenerhöhung auf 3.932 Mio SZR.</li> <li>- Quotenformel soll bis Jänner 2013 aktualisiert werden (zugunsten EMDCs).</li> <li>- Nächste Quotenrevision bis 1.1.2014.</li> </ul> <p><b>2. Reform des Exekutivdirektoriums:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Reduktion der Advanced European Chairs im IWF Exekutivdirektorium (=EDB) um zwei zu Gunsten der EMDCs.</li> <li>- Zweiter AED für alle ‚multi-country Constituencies‘.</li> <li>- EDB soll 24 Sitze umfassen und</li> <li>- nur aus gewählten Exekutivdirektoren (=EDs) bestehen (=all elected Board, d.h. das Privileg der fünf quotenstärksten Länder, einen ED zu entsenden, entfällt).</li> <li>- Alle acht Jahre soll die Zusammensetzung des EDB überprüft werden.</li> </ul>
16. Dezember 2010	IWF/EU/Irland	<p>Das IWF-Exekutivdirektorium beschließt, <b>mit Irland einen dreijährigen Darlehensvertrag über rund 30,1 Mrd USD (22,5 Mrd EUR)</b> in Form einer Extended Fund Facility (EFF) abzuschließen. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre, Zinszahlungen beginnen erst nach viereinhalb Jahren, die Darlehenshöhe entspricht 2.320 % der IWF-Quote Irlands (Vgl. Griechenland: 3.200 %).</p> <p>Das IWF-Darlehen ist Teil eines internationalen <b>Finanzierungspaketes zur Unterstützung Irlands in der Höhe von rund 113 Mrd USD (85 Mrd EUR)</b>. Die EU und bilaterale europäische Kreditgeber (Vereinigtes Königreich, Schweden, Dänemark) stellen rund 60 Mrd USD (45 Mrd EUR) zur Verfügung. Irland selbst mobilisiert Barreserven und andere liquide Aktiva in der Höhe von rund 22,6 Mrd USD (17,5 Mrd EUR). Die EZB stellt die kontinuierliche Liquiditätsversorgung sicher.</p>
16. Dezember 2010	IWF	<p>Der IWF richtet in Washington D.C. einen neuen globalen Trust Fund in Höhe von 25 Mio USD zur technischen Unterstützung von rund 50 Ländern beim Management der Einkünfte aus natürlichen Ressourcen ein (<b>Topical Trust Fund on Managing Natural Resource Wealth</b>). Für die Realisierung dieses themenbezogenen globalen Fonds erweitert der IWF seine bestehenden sieben regionalen Technical Assistance Centers.</p>
20. Dezember 2010	IWF	<p>Der IWF ernannt ein externes hochrangig besetztes <b>Gutachtergremium</b>, um die Rahmenbedingungen des strategischen, finanziellen und operationalen <b>Risikomanagements</b> durch den Fonds zu beurteilen.</p>
22. Dezember 2010	IWF	<p>Der IWF veröffentlicht die erste weltweite Umfrage über Foreign Direct Investment Positionen für 72 Volkswirtschaften (<b>Coordinated Direct Investment Survey</b>), die on-line ab dem Jahr 2009 abrufbar ist unter: <a href="http://cdis.imf.org">http://cdis.imf.org</a></p>
30. Dezember 2010	IWF	<p>Der IWF legt die <b>neuen Währungsäquivalente für den SZR-Währungskorb</b> fest. Der Wert eines SZR entspricht ab 1.1.2011 der Summe der Werte der folgenden Beträge der vier Korbwährungen:</p> <p><b>0,660 USD</b></p>

<sup>17</sup> Umrechnungskurs am 15.12.2010: 1 USD = 0,649724 SZR

		<p>0,423 EUR 0,111 GBP 12,1 JPY</p> <p>Diese Beträge ergeben sich aus der im November 2010 für die nächsten fünf Jahre festgelegten neuen prozentuellen Gewichtung im SZR-Währungskorb von 41,9% USD, 37,4% EUR, 11,3% GBP und 9,4% JPY.</p>
1. Jänner 2011	G20	Frankreich übernimmt von Korea den <b>G20-Vorsitz</b> für das Jahr 2011.
5. Jänner 2011	IWF	Das IWF-Exekutivdirektorium diskutiert die <b>Rolle des Fonds betreffend grenzüberschreitende Kapitalströme</b> . Kapitalströme wachsen und dominieren internationale Transaktionen, sowohl in Industrieländern als auch zunehmend in Emerging Markets, weshalb sie ein zentrales Element des internationalen Währungssystems sind. Da die Stabilität des letzteren Kernaufgabe des Fonds ist und volatile Kapitalströme eine Schlüsselrolle in der jüngsten Krise gespielt haben, beschließen die Exekutivdirektoren, die Rolle des IWF betreffend internationale Kapitalströme zu stärken. Die Direktoren betonen, dass Analysen, Statistiken mit Hilfe internationaler Zusammenarbeit (mit BIZ, FSB und nationalen Behörden), multilaterale Dialoge und politische Koordination bis hin zu Änderungen der Articles of Agreement notwendig sind.
10. Jänner 2011	BIZ	Das <b>BIZ-Direktorium</b> wählt Herrn Masaaki Shirakawa, den <b>Gouverneur der Bank of Japan</b> , zum <b>stellvertretenden Vorsitzenden</b> für drei Jahre. Herr Shirakawa ist seit Mai 2008 Mitglied des BIZ-Direktoriums und folgt Herrn Hans Tietmeyer nach.
12. Jänner 2011	OECD	Gemäß den <b>vierteljährlichen nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen</b> ist das BIP im dritten Quartal 2010 im Euroraum real um <b>0,6 %</b> angestiegen (2. Qu.: + 0,9 %). Zum Wachstum tragen insbesondere der private Konsum (0,4 %), der Lageraufbau (0,3 %) und der Vermögensaufbau (0,2 %) bei, rückläufige Nettoexporte (-0,3 %) verringern das Wachstum.

# Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 19. Jänner 2011

# Inhaltsverzeichnis

Seite

## Zinsen

Zinssätze im Euroraum	A1
Langfristige Nominal- und Realzinssätze im Euroraum und in Österreich	A2
Zinsentwicklung im Euroraum und in den USA	A3
Österreich: Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen	A3
Kundenzinsen im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft	A4
3-Monatsvergleich der Zinsstruktur	A5
Zins-Aufschläge auf dem Interbankenmarkt	A6

## Wechselkurse

Ausgewählte Währungen gegenüber dem Euro	A7
Weitere ausgewählte Währungen gegenüber dem Euro	A8
Effektive Wechselkursindizes des Euro	A8

## Liquiditätsversorgung

Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems	A9
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems	A10
Entwicklung der ständigen Fazilitäten des Eurosystems	A11

## Geldmenge

Entwicklung der Geldmenge M3	A12
Gegenposten zur Geldmenge M3 in Österreich	A12

## Kredite und Fremdwährungsanteile

Nichtfinanzielle Unternehmen	A13
Private Haushalte	A14
Nichtbanken (ohne Staat)	A15

## Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen von in Österreich ansässigen Emittenten	A16
---	-----

## Aktienmarkt

Börsennotierte Aktien von in Österreich ansässigen Emittenten	A17
Internationale Aktienindizes	A18

## Preise

HVPI nach COICOP - Verbrauchsgruppen und Sondergliederung	A19
Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex	A20
Ausgewählte Inflationsindikatoren für Österreich	A21
Preisentwicklung bei Rohstoffen	A22
Ölexportpreis- und Inflationsentwicklung in Österreich	A22

## Konjunkturindikatoren

Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate im Euroraum	A23
Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate in Österreich	A24
Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum	A25
Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich	A26
Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (I)	A27
Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (II)	A28
Produktionsindex in Österreich	A29

## Arbeitsmarkt

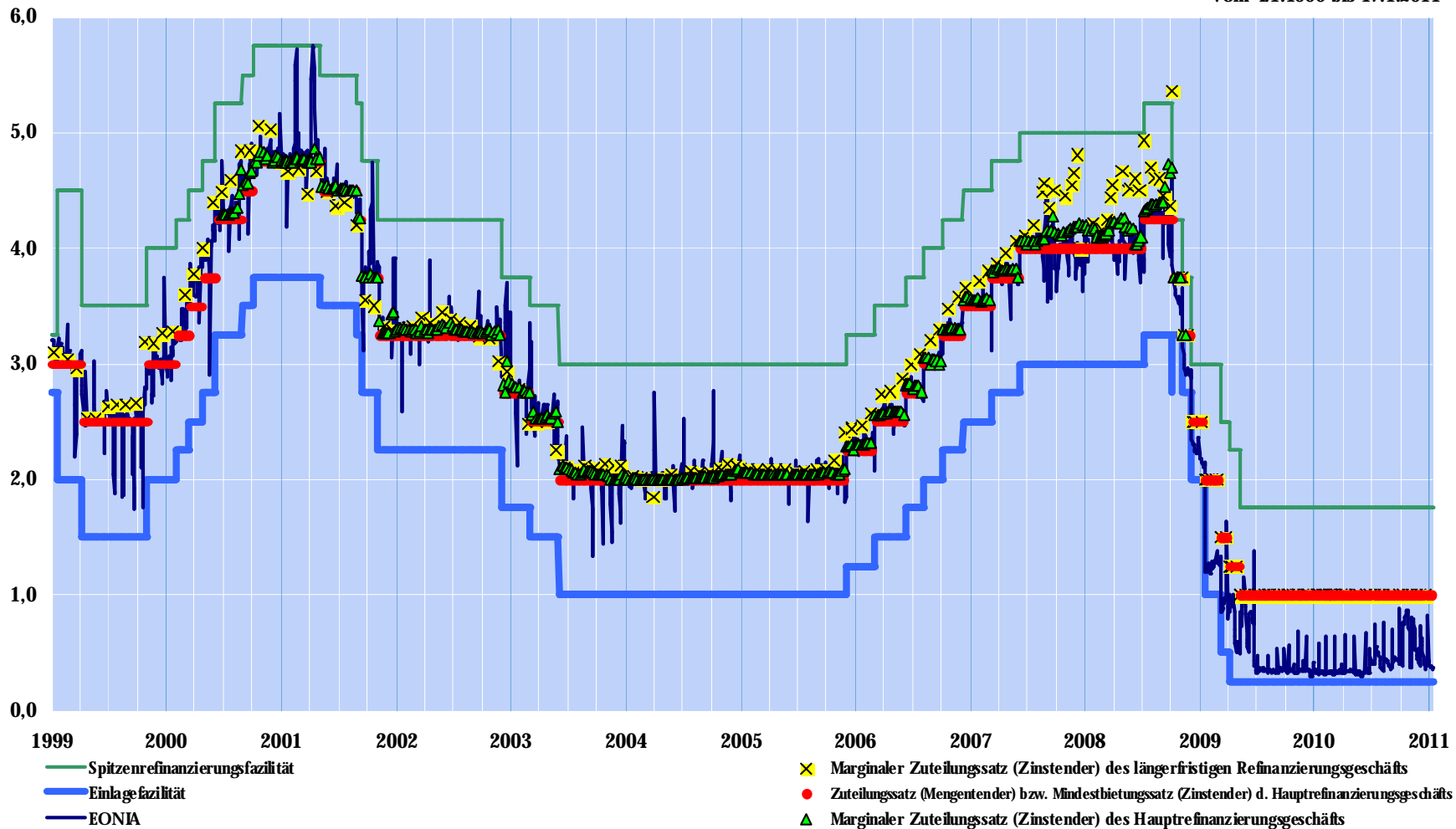
Arbeitslosenquoten im Euroraum und in Österreich	A30
Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes	A30

<b>Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung</b>	
Finanzielle Investitionen und Außenfinanzierung des privaten Haushaltssektors	A31
Finanzielle Investitionen und Außenfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen	A32
<b>Zahlungsbilanz</b>	
Euroraum	A33
Österreich	A33
Leistungsbilanz - Euroraum	A34
Kapitalbilanz - Euroraum	A34
Leistungsbilanz - Österreich	A35
Kapitalbilanz - Österreich	A35
<b>Weitere ausgewählte Indikatoren für Österreich</b>	
Budgetäre Notifikation (Maastricht) für Österreich	A36
Österreichisches Stabilitätsprogramm	A36
Gebahrungserfolg des Bundes	A37
Abgabenerfolg des Bundes	A37
Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit	A38
Österreichischer Außenhandel	A39
Tourismus: Übernachtungen in Österreich	A40
<b>Österreichischer Bankensektor</b>	
Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute	A41
Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute	A42
Umfrage über das Kreditgeschäft: Veränderung der Kreditrichtlinien	A43
Umfrage über das Kreditgeschäft: Veränderung der Nachfrage nach Krediten	A44
Forderungen österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	A45
<b>Internationale Vergleiche für ausgewählte Länder</b>	
Turbulenzen-bedingte Wertberichtigungen und Kapitalerhöhungen von Banken und Versicherungen	A46
Rendite 10-jähriger Staatsanleihen	A47
Renditen für Unternehmensanleihen im Euroraum AAA und BBB	A48
Entwicklung der Verbraucherpreise	A49
Reales Bruttoinlandsprodukt	A50
Industrieproduktion	A51
Arbeitslosenquote	A52
Fiskaldaten und Leistungsbilanzsalden	A53
<b>Zeichenerklärung</b>	
.. =	Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x =	Eintragung ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 =	Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
Ø =	Durchschnitt

# Zinssätze im Euroraum

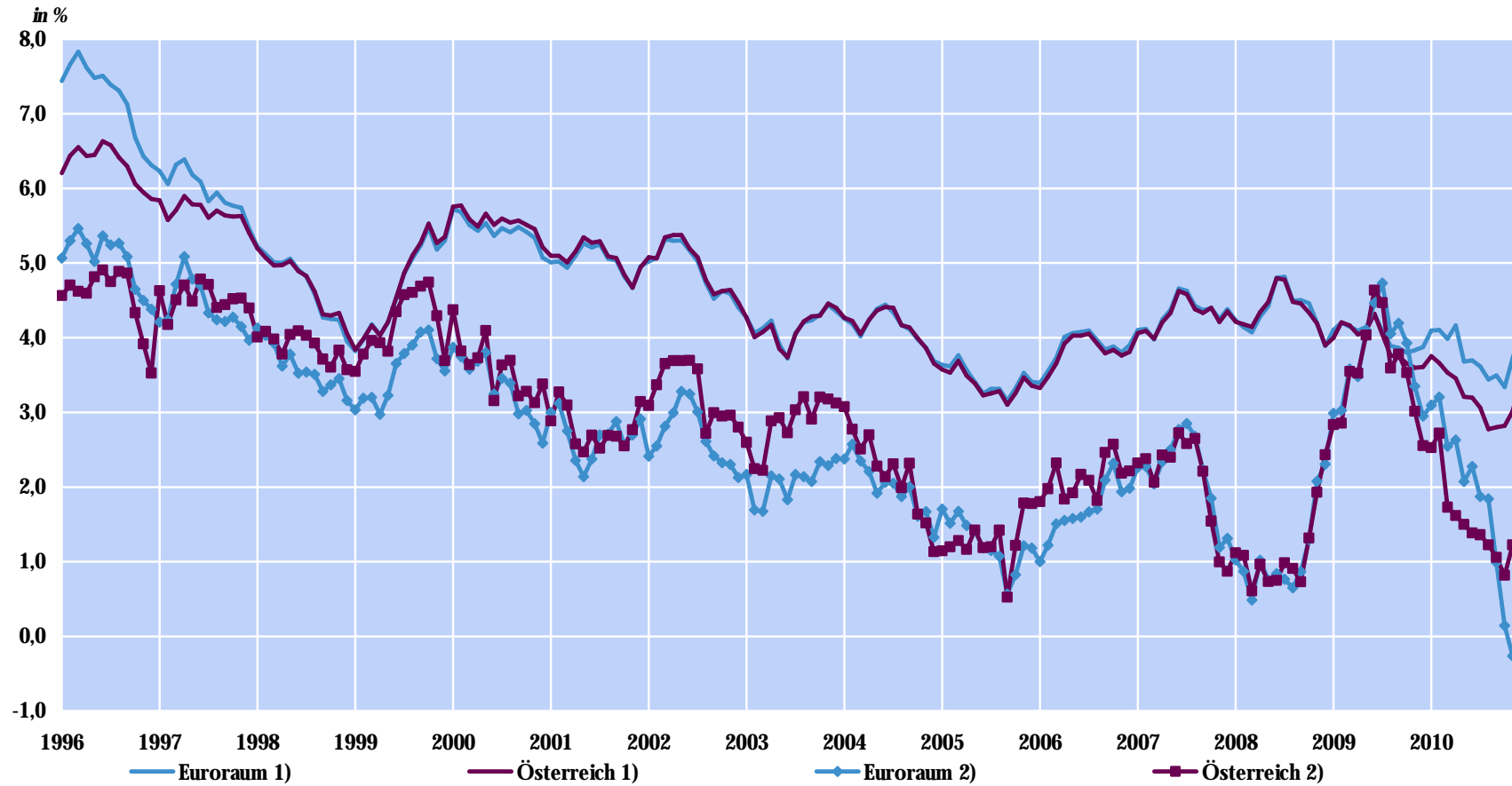
in %

vom 4.1.1999 bis 17.1.2011



Quelle: EZB.

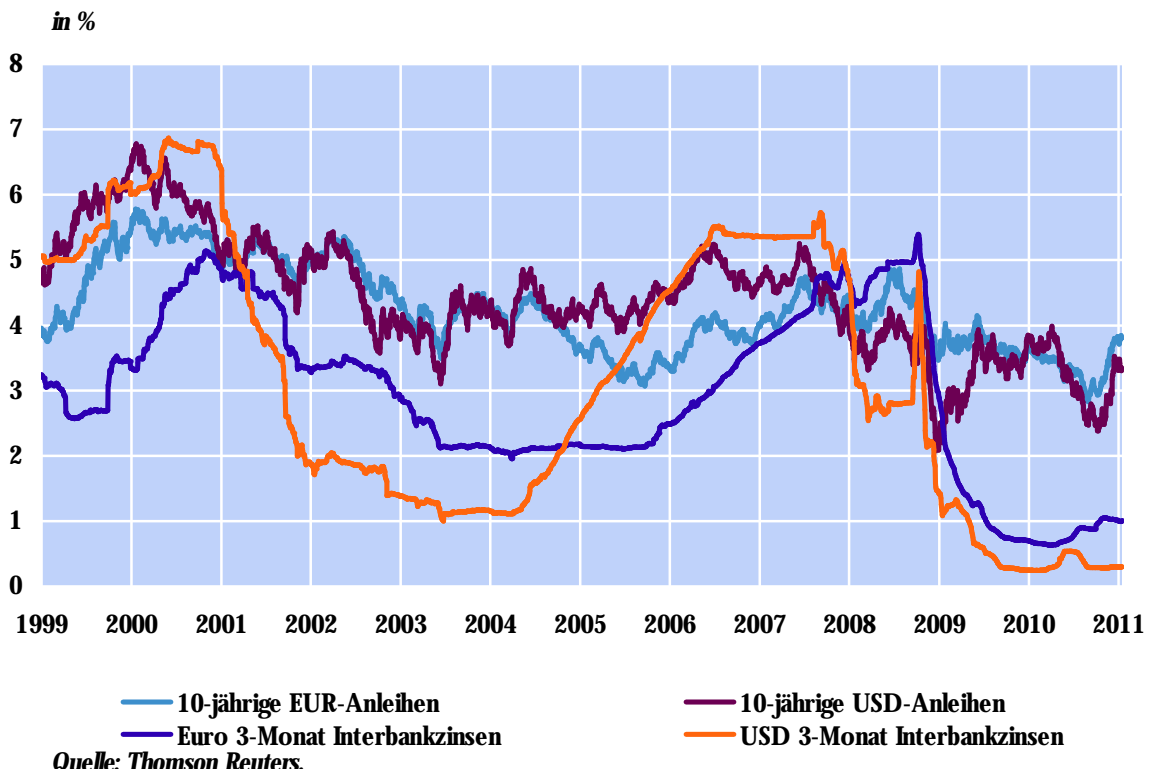
## Langfristige Nominal- und Realzinssätze im Euroraum und in Österreich



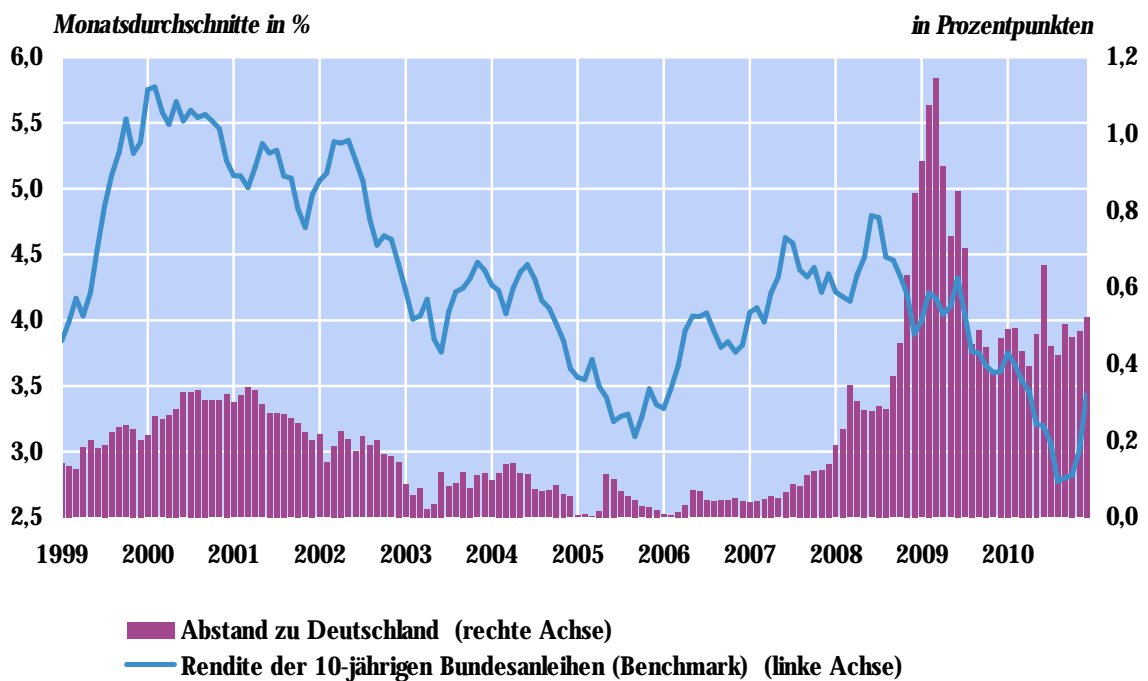
- 1) Renditen langfristiger Staatsanleihen (Benchmark 10 Jahre), Monatsdurchschnitte.
- 2) Benchmarkrenditen abzüglich HVPI-Inflation.

Quelle: BIZ.

## Zinsentwicklung im Euroraum und in den USA

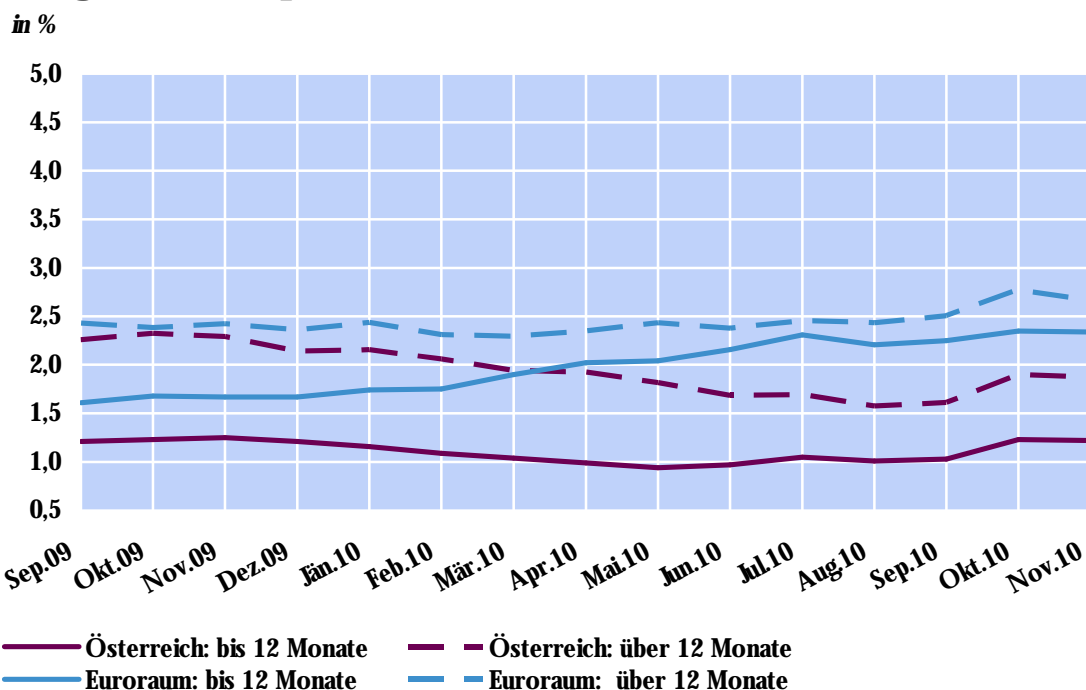


## Österreich: Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen

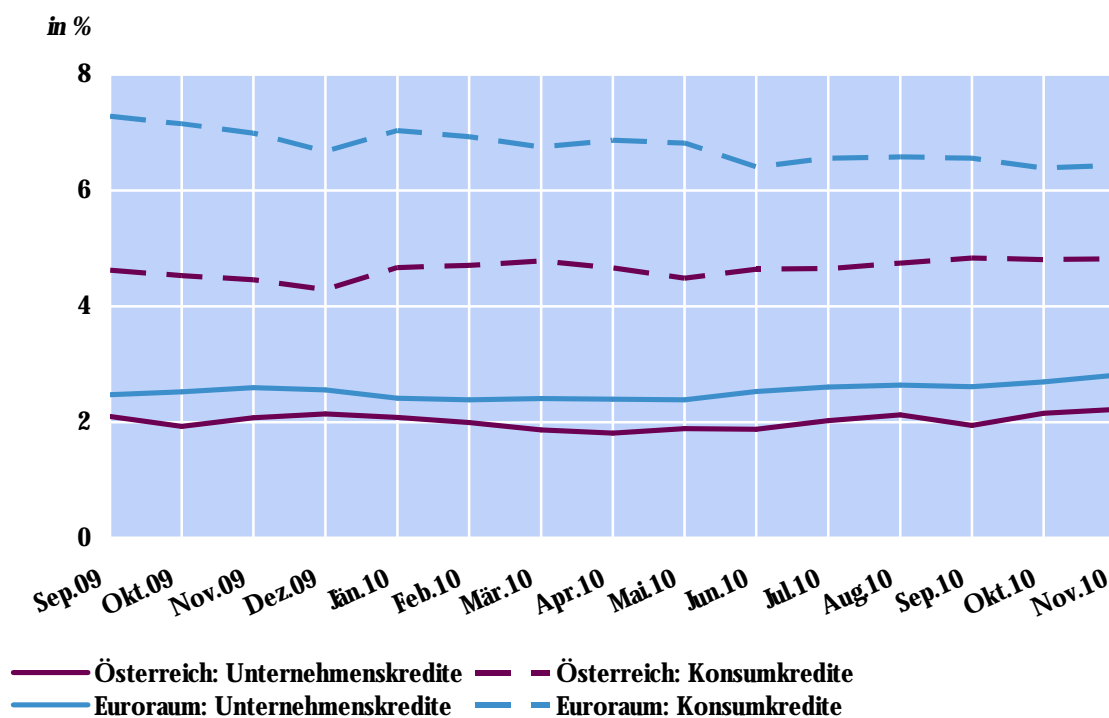


## Kundenzinsen im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft

### Einlagenzinsen - private Haushalte



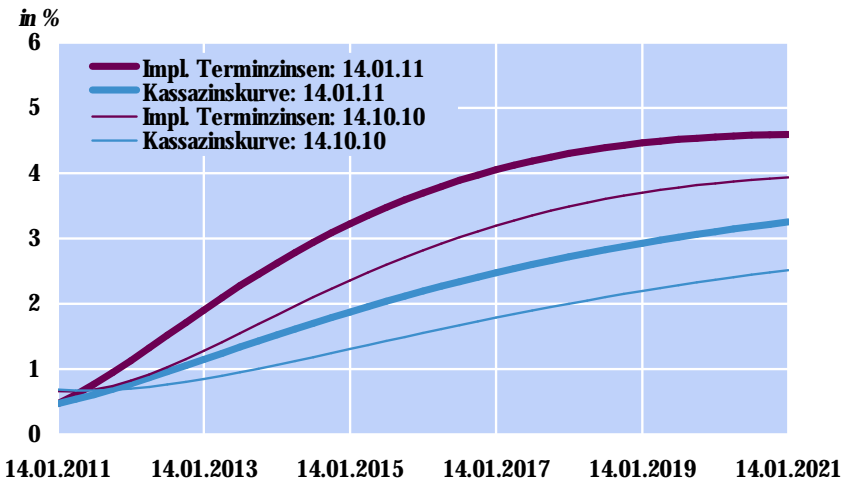
### Kreditzinsen



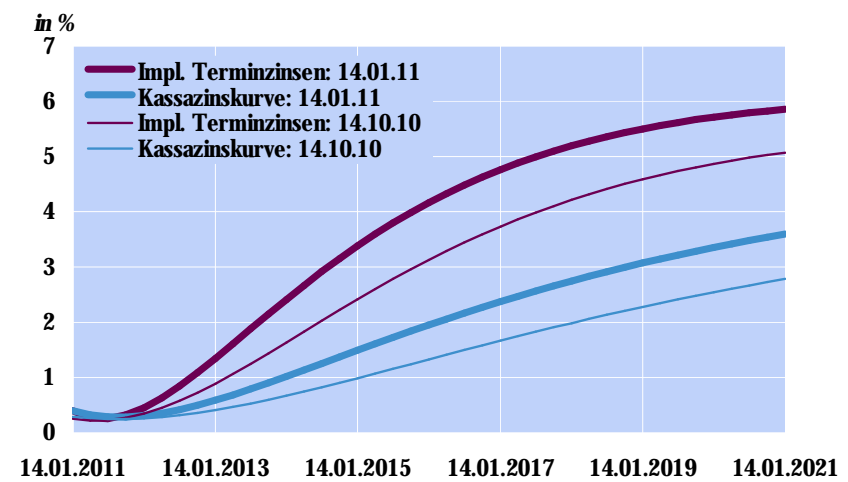
Quelle: OeNB, EZB.

### 3-Monatsvergleich der Zinsstruktur: 14. Oktober 2010 mit 14. Jänner 2011

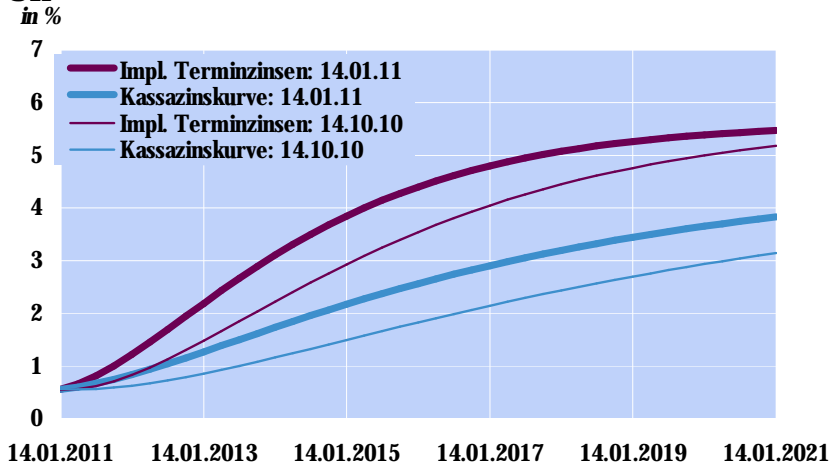
#### Deutschland



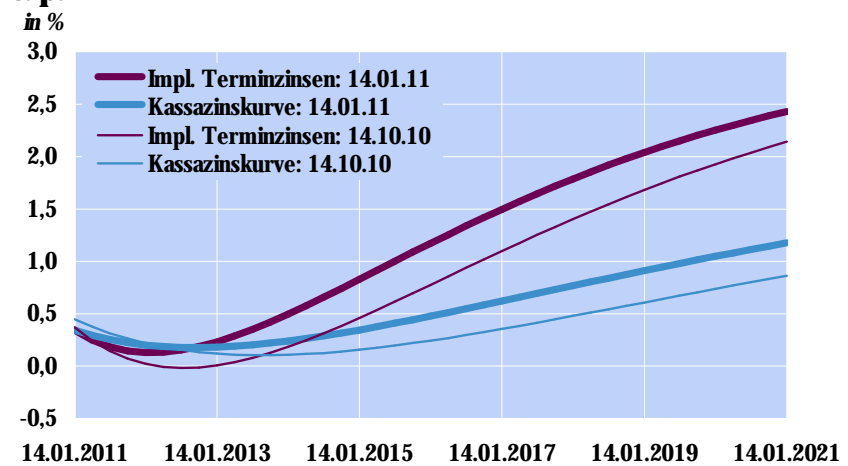
#### USA



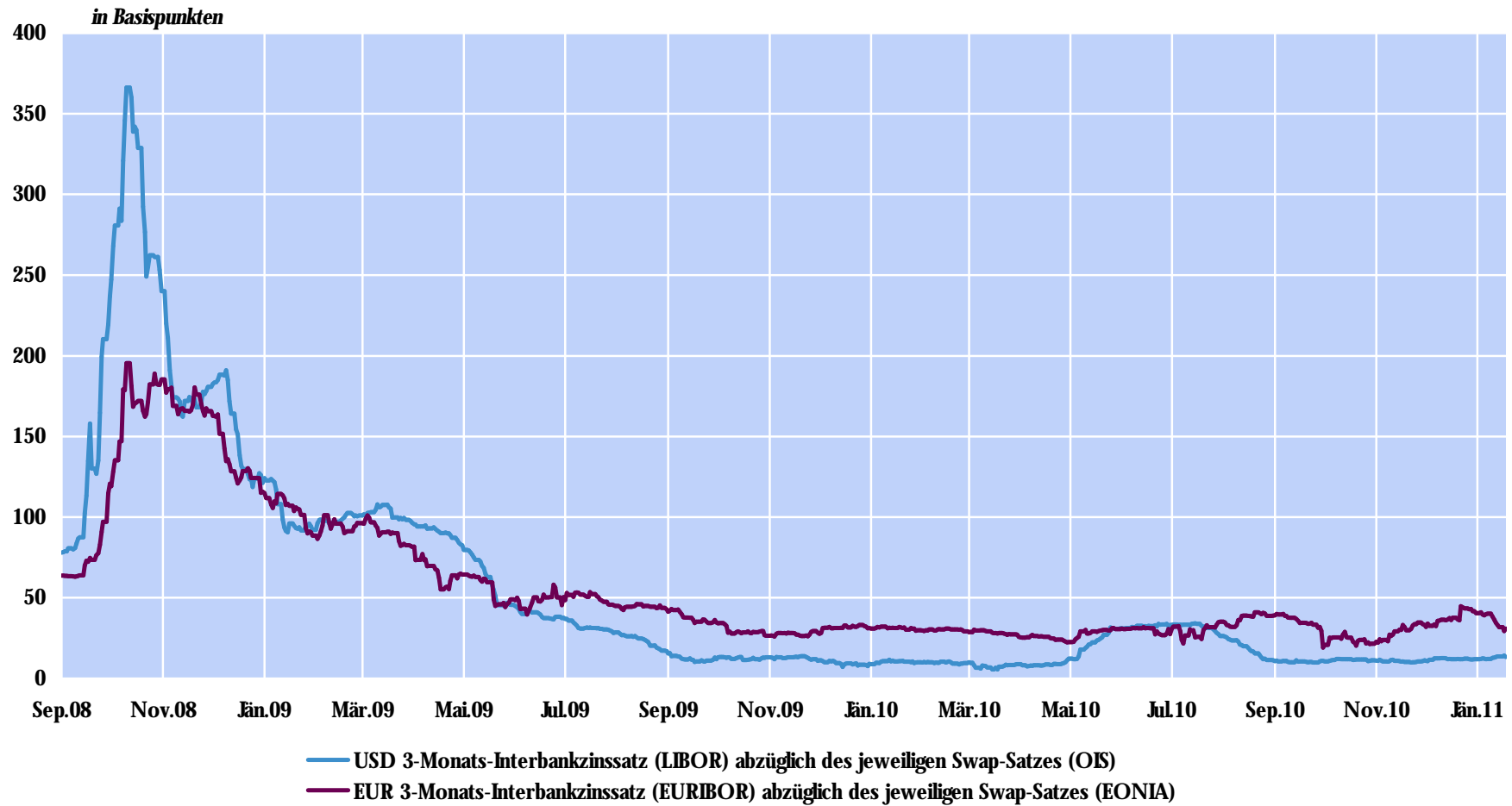
#### UK



#### Japan



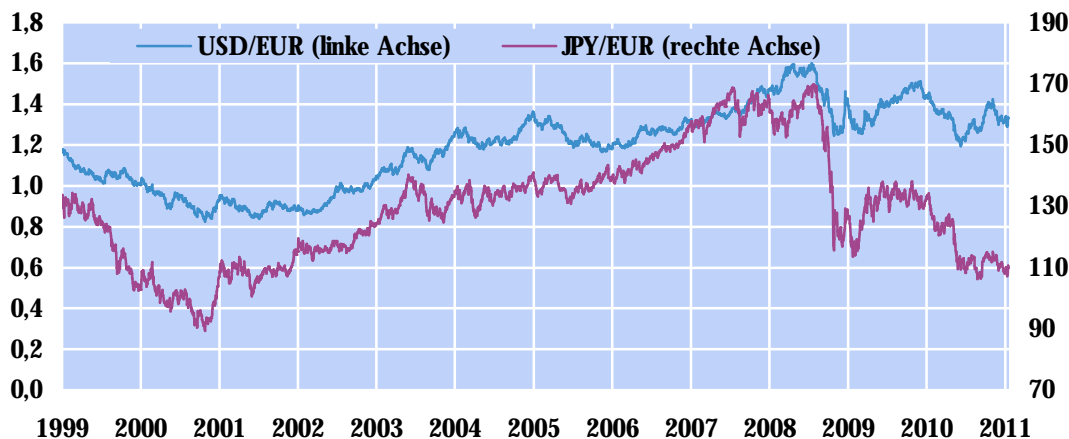
## Zins-Aufschläge auf dem Interbankenmarkt



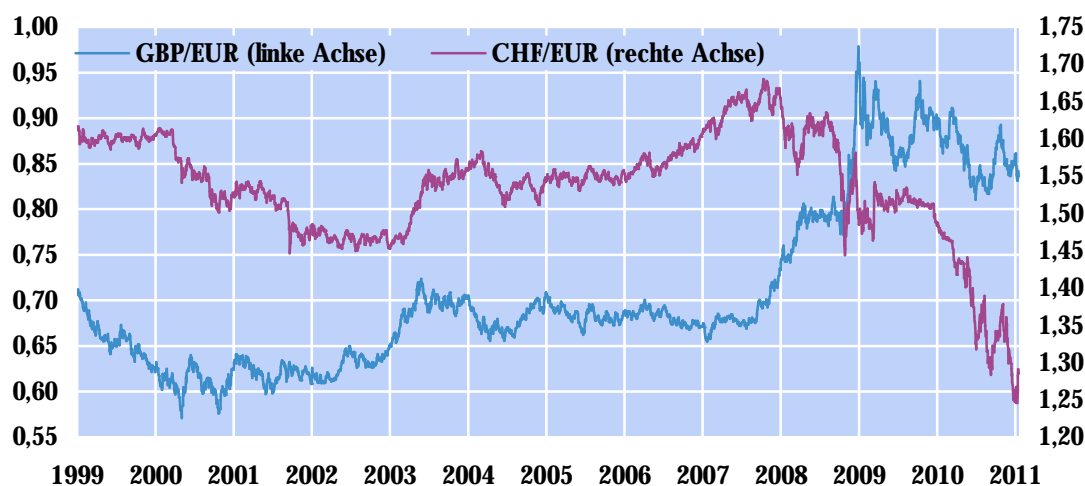
Quelle: Bloomberg

**Ausgewählte Währungen gegenüber dem Euro**

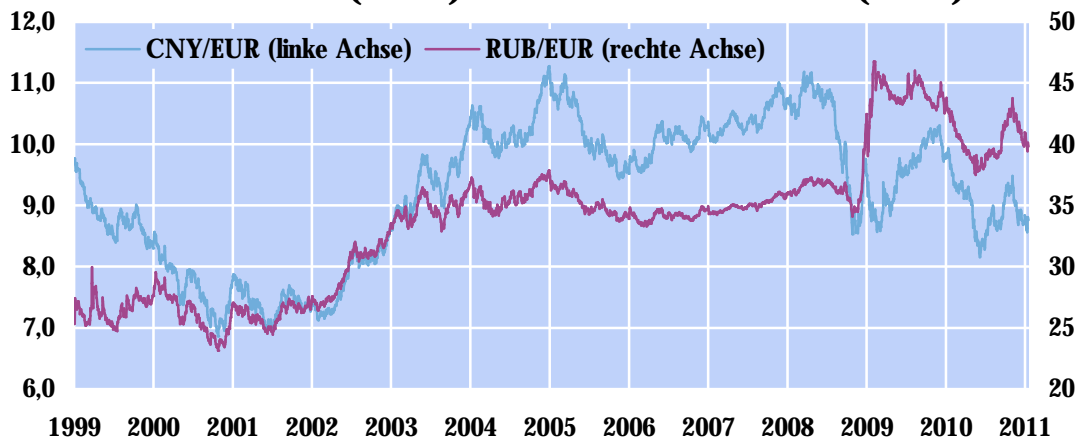
**US Dollar (USD) und Japanischer Yen (JPY)**



**Britisches Pfund (GBP) und Schweizer Franken (CHF)**



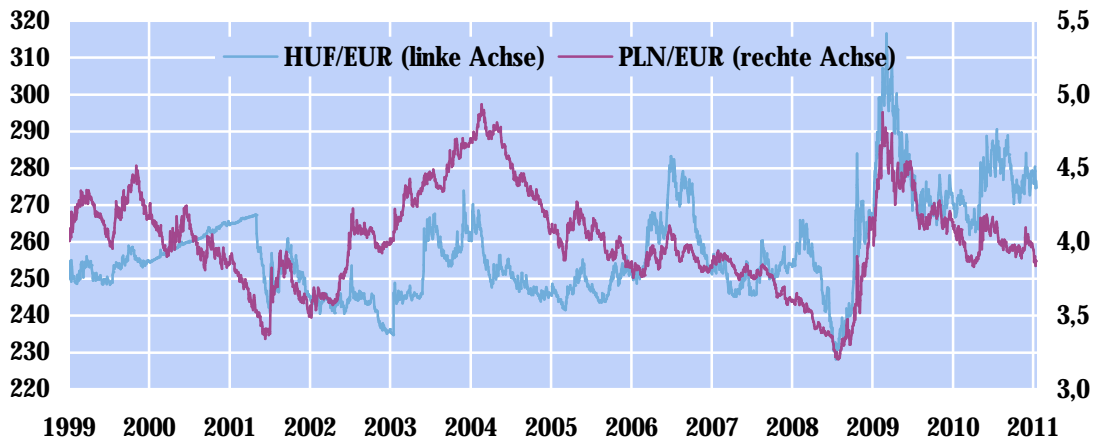
**Chinesischer Yuan (CNY) und Russischer Rubel (RUB)**



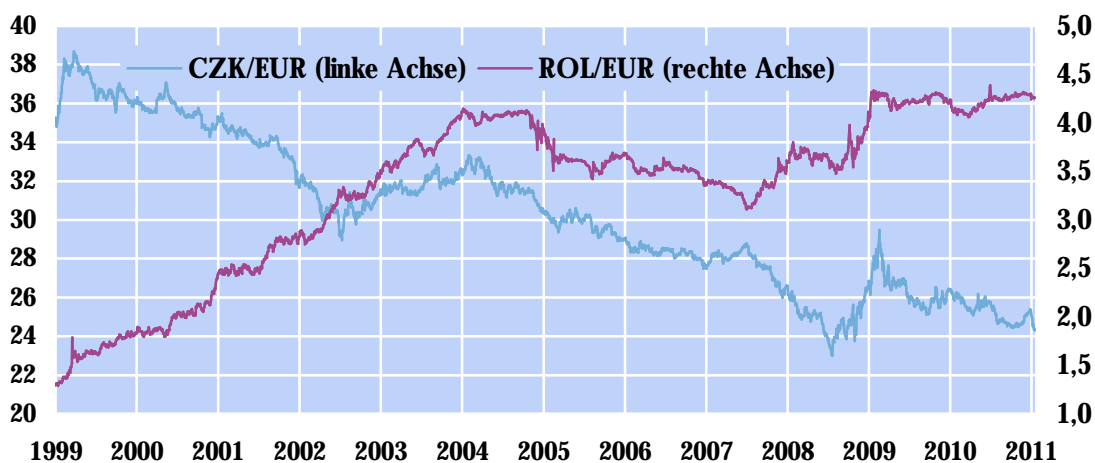
Quelle: Thomson Reuters.

## Weitere ausgewählte Währungen gegenüber dem Euro

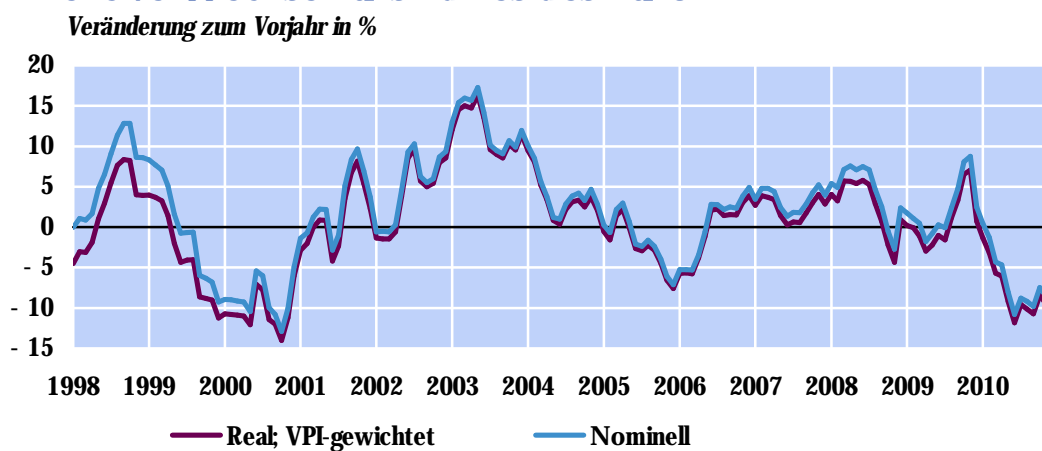
### Ungarischer Forint (HUF) und Polnischer Zloty (PLN)



### Tschechische Koruna (CZK) und Rumänischer Leu (ROL)



### Effektive Wechselkursindizes des Euro<sup>1)</sup>



1) weiter Länderkreis (16 Euroraumländer sowie 40 weitere Handelspartner).

Quelle: EZB, Thomson Reuters.

### Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems

Referenznummer	Laufzeit	Zinssatz				Gebote in Mrd EUR	Bieter	Zuteilung in Mrd EUR	Zuteilung zur Fixrate in %	Mindestreserveerfüllungsperiode	Kennzahlen	Gebote in Mrd EUR	Bieter	Zuteilung in Mrd EUR	Zuteilung zur Fixrate in %
		Mengen-tender	Zinstender												
			Mindest-bietungs-satz	Marginaler Zuteilungs-satz	Gewichteter Durchschnitts-satz										
in %															
20100049	23.06. - 30.06.2010	1,00	-	-	-	151,5	114	151,5	100,00	16.06.10-13.07.10	Maximum	229,1	157,0	229,1	100,0
20100051	30.06. - 07.07.2010	1,00	-	-	-	162,9	157	162,9	100,00		Minimum	151,5	114,0	151,5	100,0
20100055	07.07. - 14.07.2010	1,00	-	-	-	229,1	151	229,1	100,00						
20100057	14.07. - 21.07.2010	1,00	-	-	-	195,7	147	195,7	100,00	138.Periode 14.07.10-10.08.10	Durchschnitt	185,4	146,5	185,4	100,0
20100061	21.07. - 28.07.2010	1,00	-	-	-	201,3	163	201,3	100,00		Maximum	201,3	163,0	201,3	100,0
20100063	28.07. - 04.08.2010	1,00	-	-	-	190,0	151	190,0	100,00		Minimum	154,8	125,0	154,8	100,0
20100066	04.08. - 11.08.2010	1,00	-	-	-	154,8	125	154,8	100,00	139.Periode 11.08.10-07.09.10	Durchschnitt	153,1	110,8	153,1	100,0
20100069	11.08. - 18.08.2010	1,00	-	-	-	153,7	111	153,7	100,00		Maximum	155,2	112,0	155,2	100,0
20100072	18.08. - 25.08.2010	1,00	-	-	-	155,2	109	155,2	100,00		Minimum	150,3	109,0	150,3	100,0
20100074	25.08. - 01.09.2010	1,00	-	-	-	150,3	112	150,3	100,00	140.Periode 08.09.10-12.10.10	Durchschnitt	164,5	120,4	164,5	100,0
20100077	01.09. - 08.09.2010	1,00	-	-	-	153,1	111	153,1	100,00		Maximum	197,0	148,0	197,0	100,0
20100080	08.09. - 15.09.2010	1,00	-	-	-	153,7	111	153,7	100,00		Minimum	151,6	105,0	151,6	100,0
20100083	15.09. - 22.09.2010	1,00	-	-	-	151,6	105	151,6	100,00	141.Periode 13.10.10-09.11.10	Durchschnitt	183,0	157,5	183,0	100,0
20100086	22.09. - 29.09.2010	1,00	-	-	-	153,8	109	153,8	100,00		Maximum	186,0	190,0	186,0	100,0
20100088	29.09. - 06.10.2010	1,00	-	-	-	166,4	129	166,4	100,00		Minimum	178,4	144,0	178,4	100,0
20100092	06.10. - 13.10.2010	1,00	-	-	-	197,0	148	197,0	100,00	142.Periode 10.11.10-07.12.10	Durchschnitt	179,5	162,8	179,5	100,0
20100094	13.10. - 20.10.2010	1,00	-	-	-	186,0	145	186,0	100,00		Maximum	186,0	177,0	186,0	100,0
20100098	20.10. - 27.10.2010	1,00	-	-	-	184,0	151	184,0	100,00		Minimum	175,0	146,0	175,0	100,0
20100100	27.10. - 03.11.2010	1,00	-	-	-	183,4	190	183,4	100,00	143.Periode 08.12.10-18.01.11	Durchschnitt	197,0	175,8	197,0	100,0
20100103	03.11. - 10.11.2010	1,00	-	-	-	178,4	144	178,4	100,00		Maximum	227,9	233,0	227,9	100,0
20100105	10.11. - 17.11.2010	1,00	-	-	-	175,0	146	175,0	100,00		Minimum	180,1	155,0	180,1	100,0
20100110	17.11. - 24.11.2010	1,00	-	-	-	186,0	177	186,0	100,00	144.Periode 19.01.11-08.02.11	Durchschnitt	176,9	171,0	176,9	100,0
20100112	24.11. - 01.12.2010	1,00	-	-	-	177,1	165	177,1	100,00		Maximum	176,9	171,0	176,9	100,0
20100115	01.12. - 08.12.2010	1,00	-	-	-	179,7	163	179,7	100,00		Minimum	176,9	171,0	176,9	100,0
20100117	08.12. - 15.12.2010	1,00	-	-	-	197,3	155	197,3	100,00	144.Periode 19.01.11-08.02.11	Durchschnitt	176,9	171,0	176,9	100,0
20100121	15.12. - 22.12.2010	1,00	-	-	-	187,8	159	187,8	100,00		Maximum	176,9	171,0	176,9	100,0
20100123	22.12. - 29.12.2010	1,00	-	-	-	193,5	160	193,5	100,00		Minimum	176,9	171,0	176,9	100,0
20100127	29.12. - 05.01.2011	1,00	-	-	-	227,9	233	227,9	100,00	144.Periode 19.01.11-08.02.11	Durchschnitt	176,9	171,0	176,9	100,0
20110001	05.01. - 12.01.2011	1,00	-	-	-	195,7	179	195,7	100,00		Maximum	176,9	171,0	176,9	100,0
20110003	12.01. - 19.01.2011	1,00	-	-	-	180,1	169	180,1	100,00		Minimum	176,9	171,0	176,9	100,0
20110005	19.01. - 26.01.2011	1,00	-	-	-	176,9	171	176,9	100,00						

Quelle: EZB

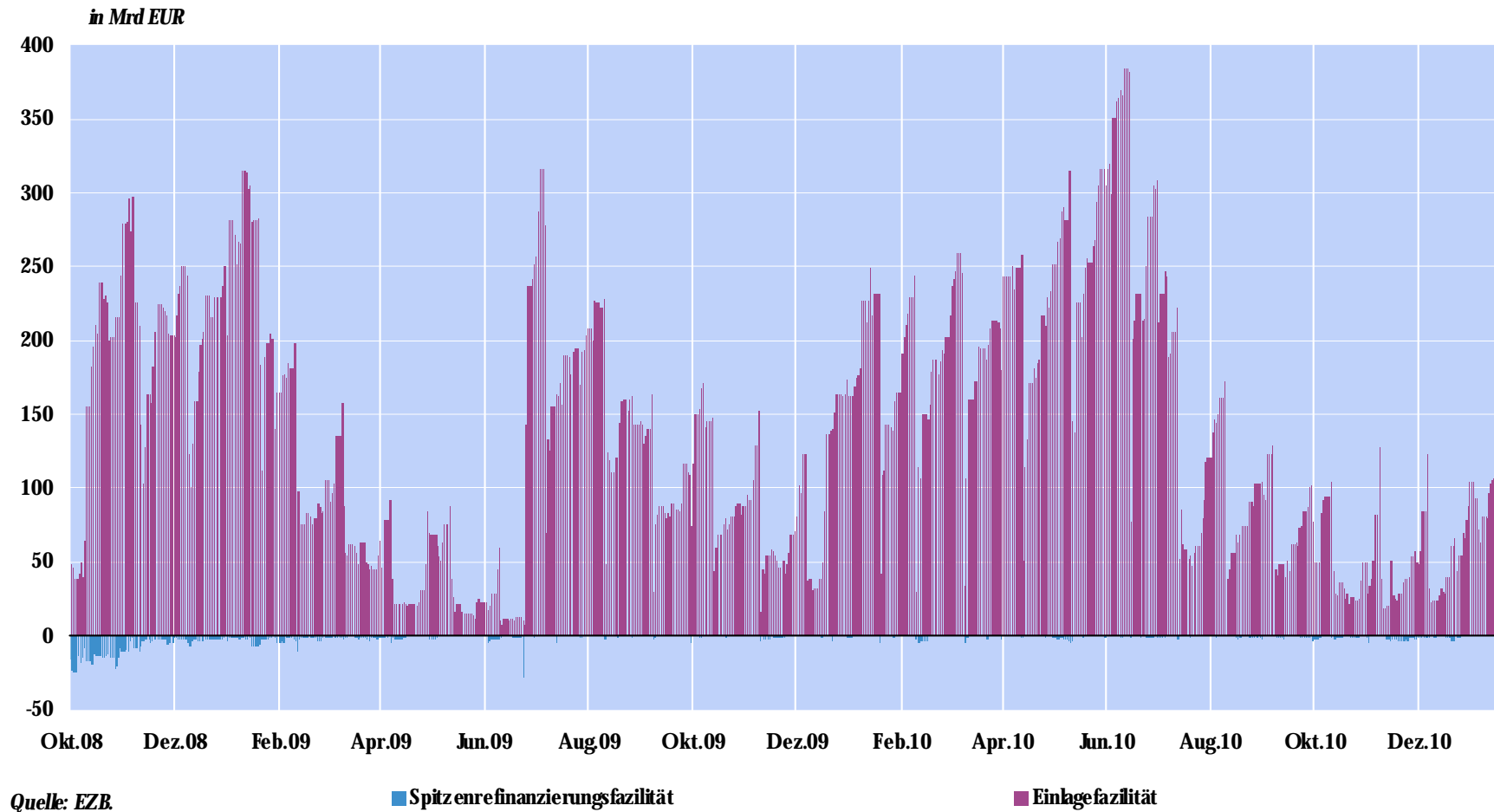
## Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems

Referenznummer	Laufzeit	Mengentender Festsatz	Zinstender		Gebote in Mrd EUR	Bieter	Zuteilung in Mrd EUR	Zuteilung zur Grenzrate in %	Mindestreserveerfüllungsperiode
			Marginaler Zuteilungssatz	Gewichteter Durchschnittssatz					
			in %						
20090100	12.11. - 13.05.2010	1,00	-	-	0,8	21	0,8	100,00	130. Periode
20090104	26.11. - 25.02.2010	1,00	-	-	2,1	19	2,1	100,00	130. Periode
20090106	08.12. - 20.01.2010	1,00	-	-	2,7	8	2,7	100,00	131. Periode
20090109	10.12. - 11.03.2010	1,00	-	-	2,9	9	2,9	100,00	131. Periode
20090110	10.12. - 10.06.2010	1,00	-	-	1,7	21	1,7	100,00	131. Periode
20090112	17.12. - 23.12.2010	1,00	-	-	96,9	224	96,9	100,00	131. Periode
20090113	17.12. - 01.04.2010	1,00	-	-	2,6	21	2,6	100,00	131. Periode
20100003	20.01. - 10.02.2010	1,00	-	-	5,7	7	5,7	100,00	132. Periode
20100007	28.01. - 29.04.2010	1,00	-	-	3,3	22	3,3	100,00	132. Periode
20100010	10.02. - 10.03.2010	1,00	-	-	2,8	14	2,8	100,00	133. Periode
20100014	25.02. - 27.05.2010	1,00	-	-	10,2	23	10,2	100,00	133. Periode
20100017	10.03. - 14.04.2010	1,00	-	-	9,3	11	9,3	100,00	134. Periode
20100022	01.04. - 01.07.2010	1,00	-	-	2,0	11	2,0	100,00	134. Periode
20100023	01.04. - 30.09.2010	1,00	-	-	17,9	62	17,9	100,00	134. Periode
20100026	14.04. - 12.05.2010	1,00	-	-	15,7	12	15,7	100,00	135. Periode
20100030	29.04. - 29.07.2010	1,00	-	-	4,8	24	16,7	100,00	135. Periode
20100033	12.05. - 16.06.2010	1,00	-	-	20,5	18	20,5	100,00	136. Periode
20100035	13.05. - 11.11.2010	1,00	-	-	35,7	56	35,7	100,00	136. Periode
20100040	27.05. - 26.08.2010	1,00	-	-	12,2	35	12,2	100,00	136. Periode
20100046	16.06. - 14.07.2010	1,00	-	-	31,6	23	31,6	100,00	137. Periode
20100053	01.07. - 30.09.2010	1,00	-	-	131,9	171	131,9	100,00	137. Periode
20100058	14.07. - 11.08.2010	1,00	-	-	49,4	34	49,4	100,00	138. Periode
20100065	29.07. - 28.10.2010	1,00	-	-	23,2	70	23,2	100,00	138. Periode
20100068	11.08. - 08.09.2010	1,00	-	-	39,1	36	39,1	100,00	139. Periode
20100076	26.08. - 25.11.2010	1,00	-	-	19,1	49	19,1	100,00	139. Periode
20100079	08.09. - 13.10.2010	1,00	-	-	37,9	27	37,9	100,00	140. Periode
20100090	30.09. - 23.12.2010	1,00	-	-	104,0	182	104,0	100,00	140. Periode
20100095	13.10. - 10.11.2010	1,00	-	-	52,2	34	52,2	100,00	141. Periode
20100102	28.10. - 27.01.2011	1,00	-	-	42,5	132	42,5	100,00	141. Periode
20100106	10.11. - 08.12.2010	1,00	-	-	63,6	44	63,6	100,00	142. Periode
20100114	25.11. - 24.02.2011	1,00	-	-	38,2	189	38,2	100,00	142. Periode
20100118	08.12. - 19.01.2011	1,00	-	-	68,1	56	68,1	100,00	143. Periode
20100125	23.12. - 31.03.2011	1,00	-	-	149,5	270	149,5	100,00	143. Periode

Quelle: EZB

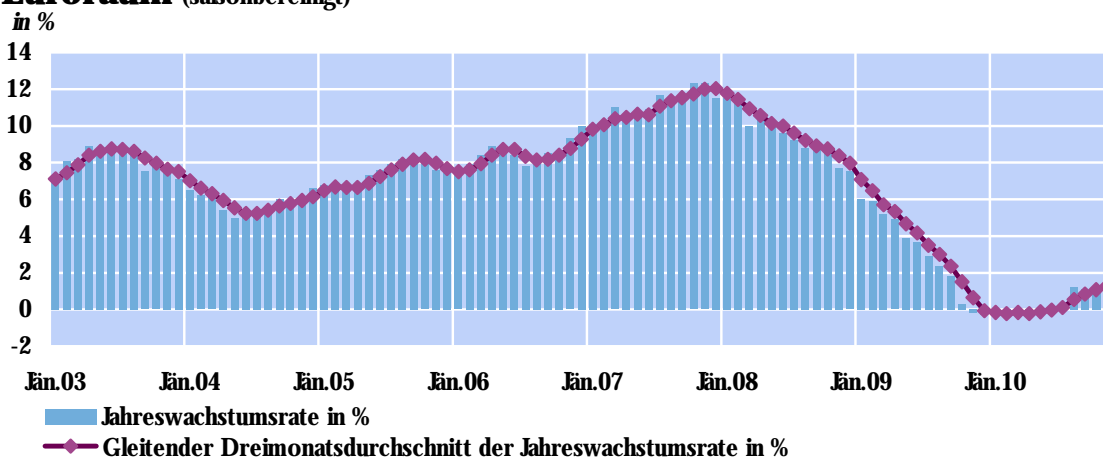
Seite A10

## Entwicklung der ständigen Fazilitäten des Eurosystems

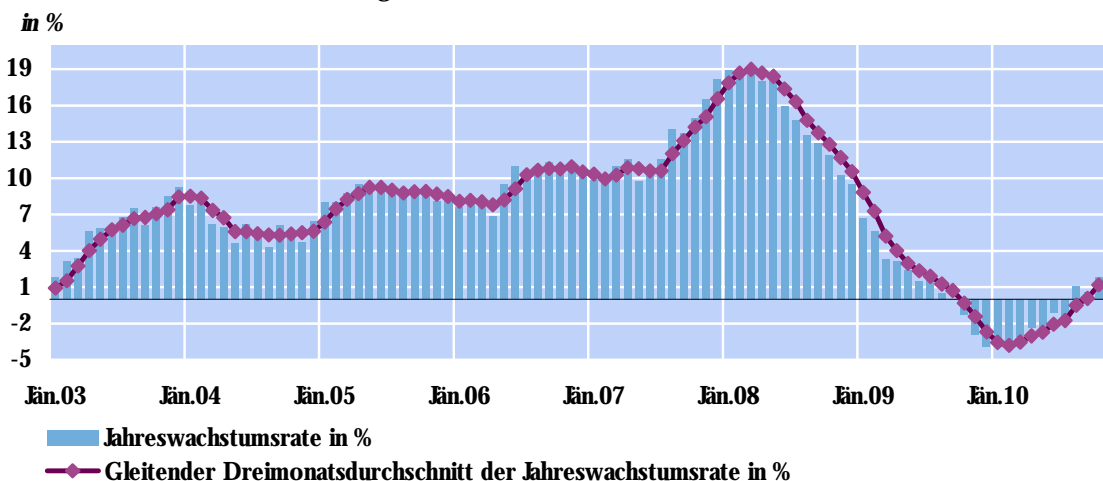


Entwicklung der Geldmenge M3

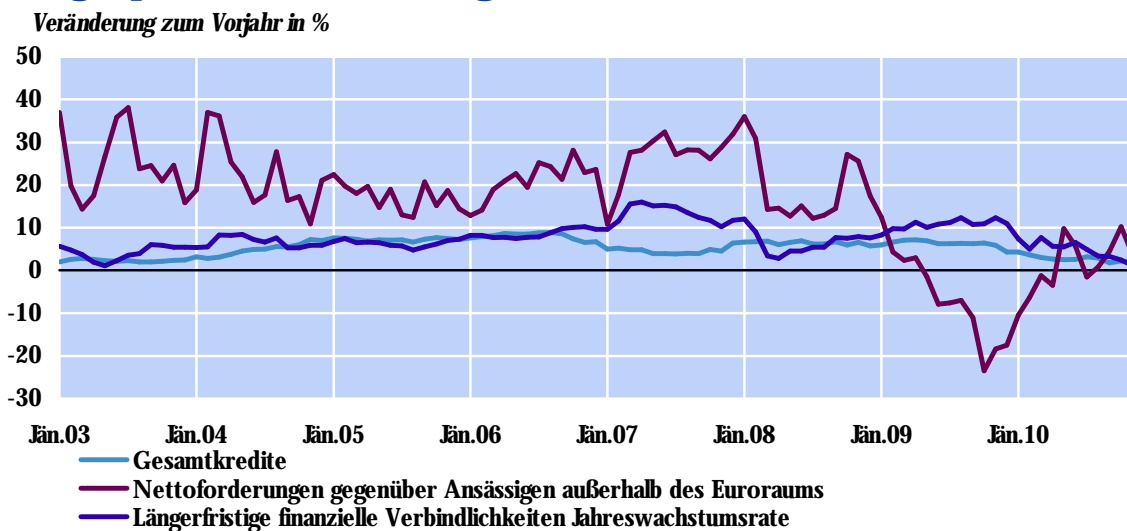
**Euroraum** (saisonbereinigt)



**Österreich** (nicht saisonbereinigt)



**Gegenposten zur Geldmenge M3 in Österreich**

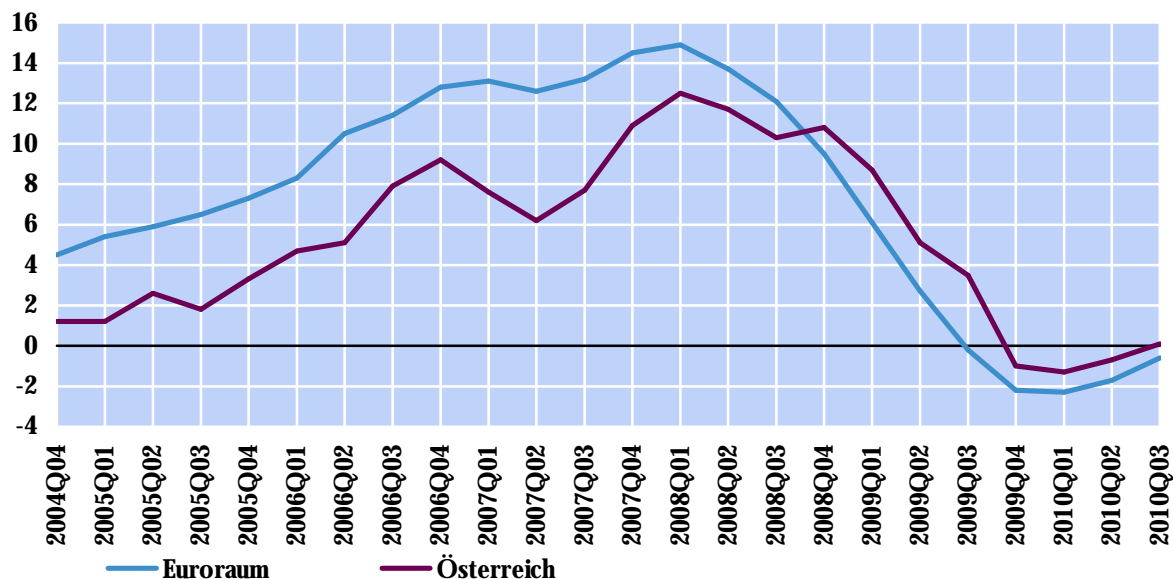


Quelle: OeNB, EZB.

## Nichtfinanzielle Unternehmen

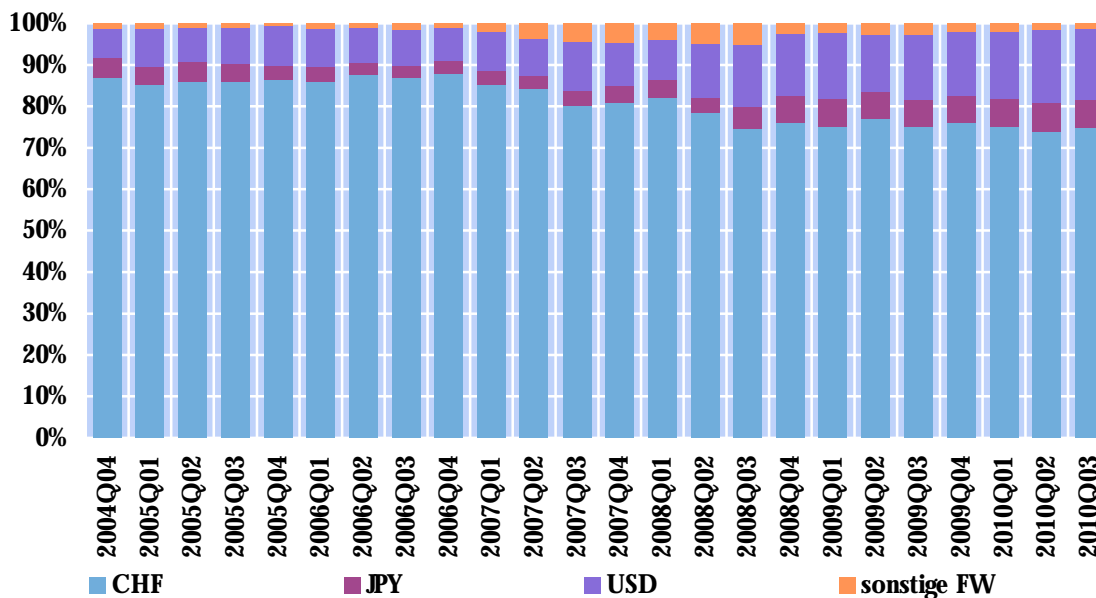
### Kredite

Jahreswachstumsrate in %



### Fremdwährungskredite in Österreich

Anteil

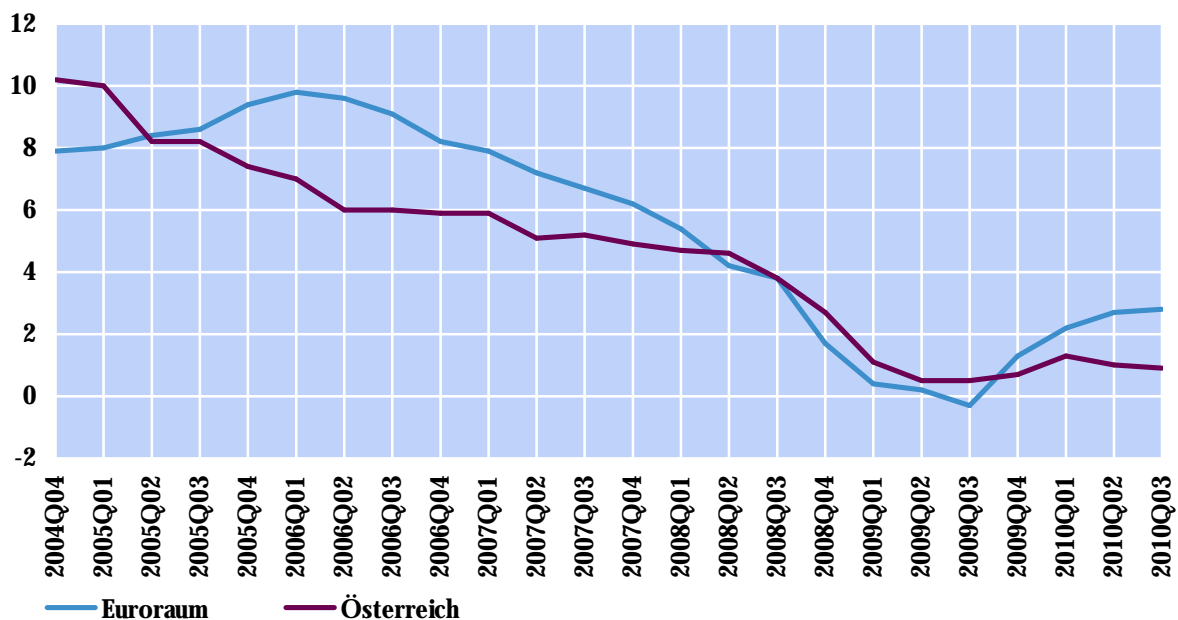


Quelle: OeNB, EZB.

## Private Haushalte

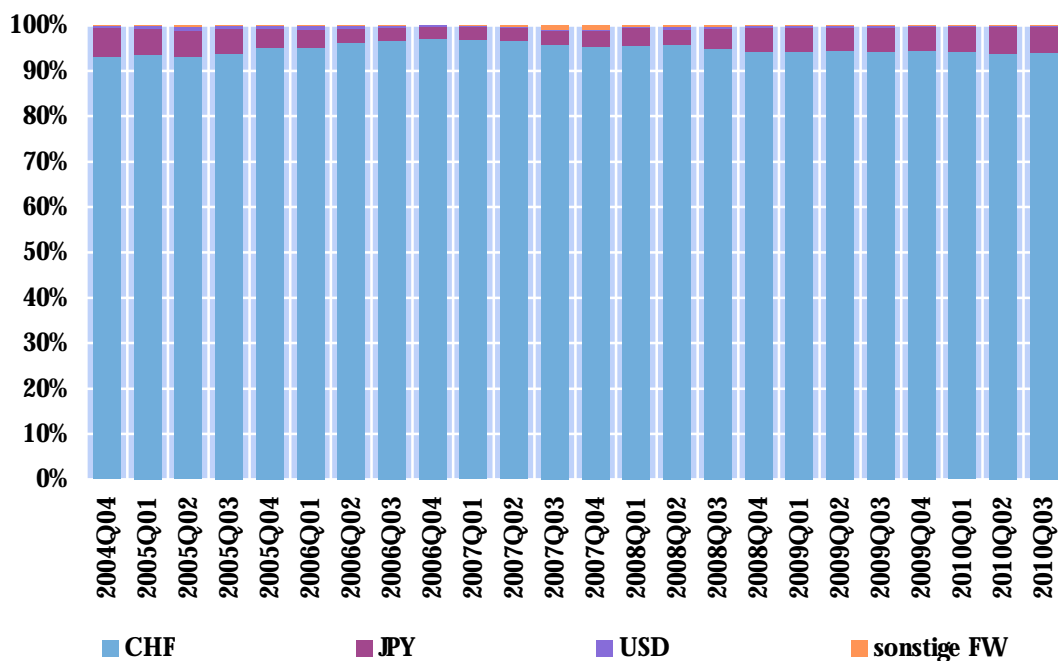
### Kredite

Jahreswachstumsrate in %



### Fremdwährungskredite in Österreich

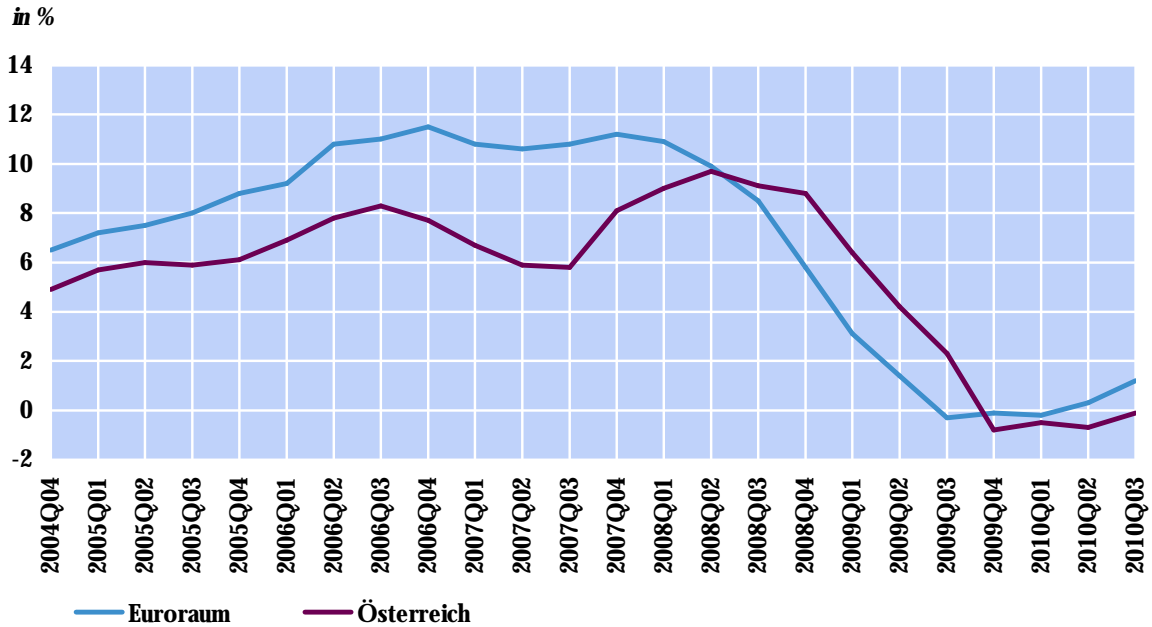
Anteil



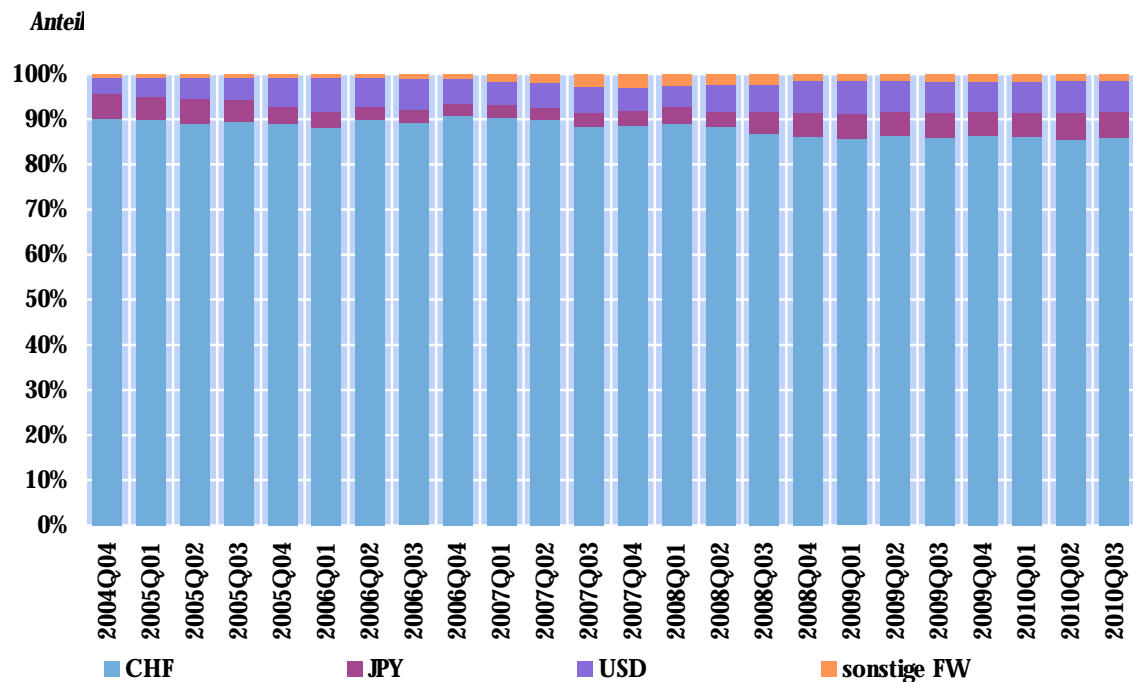
Quelle: OeNB, EZB.

## Nichtbanken (ohne Staat)<sup>1)</sup>

### Jahreswachstumsrate der Kredite von Nichtbanken ohne Staat



### Fremdwährungskredite in Österreich



Quelle: OeNB, EZB.

1) Private Haushalte, nichtfinanzielle Unternehmen und Finanzinstitute, die keine MFIs sind.

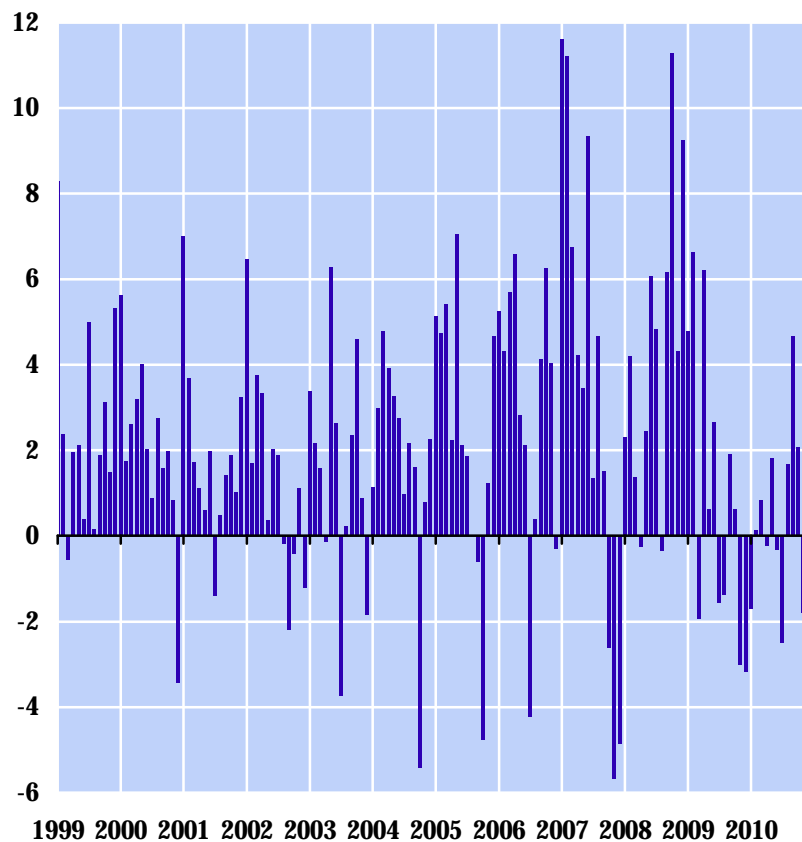
# Schuldverschreibungen von in Österreich ansässigen Emittenten

Schuldverschreibungen

Seite A16

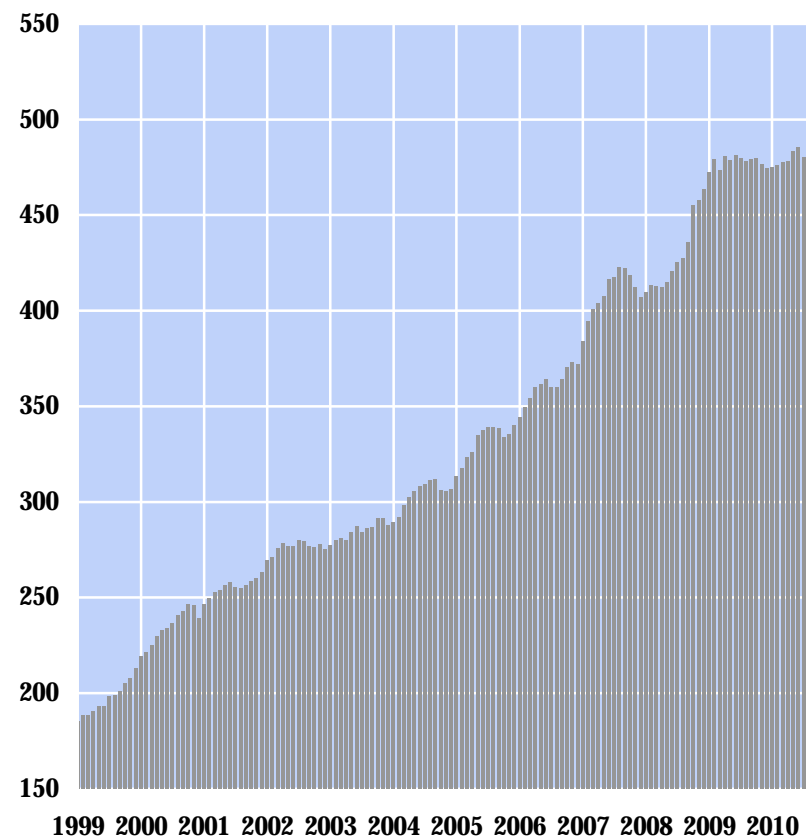
## Nettoabsatz

in Mrd EUR



## Umlauf

Monatsendstand in Mrd EUR

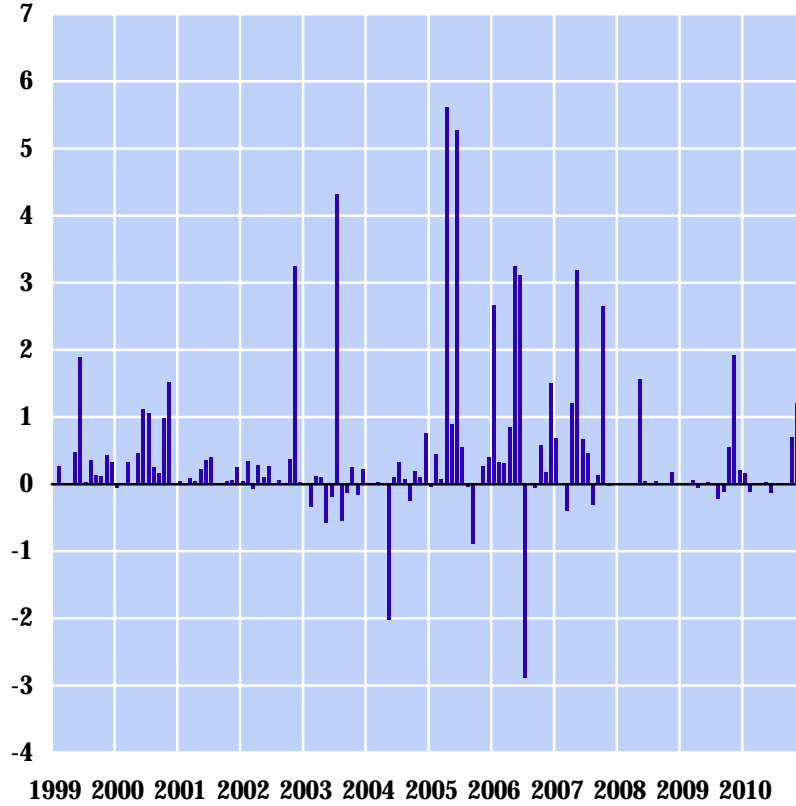


Quelle: OeNB.

# Börsennotierte Aktien von in Österreich ansässigen Emittenten

## Neuemissionen

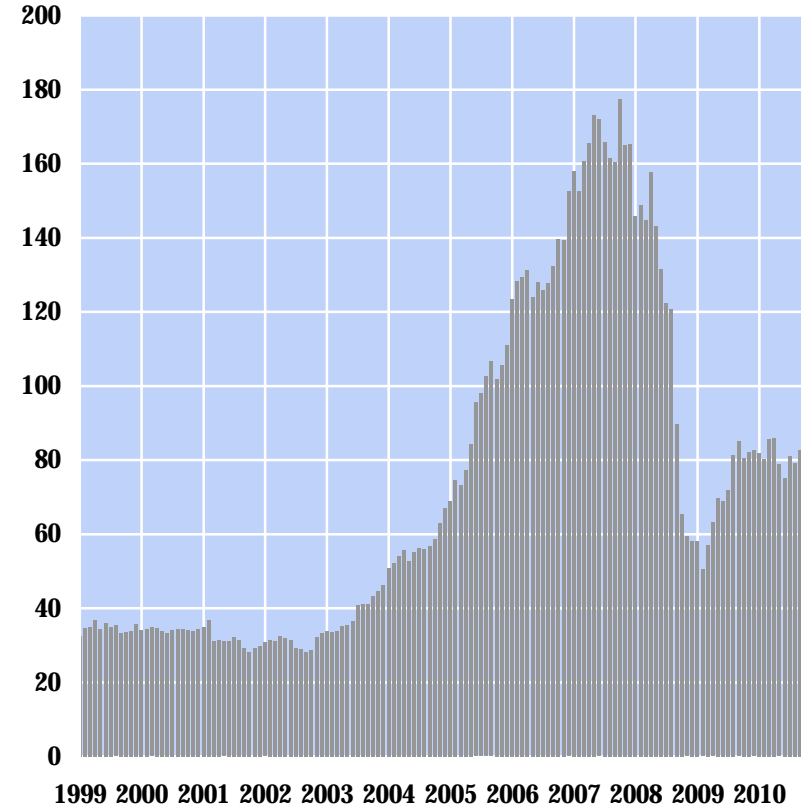
in Mrd EUR



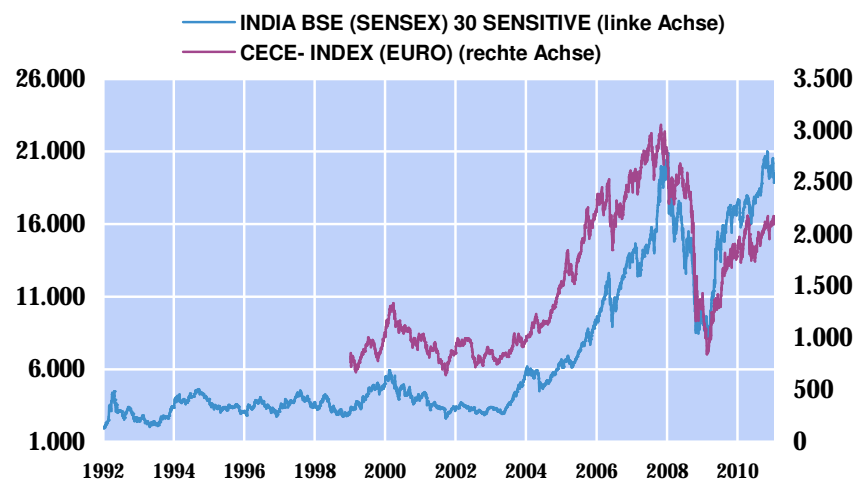
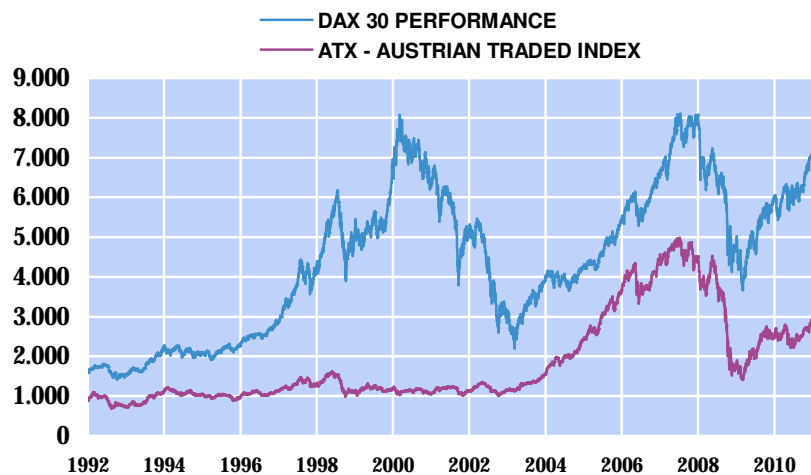
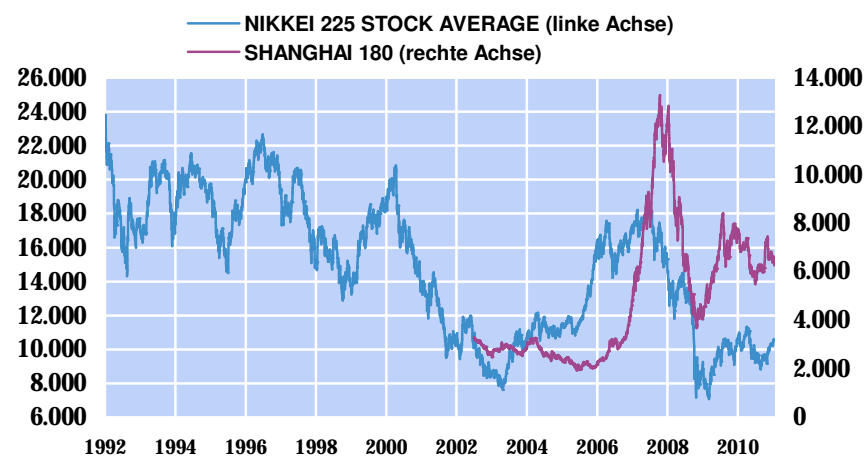
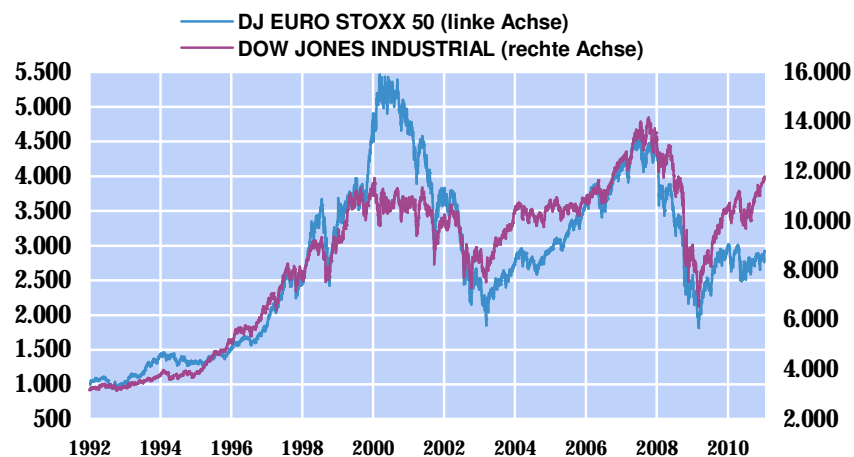
Quelle: OeNB.

## Marktkapitalisierung

Monatsendstand in Mrd EUR



## Internationale Aktienindizes



Quelle: OeNB, Thomson Reuters.

**HVPI nach COICOP<sup>1)</sup> - Verbrauchsgruppen und Sondergliederungen**

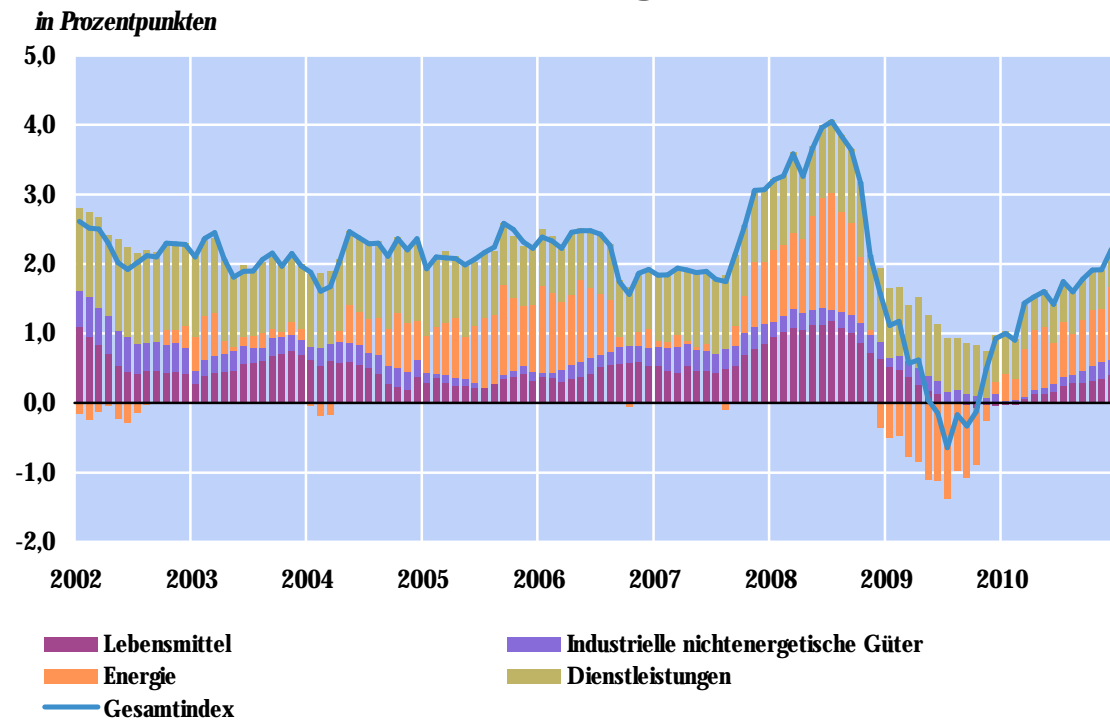
<b>Euroraum</b>	2010	2009	2010	Aug.10	Sep.10	Okt.10	Nov.10	Dez.10
<b>COICOP-Verbrauchsgruppen</b>	<b>Gewicht in %</b>	<b>Veränderung zum Vorjahr in %</b>						
0 Gesamt-HVPI	100,00	0,3	1,6	1,6	1,8	1,9	1,9	2,2
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,34	0,0	0,4	1,1	1,2	1,2	1,4	1,8
2 Alkoholische Getränke und Tabak	3,83	4,0	3,8	3,3	3,2	3,4	3,4	3,6
3 Bekleidung und Schuhe	6,74	0,3	0,3	0,2	0,2	0,4	1,0	0,7
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas, Brennstoffe	15,42	0,0	2,0	2,6	2,9	3,2	3,3	3,8
5 Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,11	1,6	0,7	0,5	0,6	0,6	0,7	0,6
6 Gesundheitspflege	4,26	1,4	0,8	0,8	0,9	1,0	0,9	0,8
7 Verkehr	15,30	-2,8	4,6	3,3	4,1	4,3	3,8	5,2
8 Nachrichtenübermittlung	3,26	-1,0	-0,8	-0,5	-0,9	-1,0	-0,8	-0,7
9 Freizeit und Kultur	9,67	0,5	-0,2	-0,1	-0,2	0,1	0,0	-0,1
10 Bildungswesen	1,08	1,0	1,7	2,3	2,2	1,7	1,6	1,5
11 Hotels, Cafes und Restaurants	9,32	1,9	1,2	1,3	1,4	1,5	1,4	1,4
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,67	2,3	2,1	2,3	2,3	2,3	2,3	2,2
<b>Ausgewählte Sondergruppen</b>								
Lebensmittel inkl. Alkohol und Tabak	19,17	0,7	1,0	1,5	1,6	1,7	1,8	2,1
Unbearbeitete Lebensmittel	7,30	0,2	1,2	2,4	2,5	2,4	2,7	3,2
Flüss. Treib- u. Schmierstoffe f. priv. Verkehrsm. Güter	5,01	-16,1	15,3	9,9	12,7	13,2	11,6	17,0
Industriegüter	58,02	-0,9	1,8	1,7	2,1	2,3	2,3	2,9
Industrielle nichtenergetische Güter	38,85	-1,7	2,1	1,8	2,3	2,6	2,6	3,3
Energie	29,29	0,6	0,4	0,4	0,6	0,7	0,8	0,7
Dienstleistungen	9,56	-8,1	7,4	6,1	7,7	8,5	7,9	11,0
Gesamtindex ohne Energie	41,98	2,0	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3
Gesamtindex o. Energie u. unb. Lebensmittel	90,44	1,2	1,0	1,1	1,2	1,2	1,3	1,3
83,15	1,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1
<b>Österreich</b>	2010	2009	2010	Aug.10	Sep.10	Okt.10	Nov.10	Dez.10
<b>COICOP-Verbrauchsgruppen</b>	<b>Gewicht in %</b>	<b>Veränderung zum Vorjahr in %</b>						
0 Gesamt-HVPI	100,00	0,4	1,7	1,6	1,7	2,0	1,8	2,2
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,75	0,3	0,4	1,2	1,3	1,7	1,1	2,3
2 Alkoholische Getränke und Tabak	2,99	1,3	2,0	2,5	2,2	2,5	2,3	2,2
3 Bekleidung und Schuhe	5,64	1,5	1,1	0,6	1,3	2,4	1,9	1,8
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas, Brennstoffe	14,55	1,5	2,8	2,7	2,9	2,9	2,5	2,7
5 Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,10	2,4	1,2	0,9	1,0	0,4	0,2	0,1
6 Gesundheitspflege	5,38	2,6	1,9	1,9	2,1	2,1	1,8	1,5
7 Verkehr	14,16	-4,8	3,4	2,1	2,4	3,3	2,7	3,8
8 Nachrichtenübermittlung	2,13	-1,2	1,4	0,9	1,1	4,6	1,8	2,1
9 Freizeit und Kultur	11,37	0,2	0,9	1,0	0,9	0,9	1,1	1,5
10 Bildungswesen	0,86	-9,6	-4,2	-5,7	3,1	3,2	3,3	3,3
11 Hotels, Cafes und Restaurants	15,06	2,2	0,9	0,6	0,7	0,8	1,5	1,3
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	7,02	3,4	3,1	3,2	3,3	2,8	2,8	3,5
<b>Ausgewählte Sondergruppen</b>								
Lebensmittel inkl. Alkohol und Tabak	15,74	0,4	0,7	1,5	1,5	1,8	1,4	2,3
Unbearbeitete Lebensmittel	5,27	0,6	1,8	3,6	3,3	3,4	1,6	3,6
Flüss. Treib- u. Schmierstoffe f. priv. Verkehrsm. Güter	4,09	-20,0	15,1	10,3	12,9	14,6	10,8	16,3
Industriegüter	52,39	-0,9	2,0	1,9	2,2	2,5	1,9	2,8
Industrielle nichtenergetische Güter	36,65	-1,4	2,6	2,0	2,5	2,8	2,2	3,0
Energie	28,78	1,5	1,2	1,0	1,3	1,5	1,1	1,4
Dienstleistungen	7,86	-10,4	7,6	5,5	6,8	7,8	5,9	8,9
Gesamtindex ohne Energie	47,61	1,8	1,4	1,2	1,3	1,4	1,6	1,5
Gesamtindex o. Energie u. unb. Lebensmittel	92,14	1,5	1,2	1,2	1,3	1,5	1,4	1,6
86,87	1,5	1,2	1,1	1,2	1,4	1,4	1,5	

Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

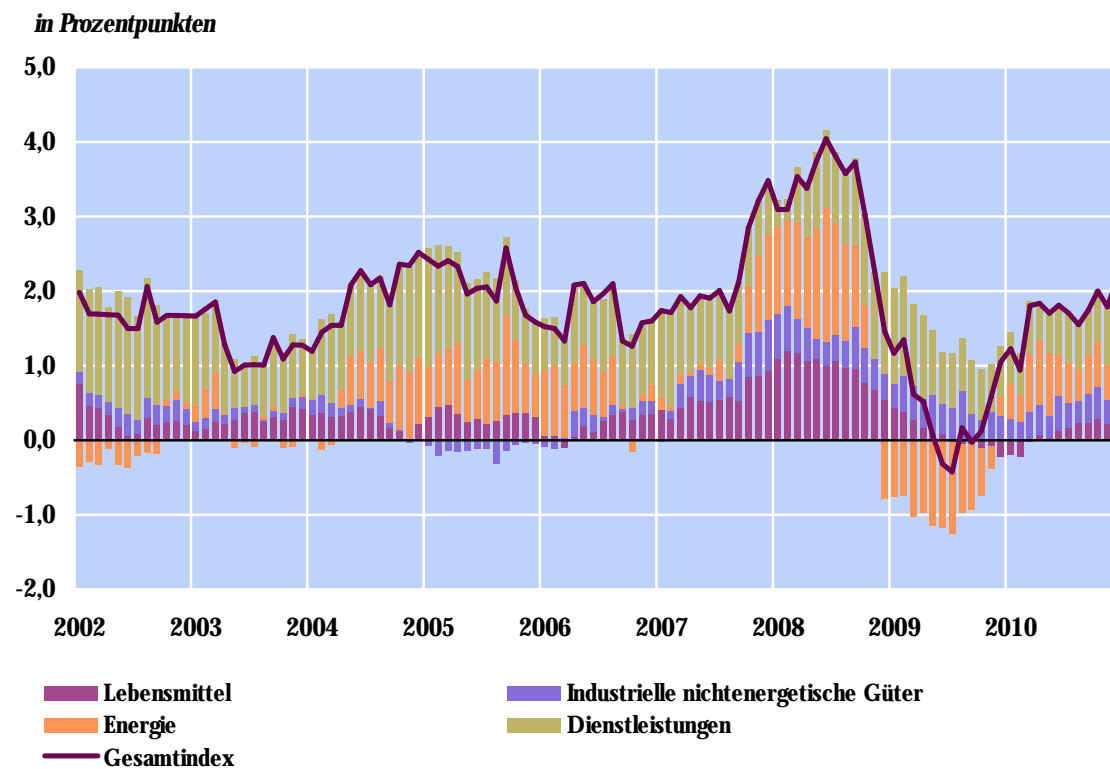
1) Classification of individual consumption of purposes.

## Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex

### Euroraum: Inflationsrate und Beiträge zur Inflation



### Österreich: Inflationsrate und Beiträge zur Inflation



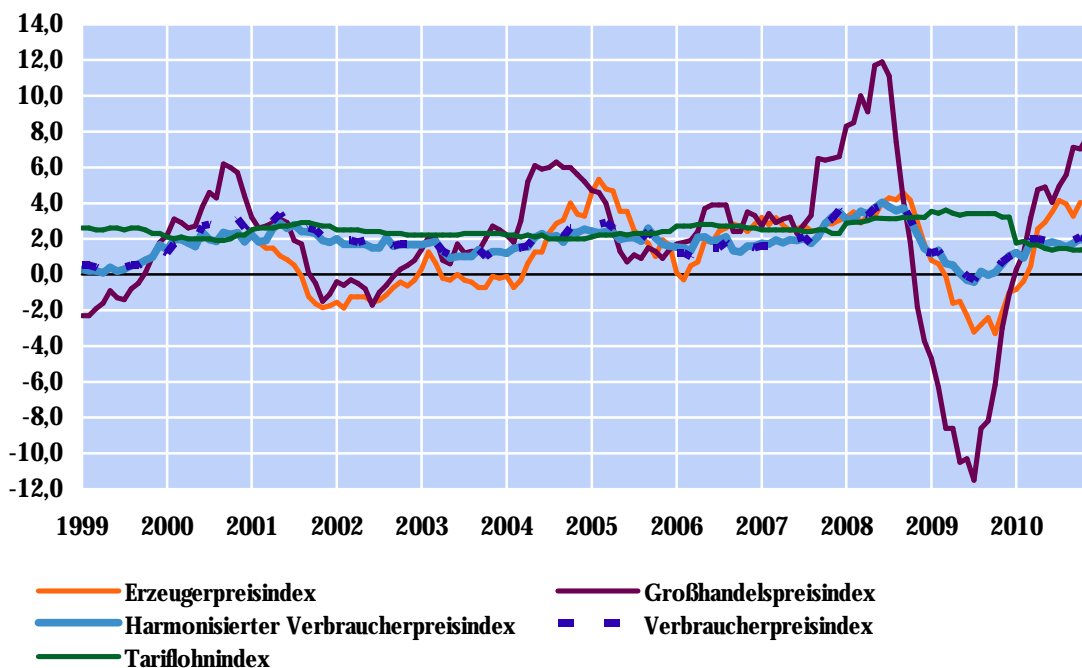
Quelle: Eurostat, Statistik Austria, OeNB.

## Ausgewählte Inflationsindikatoren für Österreich

Periode	Erzeugerpreisindex (EPI)	Großhandelspreisindex (GHPI)	Verbraucherpreisindex (VPI)	Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	Tariflohnindex (TLI)
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>					
2008	3,5	6,4	3,2	3,2	3,0
2009	-1,6	-7,5	0,5	0,4	3,4
2010	..	5,0	1,9	1,7	1,6
2011 <sup>1)</sup>	x	x	x	2,2	x
2012 <sup>1)</sup>	x	x	x	1,8	x
Dez.09	-1,0	-1,1	1,0	1,1	3,2
Jän.10	-0,8	0,3	1,2	1,2	1,8
Feb.10	-0,4	1,2	1,0	0,9	1,8
Mär.10	0,5	3,1	2,0	1,8	1,7
Apr.10	2,6	4,8	2,0	1,8	1,7
Mai.10	2,9	4,9	1,9	1,7	1,5
Jun.10	3,5	4,0	2,0	1,8	1,4
Jul.10	4,2	5,0	1,9	1,7	1,5
Aug.10	4,0	5,6	1,7	1,6	1,5
Sep.10	3,3	7,1	1,9	1,7	1,4
Okt.10	4,0	7,0	2,1	2,0	1,4
Nov.10	..	7,7	1,9	1,8	1,5
Dez.10	..	9,1	2,3	2,2	1,5

## Inflationsindikatoren für Österreich

*Veränderung zum Vorjahr in %*

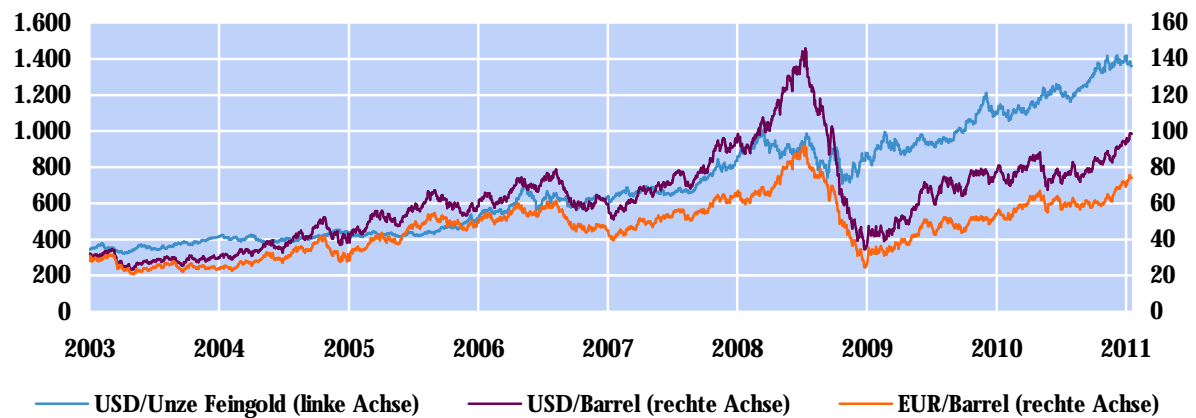


Quelle: Statistik Austria.

1) Prognose der OeNB vom Dezember 2010.

## Preisentwicklung bei Rohstoffen

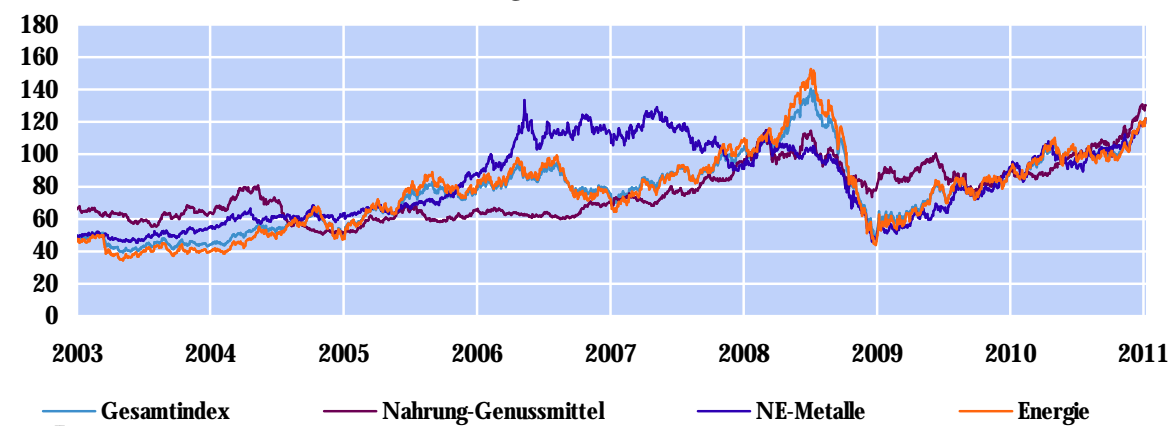
### Preisentwicklung von Gold und Rohöl



Quelle: Thomson Reuters.

### Weltmarktpreise für Rohstoffe

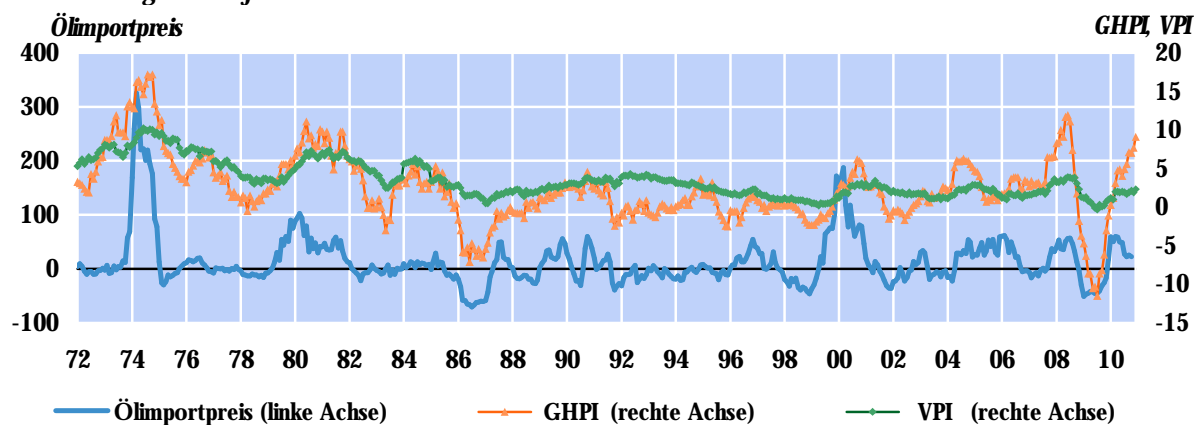
HWWI-Index 'Euroland' 2010=100, Euro-Basis; Tagesdaten



Quelle: HWWI

### Ölimportpreis- und Inflationsentwicklung in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %



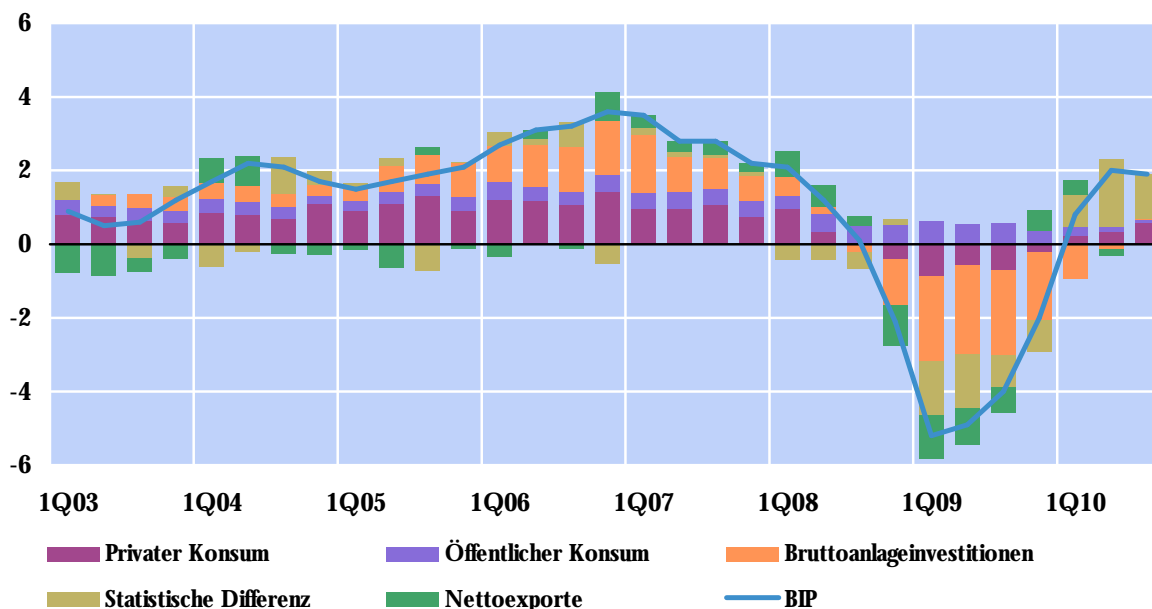
Quelle: Statistik Austria, WIFO.

## Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate im Euroraum

Periode	BIP	Konsumausgaben	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte i.w.S.	Importe i.w.S.
<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>					
2002	0,9	1,3	-1,5	2,0	0,5
2003	0,8	1,3	1,3	1,1	3,0
2004	2,2	1,6	2,3	7,4	7,1
2005	1,7	1,8	3,1	5,0	5,8
2006	3,0	2,1	5,4	8,6	8,5
2007	2,8	1,8	4,7	6,3	5,8
2008	0,5	0,9	-0,8	1,0	0,8
2009	-4,1	-0,2	-11,3	-13,2	-11,9
2010 <sup>1)</sup>	1,7	x	-0,8	10,7	8,7
2011 <sup>1)</sup>	1,5	x	2,2	6,1	5,1
2012 <sup>1)</sup>	1,8	x	3,6	6,3	5,9
3Q08	0,1	0,6	-1,1	0,9	0,3
4Q08	-2,1	0,1	-6,0	-7,1	-4,4
1Q09	-5,2	-0,4	-11,4	-16,2	-13,1
2Q09	-4,9	-0,1	-12,2	-16,7	-14,4
3Q09	-4,0	-0,2	-12,0	-13,7	-12,3
4Q09	-2,0	0,1	-9,6	-5,3	-7,1
1Q10	0,8	0,6	-5,0	5,7	4,8
2Q10	2,0	0,6	-0,8	11,7	12,4
3Q10	1,9	0,8	0,2	11,3	11,7

## Wachstumsbeiträge zum realen BIP im Euroraum

Beitrag zum saisonbereinigten BIP-Wachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, OeNB; 3. Quartal 2010: Schnellschätzung der Eurostat.

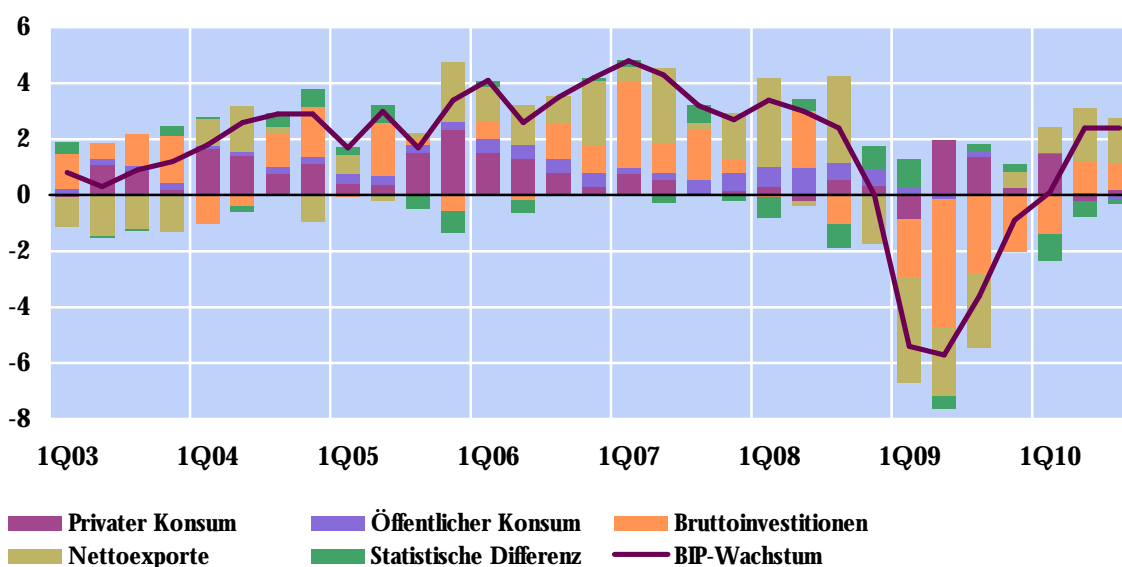
1) Prognose EU-Kommission vom November 2010.

## Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate in Österreich

Periode	BIP	Konsum- ausgaben	Brutto- investitionen	Exporte i.w.S.	Importe i.w.S.
<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real - auf Basis von Vorjahrespreisen, nicht saisonbereinigt)</i>					
2001	0,5	0,8	-2,1	6,2	5,6
2002	1,6	1,0	-5,0	3,9	-0,4
2003	0,8	1,0	5,3	1,5	4,5
2004	2,5	1,9	1,9	10,1	9,8
2005	2,5	2,0	1,6	7,4	6,4
2006	3,6	2,0	3,0	7,7	5,4
2007	3,7	1,1	7,0	8,6	7,0
2008	2,2	1,4	1,0	1,0	-0,9
2009	-3,9	1,1	-12,7	-16,1	-14,4
2010 <sup>1)</sup>	1,9	0,8	-0,5	10,4	6,8
2011 <sup>1)</sup>	2,1	0,8	2,5	7,3	6,0
2012 <sup>1)</sup>	2,3	1,0	3,0	6,9	6,2
3Q08	2,4	1,6	-4,0	1,8	-3,9
4Q08	0,0	1,3	0,1	-8,2	-6,0
1Q09	-5,4	-0,9	-11,2	-19,6	-16,5
2Q09	-5,7	2,7	-18,6	-21,2	-19,0
3Q09	-3,6	2,3	-11,8	-15,6	-12,5
4Q09	-0,9	0,3	-8,5	-7,5	-9,6
1Q10	0,1	2,1	-7,8	4,2	2,9
2Q10	2,4	-0,2	5,3	13,4	10,4
3Q10	2,4	0,0	4,4	13,9	11,7

## Wachstumsbeiträge zum realen BIP in Österreich

in Prozentpunkten



Quelle: WIFO (Quartale), Statistik Austria (Jahre), OeNB.

1) Prognose der OeNB vom Dezember 2010 - erstellt auf Basis saison- und arbeitstägig bereinigter Daten.

## Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

Indikatoren	Eurosistem <sup>1)</sup> Dezember 2010			OECD November 2010			IWF Oktober 2010		EU-Kommission November 2010		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2010	2011	2012
<b>Hauptergebnisse</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
BIP, real	1,6 bis 1,8	0,7 bis 2,1	0,6 bis 2,8	1,7	1,7	2,0	1,7	1,5	1,7	1,5	1,8
Privater Konsum, real	0,6 bis 0,8	0,4 bis 1,4	0,5 bis 2,3	0,6	1,0	1,7	0,6	0,9	0,6	0,9	1,4
Öffentlicher Konsum, real	0,5 bis 1,3	-0,8 bis 0,6	-0,4 bis 1,0	1,0	0,0	-1,0	1,2	-0,2	1,0	-0,1	0,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	-1,4 bis -0,6	-0,5 bis 3,1	0,1 bis 5,3	-1,0	1,6	2,8	-0,1	1,6	-0,8	2,2	3,6
Exporte, real	9,9 bis 11,7	3,7 bis 8,7	2,5 bis 8,7	x	x	x	10,5	5,6	10,7	6,1	6,3
Importe, real	8,2 bis 9,8	2,6 bis 7,6	2,3 bis 8,1	x	x	x	8,7	4,1	8,8	5,1	6,0
BIP Deflator	x	x		0,8	1,0	1,1	1,3	1,4	0,5	1,5	1,5
HVPI	1,5 bis 1,7	1,3 bis 2,3	0,7 bis 2,3	1,5	1,3	1,2	1,6	1,5	1,5	1,8	1,7
Lohnstückkosten	x	x	x	-0,7	0,3	0,2	-1,5	0,8	-0,6	0,6	0,9
Beschäftigte	x	x	x	-0,5	0,3	0,6	x	x	-0,7	0,3	0,6
	<i>in %</i>										
Arbeitslosenquote	x	x	x	9,9	9,6	9,2	10,1	10,0	10,1	10,0	9,6
	<i>in % des nominellen BIP</i>										
Leistungsbilanz	x	x	x	-0,2	0,3	0,9	0,2	0,5	-0,5	0,0	0,1
Öffentliches Defizit	x	x	x	-6,3	-4,6	-3,5	-6,5	-5,1	-6,3	-4,6	-3,9
Erdölpreis in USD/Barrel	79,5	88,6	90,7	80,0	80,0	80,0	76,2	78,8	79,9	88,9	90,8
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,8	1,4	1,7	0,8	1,1	1,8	0,6	0,8	0,8	1,4	1,7
USD/EUR	1,33	1,39	1,39	1,28	1,39	1,39	1,31	1,28	1,33	1,39	1,39
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
BIP, real USA	2,7	2,4	2,7	2,7	2,2	3,1	2,6	2,3	2,7	2,1	2,5
BIP, real Welt											
(OECD: Wachstum von Gesamt OECD)	4,7	3,8	4,2	2,8	2,3	2,8	4,8	4,2	4,5	3,9	4,0
Welthandel (EU-Kommission: Weltimporte)	11,7	7,2	7,5	12,3	8,3	8,1	11,4	7,0	12,1	7,1	6,9

Quelle: Eurosistem, OECD, IWF, EU-Kommission.

1) Die von Experten der EZB erstellten Projektionen (März und September) ergänzen die gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosistems, die halbjährlich (Juni und Dezember) von Experten der EZB und der nationalen Zentralbanken des Euroraums gemeinsam erarbeitet werden. Bandbreiten basieren auf dem Durchschnitt der absoluten Abweichungen von früheren Projektionen. BIP, real Welt: Welt ohne Euroraum.

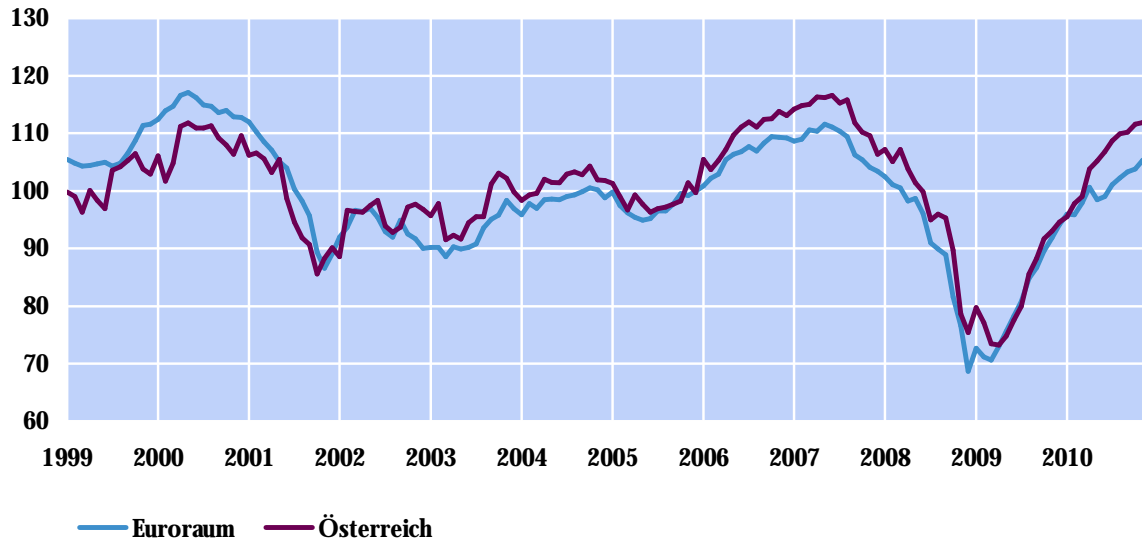
## Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Indikator	OeNB Dezember 2010			WIFO Dezember 2010			IHS Dezember 2010			OECD Oktober 2010			IWF Oktober 2010		EU-Kommission November 2010		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2010	2011	2012
<b>Hauptergebnisse</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>																
BIP, real	1,9	2,1	2,3	2,0	2,2	2,0	1,9	2,1	2,3	2,0	2,0	2,0	1,6	1,6	2,0	1,7	2,1
Privater Konsum, real	1,0	1,0	1,3	1,1	0,9	1,1	1,0	1,0	1,3	0,9	1,1	1,5	x	x	0,9	0,8	0,9
Öffentlicher Konsum, real	0,3	0,3	0,3	0,5	0,2	0,0	0,5	0,2	0,5	0,8	-0,2	-0,5	x	x	0,8	0,0	0,5
Bruttoanlageinvestitionen, real <sup>1)</sup>	-3,3	2,1	3,0	-3,1	2,5	2,3	0,3	2,0	3,0	-2,4	2,5	3,2	x	x	-2,6	2,7	2,9
Exporte, real	10,4	7,3	6,9	9,7	7,0	6,4	10,8	6,3	5,9	8,1	7,6	5,8	x	x	9,0	6,3	6,5
Importe, real	6,8	6,0	6,2	8,0	5,7	5,7	9,3	4,9	5,0	5,5	6,6	5,3	x	x	6,4	5,6	5,5
BIP je Erwerbstätigen	1,0	1,2	1,5	1,0	1,5	1,5	1,0	1,2	1,2	x	x	x	x	x	1,3	1,0	1,3
BIP Deflator	1,6	1,8	1,6	1,2	1,5	1,8	1,7	1,8	1,7	1,5	1,1	1,2	x	x	0,6	1,6	1,3
VPI	x	x	x	1,8	2,1	1,8	1,8	2,0	1,8	x	x	x	1,5	1,7	x	x	x
HVPI	1,7	2,2	1,8	1,8	2,1	1,9	x	x	x	1,6	1,8	1,9	x	x	1,7	2,1	1,8
Lohnstückkosten	0,1	1,1	0,7	0,6	0,5	0,8	x	x	x	x	x	x	x	x	0,3	1,2	0,8
Beschäftigte	0,9	0,9	0,8	1,0	0,6	0,5	0,9	0,9	1,1	x	x	x	x	x	0,7	0,7	0,8
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition</i>																
Arbeitslosenquote	4,5	4,4	4,3	4,5	4,4	4,5	4,5	4,3	4,2	4,5	4,4	4,3	4,1	4,2	4,4	4,2	4,0
	<i>in % des nominellen BIP</i>																
Leistungsbilanz	2,5	3,4	4,5	3,7	4,2	4,6	x	x	x	2,6	3,1	3,8	2,3	2,4	3,0	3,5	4,1
Finanzierungssaldo des Staates	-4,1	-3,0	-2,6	-4,1	-3,1	-2,7	-4,2	-3,2	-2,8	-4,4	-3,4	-3,0	x	x	-4,3	-3,6	-3,3
	<i>Prognoseannahmen</i>																
Erdölpreis in USD/Barrel	79,5	88,6	90,7	79,0	90,0	95,0	79,5	85,0	90,0	80,0	80,0	80,0	76,2	78,8	79,9	88,9	90,8
Kurzfristiger Zinssatz in % USD/EUR	0,8	1,4	1,7	0,8	1,0	1,5	0,8	1,2	1,7	0,8	1,1	1,8	0,8	1,0	0,8	1,4	1,7
	1,33	1,39	1,39	1,33	1,25	1,20	1,33	1,33	1,33	1,39	1,39	1,39	1,31	1,28	1,33	1,39	1,39
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>																
BIP, real Euroraum	6 bis 1,8 7 bis 2,1 6 bis 2,8			1,7	1,5	1,5	1,7	1,6	1,9	1,7	1,7	2,0	1,7	1,5	1,7	1,5	1,8
BIP, real USA	2,7	2,4	2,7	2,7	2,2	2,9	2,7	2,1	2,7	2,7	2,2	3,1	2,6	2,3	2,7	2,1	2,5
BIP, real Welt	4,7	3,8	4,2	4,5	4,1	4,6	x	x	x	x	x	x	4,8	4,2	4,5	3,9	4,0
Welthandel	11,7	7,2	7,5	16,0	10,0	10,0	15,5	5,5	7,0	12,3	8,3	8,1	11,4	7,0	12,1	7,1	6,9
<i>Quelle: OeNB, WIFO, IHS, EU-Kommission, IWF, OECD,</i>																	
<i>1) IHS: Bruttoinvestitionen.</i>																	

## Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (I)

### Economic Sentiment Indicator

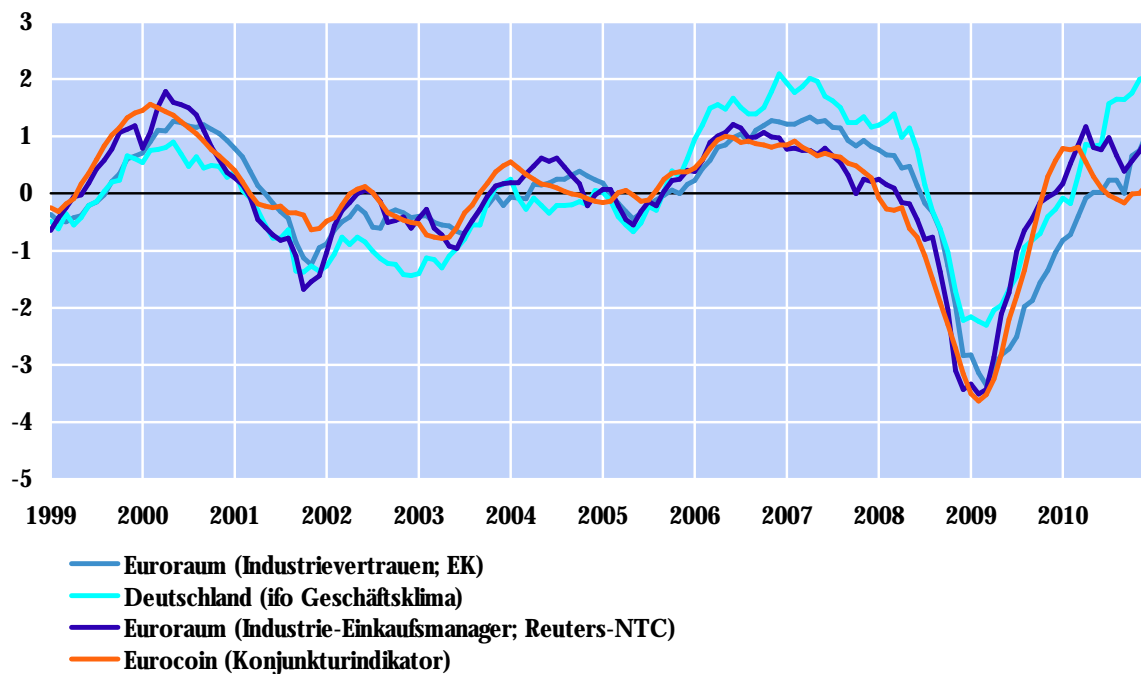
1995=100



Quelle: EU-Kommission.

### Geschäftsklima - Indikatoren

Abweichung vom Mittelwert des Indikators relativ zur Standardabweichung

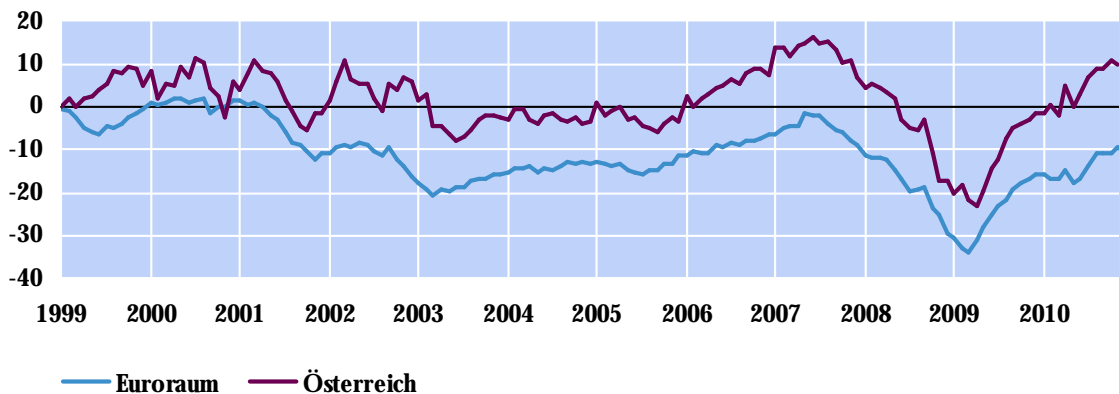


Quelle: EU-Kommission, Institut für Wirtschaftsforschung NTC Research, CEPR, OeNB.

## Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (II)

### Konsumentenvertrauen

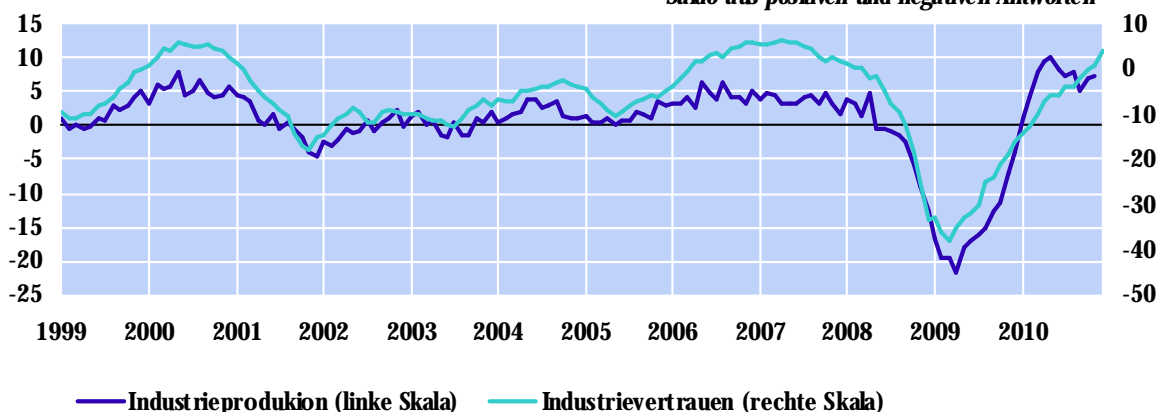
Saldo aus positiven und negativen Antworten



### Indikatoren der Industrie im Euroraum

Veränderung zum Vorjahr in %

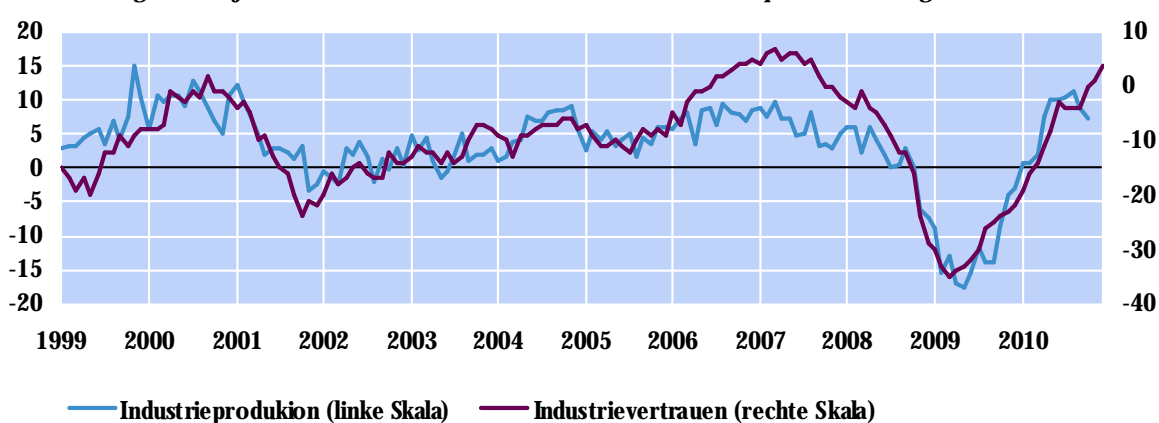
Saldo aus positiven und negativen Antworten



### Indikatoren der Industrie in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: EU-Kommission, Eurostat

## Produktionsindex in Österreich<sup>1)</sup>

Indikator	2008	2009	3Q09	4Q09	1Q10	2Q10	3Q10	Mai.10	Jun.10	Jul.10	Aug.10	Sep.10	Okt.10
	<i>Index 2005=100</i>												
<b>Insgesamt inkl Bau (B bis F)</b>	114,6	102,8	104,2	114,2	96,3	106,7	111,0	106,7	111,6	111,3	101,7	120,1	120,4
Industrie (B bis E)	115,9	103,0	100,8	100,8	102,1	108,0	110,3	108,2	111,5	110,9	100,2	119,7	119,8
EU Insgesamt inkl. Bau (B bis F) <sup>2)</sup>	114,1	102,5	103,9	113,6	95,3	106,2	110,8	106,3	111,2	111,1	101,5	119,7	119,9
EU Industrie (B bis E) <sup>2)</sup>	115,2	101,5	100,5	109,7	101,1	107,3	110,0	107,6	111,2	110,6	99,9	119,4	119,5
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>												
<b>Insgesamt inkl Bau (B bis F)</b>	1,4	-10,3	-10,4	-4,3	-0,2	5,8	6,6	7,9	6,2	5,9	7,5	6,5	5,2
Industrie (B bis E)	1,9	-11,1	-12,8	-13,7	1,0	8,4	9,4	10,9	8,6	8,8	10,6	8,9	7,1
EU Insgesamt inkl. Bau (B bis F) <sup>2)</sup>	1,0	-10,2	-10,5	-3,9	-0,5	5,6	6,6	7,7	6,0	6,1	7,4	6,3	5,1
EU Industrie (B bis E) <sup>2)</sup>	1,2	-11,9	-12,9	-4,9	0,6	8,1	9,4	10,4	8,5	9,0	10,4	8,9	7,4
<b>Verwendungskategorien (MIG)</b>													
Vorleistungen	-0,1	-14,5	-14,9	-5,4	4,4	13,9	12,0	15,8	12,2	10,9	14,5	11,1	9,5
Energie	13,3	-4,1	-9,3	-2,8	-0,8	6,0	5,7	9,1	5,6	2,0	7,5	7,7	-2,8
Investitionsgüter	2,1	-17,4	-19,3	-9,9	-1,6	7,4	12,6	8,8	10,0	12,9	13,8	11,5	11,5
Konsumgüter	-1,9	-3,1	-1,7	-1,0	-2,8	1,5	2,6	3,9	3,1	3,3	2,8	1,8	2,7
Langlebige Konsumgüter	1,1	-3,2	-6,0	-1,1	-7,4	-2,3	5,0	4,5	2,9	2,1	3,7	9,0	0,9
Kurzlebige Konsumgüter	-2,7	-2,9	-0,8	-0,9	-1,5	2,3	1,9	3,8	2,9	3,5	2,3	0,1	3,2
<b>ÖNACE 2008 - Abschnitte</b>													
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (B)	6,1	-7,7	-2,2	-3,1	14,4	6,9	-6,7	9,1	4,1	-7,3	3,0	-15,5	-15,8
Herstellung von Waren (C)	1,1	-13,4	-14,0	-6,0	0,5	8,4	10,0	10,5	9,0	9,5	11,4	9,3	8,5
Energieversorgung (D)	9,5	-3,6	-8,3	-1,1	1,4	8,7	8,1	12,9	9,2	5,2	6,7	12,3	1,2
Wasserversorgung und - entsorgung; Abfallentsorgung (E)	8,0	8,1	17,8	0,3	6,7	10,4	9,7	12,8	6,3	7,2	9,4	12,4	11,9
Bau (F)	-0,8	-2,5	-1,1	0,1	-6,0	-3,6	-3,1	-2,4	-2,6	-3,6	-2,7	-2,9	-2,8
Hochbau (F41)	-1,4	-1,4	-0,1	1,5	69,9	31,5	-1,6	-0,5	-0,2	-1,8	-1,9	-1,0	-2,0
Tiefbau (F42)	1,0	-6,6	-5,1	-6,5	2,7	-3,5	-8,8	-10,0	-13,9	-10,2	-5,5	-10,6	-6,2

Quelle: Statistik Austria.

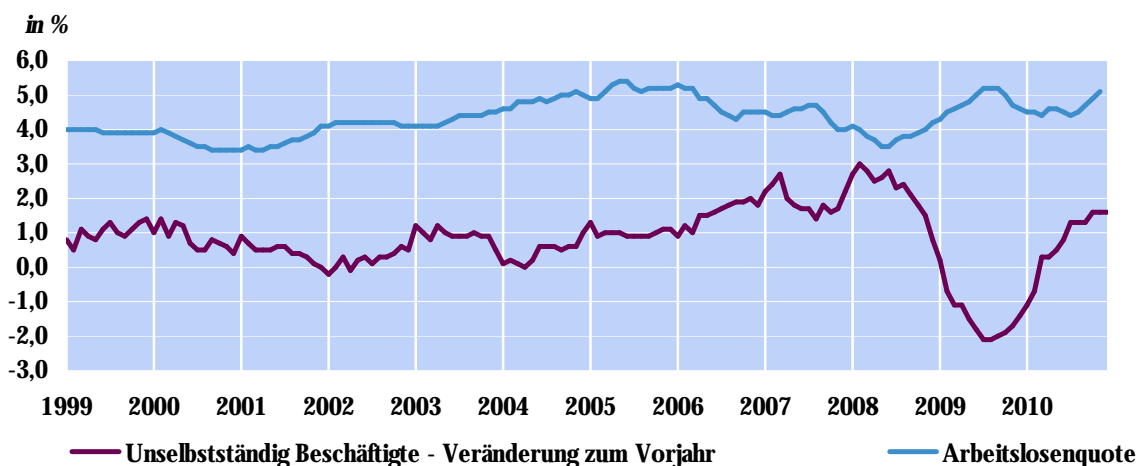
1) ÖNACE 2008, EU harmonisiert, arbeitstäglich bereinigt.

2) EU-Definition: ohne Wärme- und Kälteversorgung (353) und Wasserversorgung und -entsorgung; Abfallentsorgung (Abschnitt E).

## Arbeitslosenquoten im Euroraum und in Österreich

Indikator	2007	2008	2009	Jul. 10	Aug. 10	Sep. 10	Okt. 10	Nov. 10
	Jahresdurchschnitt in %			in %				
<i>Arbeitslosenquote gesamt</i>								
<b>Euroraum</b>	7,5	7,5	9,4	10,0	10,0	10,0	10,1	10,1
<b>Österreich</b>	4,4	3,8	4,8	4,4	4,5	4,7	4,9	5,1
<i>Jugend-Arbeitslosenquote</i>								
<b>Euroraum</b>	15,0	15,4	19,5	20,3	20,1	20,0	19,8	..
<b>Österreich</b>	8,7	8,0	10,0	9,2	8,9	8,2	8,5	..

## Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes



Quelle: Eurostat.

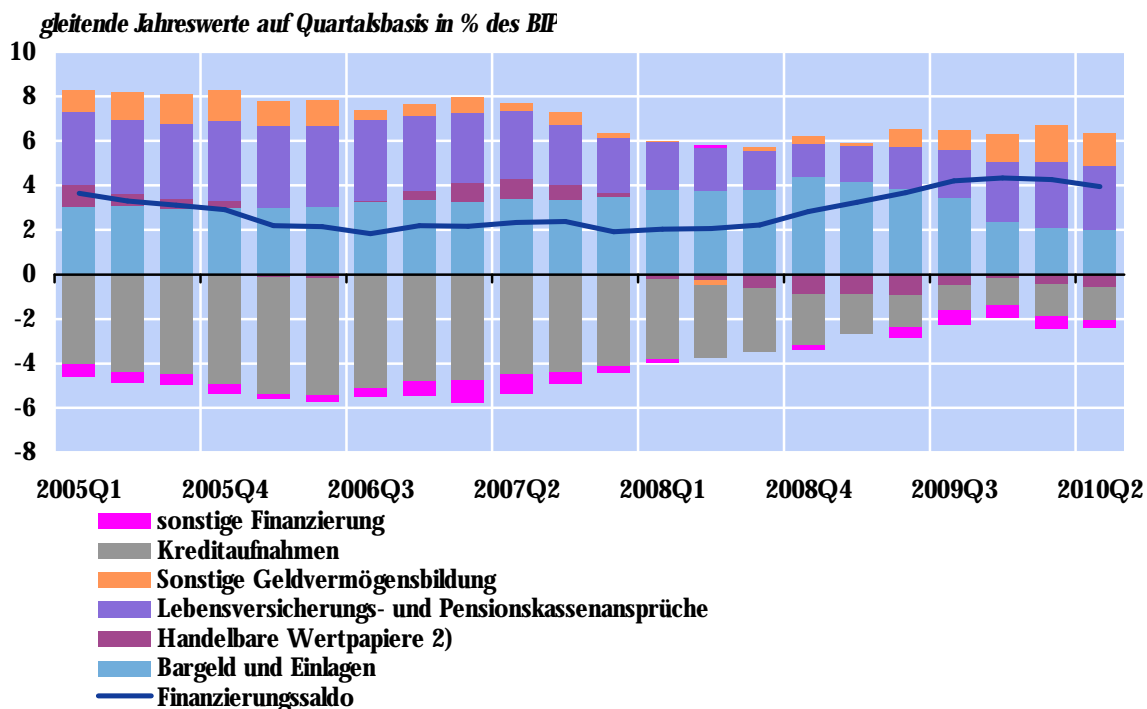
## Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes

Periode	Unselbstständig Beschäftigte		Arbeitslose		Arbeitslosenquote in %		Offene Stellen	
	in	Ver.z. Vj.	in	Ver.z. Vj.	laut AMS	laut EU-Konzept	in	Ver.z. Vj.
	1.000	in %	1.000	in %			1.000	in %
2008	3.420,5	2,3	212,3	-4,5	5,8	3,8	37,5	-1,9
2009	3.370,7	-1,5	260,3	22,6	7,2	4,8	27,2	-27,6
2010	3.395,3	0,7	250,8	-3,7	6,9	..	31,0	14,1
Dez.09	3.311,5	-1,4	312,8	8,9	8,6	4,6	23,7	-21,9
Jan.10	3.300,4	-1,1	323,7	7,3	8,9	4,5	23,4	-12,9
Feb.10	3.315,5	-0,7	312,9	3,7	8,6	4,5	26,2	-0,2
Mär.10	3.363,7	0,3	266,3	-1,8	7,3	4,4	28,1	2,3
Apr.10	3.363,4	0,3	249,7	-3,3	6,9	4,6	31,1	13,5
Mai.10	3.388,5	0,5	227,1	-5,3	6,3	4,6	33,1	19,0
Jun.10	3.420,4	0,8	212,8	-7,3	5,9	4,5	34,0	26,1
Jul.10	3.488,6	1,3	211,7	-8,9	5,7	4,4	35,2	30,2
Aug.10	3.464,5	1,3	218,4	-8,5	5,9	4,5	34,4	15,0
Sep.10	3.443,9	1,3	214,2	-8,7	5,9	4,7	35,1	20,3
Okt.10	3.422,8	1,6	226,1	-7,9	6,2	4,9	32,9	18,5
Nov.10	3.405,8	1,6	244,3	-5,2	6,7	5,1	29,7	15,9
Dez.10	3.365,9	1,6	302,3	-3,4	8,2	..	28,9	22,0

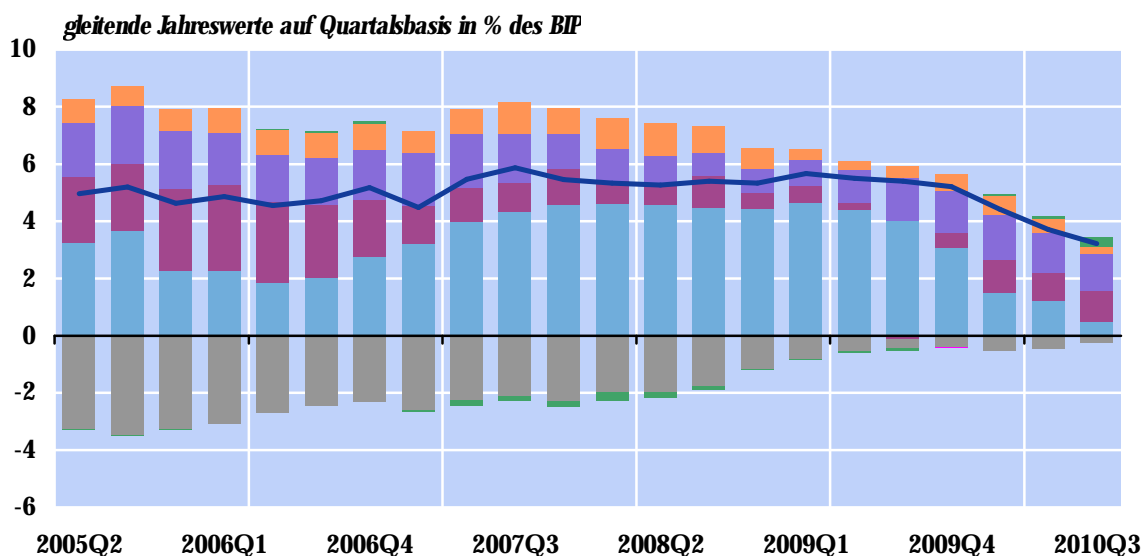
Quelle: Eurostat, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

## Finanzielle Investitionen und Außenfinanzierung des privaten Haushaltssektors<sup>1)</sup>

### Euroraum



### Österreich



Quelle: EZB, OeNB.

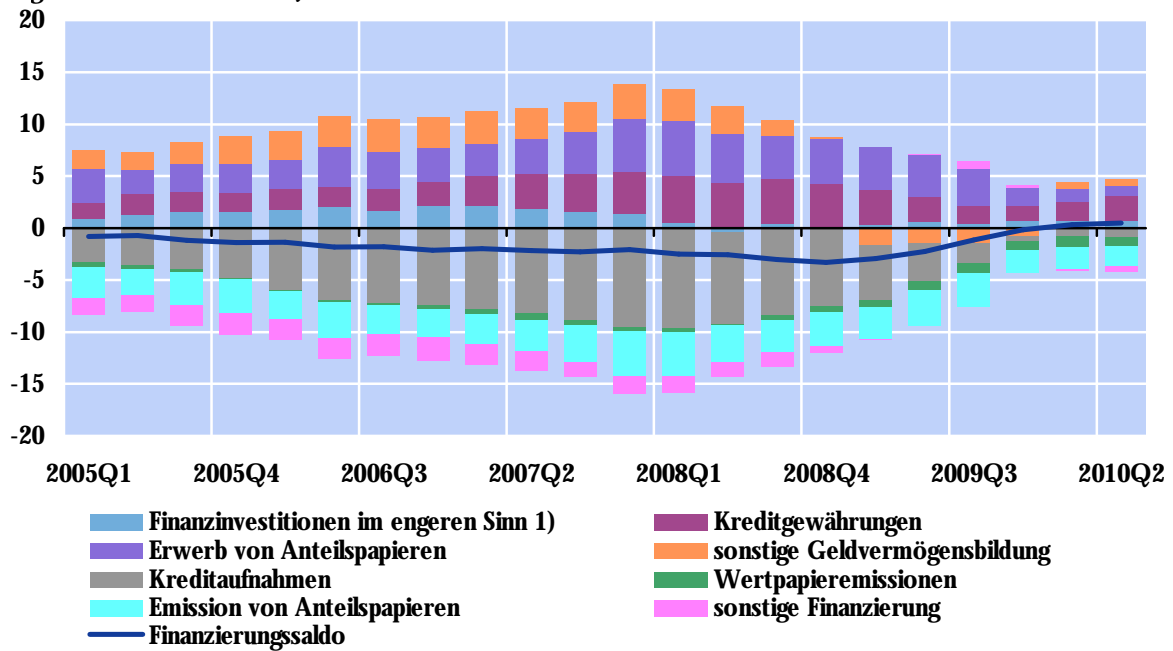
1) inklusive Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate.

## Finanzielle Investitionen und Außenfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen

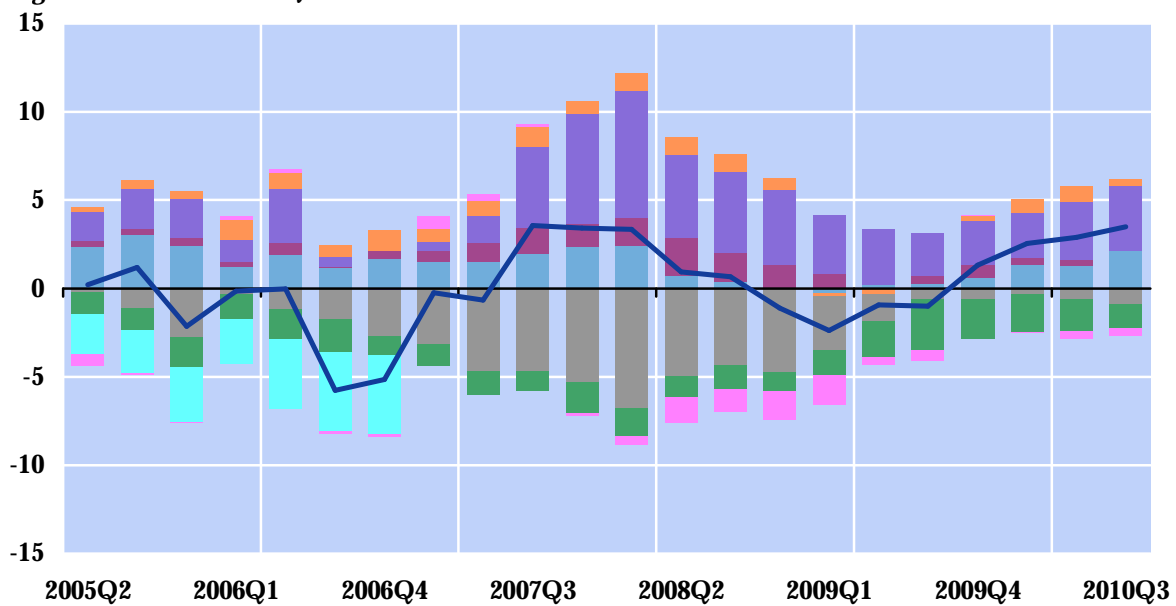
### Euroraum

gleitende Jahreswerte auf Quartalsbasis in % des BIP



### Österreich

gleitende Jahreswerte auf Quartalsbasis in % des BIP



Quelle: EZB, OeNB.

1) Bargeld, Einlagen, verzinsliche Wertpapiere und Investmentzertifikate.

Euroraum<sup>1)</sup>

Salden	2007	2008	2009	2009			2010		
				Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
<i>in Mrd EUR</i>									
<b>Leistungsbilanz</b>	<b>10,7</b>	<b>-133,9</b>	<b>-49,8</b>	<b>-29,4</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,7</b>	<b>-21,8</b>	<b>-23,1</b>	<b>-16,5</b>
Güter	45,6	-18,3	39,4	13,4	13,9	19,9	2,7	3,9	6,7
Dienstleistungen	46,9	42,1	32,2	8,5	11,9	9,1	3,7	11,9	9,8
Einkommen	6,3	-58,3	-28,7	-28,9	-3,4	2,3	7,1	-18,1	-5,1
Laufende Transfers	-88,2	-99,4	-92,6	-22,4	-22,7	-19,6	-35,3	-20,8	-27,8
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>4,6</b>	<b>9,8</b>	<b>6,1</b>	<b>1,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1,0</b>	<b>2,5</b>	<b>1,9</b>	<b>1,3</b>
<b>Kapitalbilanz</b>	<b>-2,6</b>	<b>116,8</b>	<b>31,0</b>	<b>24,5</b>	<b>-22,2</b>	<b>-12,0</b>	<b>22,1</b>	<b>46,5</b>	<b>27,9</b>
Direktinvestitionen	-90,1	-240,3	-74,5	2,2	-25,7	11,6	-40,3	-37,6	-21,2
Portfolioinvestitionen	127,1	303,8	264,8	96,6	57,3	30,7	16,6	101,7	11,1
Finanzderivate	-66,9	-75,0	51,5	27,3	2,0	8,6	3,9	6,5	3,0
Sonstige Investitionen	32,3	131,7	-215,4	-100,1	-56,1	-62,9	46,5	-25,1	39,8
Währungsreserven	-5,1	-3,4	4,6	-1,4	0,3	0,0	-4,6	1,0	-4,9
<b>Statistische Differenz</b>	<b>-12,6</b>	<b>7,3</b>	<b>12,6</b>	<b>3,0</b>	<b>21,4</b>	<b>-0,7</b>	<b>-2,8</b>	<b>-25,2</b>	<b>-12,8</b>

Quelle: EZB.

1) Zuflüsse (+); Abflüsse (-). Währungsreserven: Zunahme (-); Abnahme (+).

## Österreich

Salden	2007	2008	2009 <sup>1)</sup>	2009 <sup>1)</sup>			2010 <sup>2)</sup>		
				Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
<i>in Mrd EUR</i>									
<b>Leistungsbilanz</b>	<b>9,6</b>	<b>13,8</b>	<b>8,0</b>	<b>0,4</b>	<b>0,7</b>	<b>2,9</b>	<b>3,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>
Güter	1,3	-0,6	-2,3	-0,3	-0,5	-0,8	-1,3	-0,4	-0,7
Dienstleistungen	11,2	14,2	12,9	1,7	1,9	3,6	5,9	1,9	2,0
Einkommen	-1,6	1,7	-0,8	-0,4	0,0	-0,3	-0,1	-0,5	0,1
Laufende Transfers	-1,2	-1,6	-1,7	-0,5	-0,6	0,3	-1,0	-0,6	-0,7
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>
<b>Kapitalbilanz</b>	<b>-11,5</b>	<b>-15,0</b>	<b>-4,7</b>	<b>0,2</b>	<b>-2,9</b>	<b>1,3</b>	<b>-2,7</b>	<b>5,1</b>	<b>1,6</b>
Direktinvestitionen	-5,5	-15,4	2,4	4,1	0,3	-0,3	-0,1	5,2	-4,6
Portfolioinvestitionen	22,7	26,5	-6,7	4,6	-6,3	-5,1	-8,2	4,6	-2,4
Finanzderivate	-0,7	0,3	0,5	-0,4	1,2	-0,3	0,7	-0,7	0,5
Sonstige Investitionen	-26,1	-27,0	-3,3	-8,5	1,9	6,8	4,9	-3,7	8,5
Währungsreserven <sup>3)</sup>	-1,9	0,6	2,4	0,4	0,1	0,2	-0,1	-0,3	-0,4
<b>Statistische Differenz</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>-3,5</b>	<b>-0,6</b>	<b>2,2</b>	<b>-4,5</b>	<b>-1,3</b>	<b>-5,5</b>	<b>-2,3</b>

Quelle: OeNB; Transaktionen.

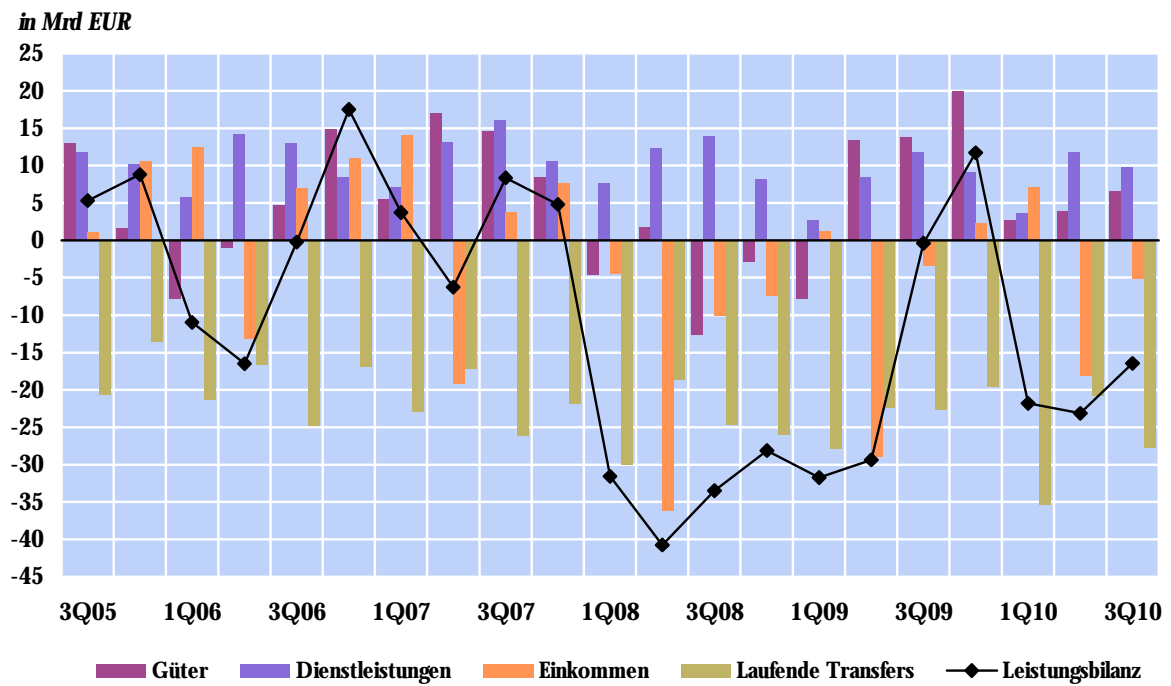
1) Revidierte Daten.

2) Vorläufige Daten.

3) OeNB: Gold, Devisen, IWF-Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +

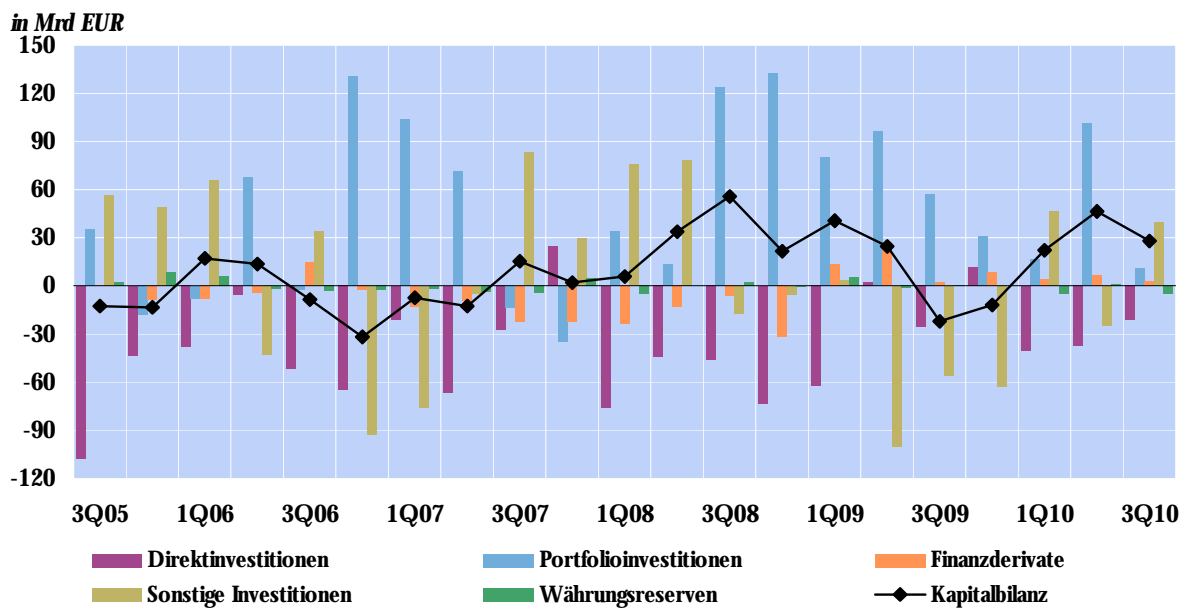
## Leistungsbilanz - Euroraum

### Teilkomponenten und Leistungsbilanzsaldo



## Kapitalbilanz - Euroraum

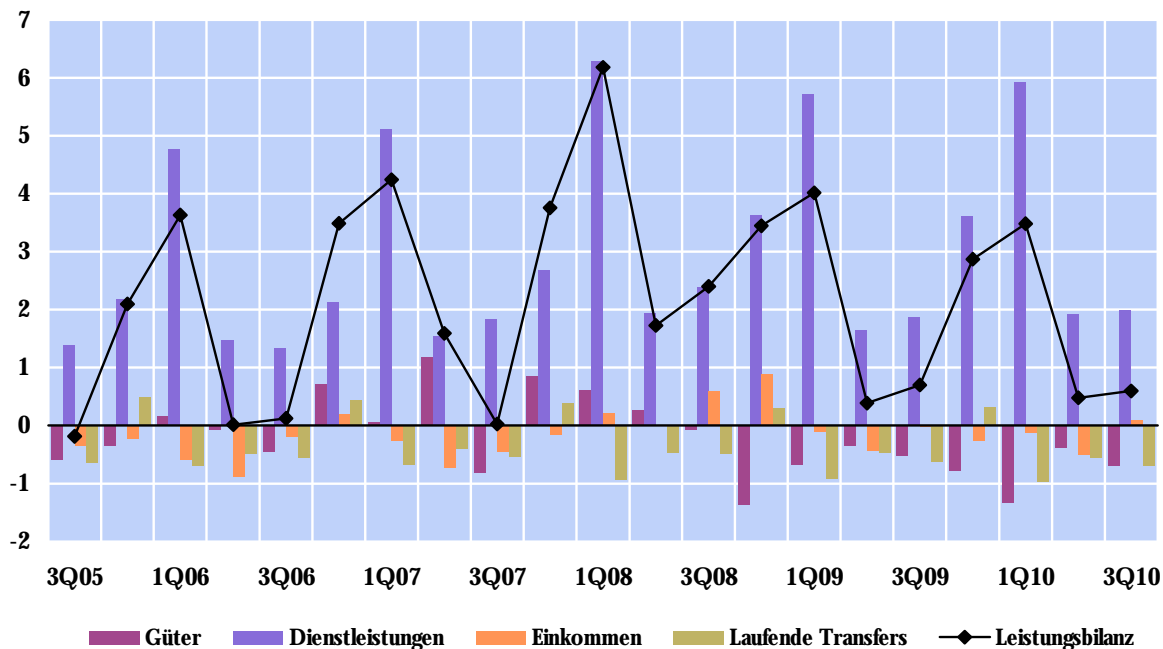
### Teilkomponenten der Kapitalbilanz



## Leistungsbilanz - Österreich

### Teilkomponenten und Leistungsbilanzsaldo

in Mrd EUR

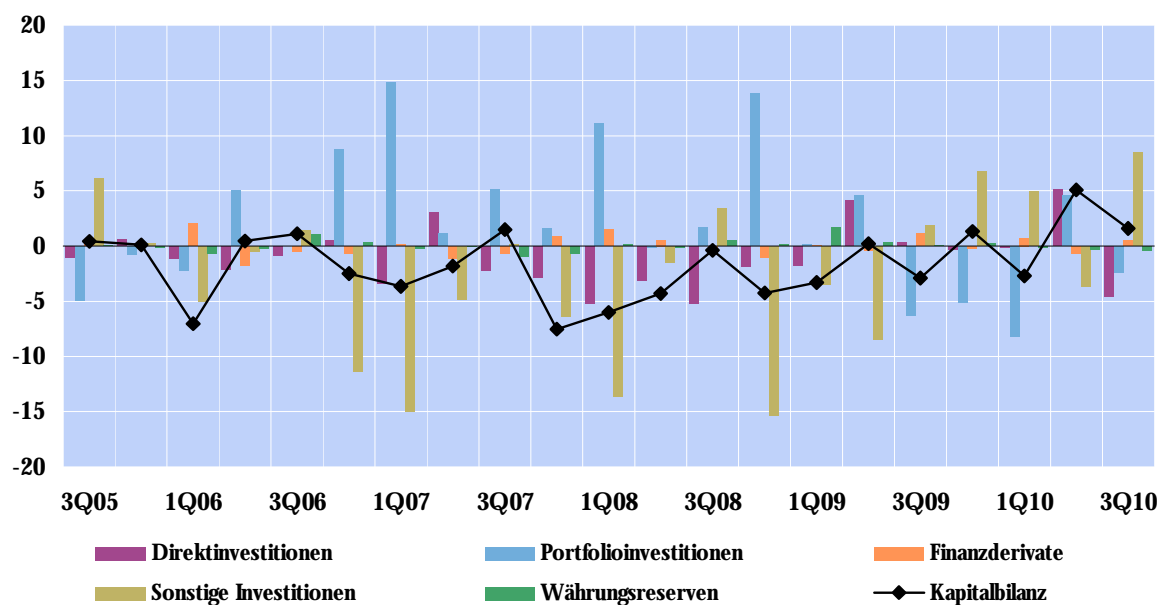


Quelle: OeNB, Statistik Austria.

## Kapitalbilanz - Österreich

### Teilkomponenten der Kapitalbilanz

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

## Budgetäre Notifikation (Maastricht) vom September 2010

<i>in Mrd EUR</i>	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-3,9</b>	<b>-1,2</b>	<b>-1,3</b>	<b>-9,6</b>	<b>-12,7</b>
Bundessektor	-3,8	-1,4	-1,9	-7,4	-10,1
Länder (ohne Wien)	-0,4	0,2	0,3	-1,7	-1,9
Gemeinden (mit Wien)	0,3	0,3	0,1	-0,8	-1,0
Sozialversicherungsträger	-0,0	-0,3	0,1	0,2	0,3
<b>Zinszahlungen</b>	<b>7,1</b>	<b>7,4</b>	<b>7,2</b>	<b>7,4</b>	<b>7,8</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>3,2</b>	<b>6,3</b>	<b>5,8</b>	<b>-2,2</b>	<b>-4,9</b>
<b>Verschuldung des Staates</b>	<b>159,4</b>	<b>161,2</b>	<b>176,8</b>	<b>185,1</b>	<b>198,4</b>

<i>in % des BIP</i>	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-1,5</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,5</b>	<b>-3,5</b>	<b>-4,5</b>
Bundessektor	-1,5	-0,5	-0,7	-2,7	-3,6
Länder (ohne Wien)	-0,2	0,1	0,1	-0,6	-0,7
Gemeinden (mit Wien)	0,1	0,1	0,1	-0,3	-0,3
Sozialversicherungsträger	-0,0	-0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Zinszahlungen</b>	<b>2,7</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>1,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,1</b>	<b>-0,8</b>	<b>-1,7</b>
<b>Verschuldung des Staates</b>	<b>62,1</b>	<b>59,3</b>	<b>62,5</b>	<b>67,5</b>	<b>70,2</b>

Quelle: Statistik Austria, BMF (2010).

## Budgetbericht 2011 vom November 2010

<i>in % des BIP</i>	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,5</b>	<b>-3,5</b>	<b>-4,5</b>	<b>-3,2</b>
Bundessektor	-0,5	-0,7	-2,7	-3,6	-2,6
Länder und Gemeinden	0,2	0,1	-0,9	-1,0	-0,6
Sozialversicherungsträger	-0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Staat:</b>					
Gesamteinnahmen	47,9	48,2	48,8	48,3	48,7
Gesamtausgaben	48,3	48,7	52,3	52,7	51,9
<b>Zinszahlungen</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>	<b>2,7</b>	<b>2,7</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>2,3</b>	<b>2,1</b>	<b>-0,8</b>	<b>-1,8</b>	<b>-0,5</b>
<b>Verschuldung des Staates</b>	<b>59,3</b>	<b>62,5</b>	<b>67,5</b>	<b>70,2</b>	<b>71,3</b>

Quelle: BMF.

## Gebahrungserfolg des Bundes im November 2010

Indikator	November	Jänner bis November	Bundесvoranschlag
	2010		2010
<i>in Mio EUR</i>			
<b>Allgemeiner Haushalt</b>			
Ausgaben	5.660	61.138	70.767
Personalausgaben	1.129	10.358	10.738
Sachausgaben	4.530	50.780	60.029
Einnahmen	6.396	52.918	57.592
Saldo <sup>1)</sup>	736	-8.220	-13.176

Quelle: BMF.

## Abgabenerfolg des Bundes im November 2010

Indikator	November	Jänner bis November	Bundесvoranschlag
	2010		2010
<i>in Mio EUR</i>			
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>4.080</b>	<b>28.069</b>	<b>30.492</b>
davon:			
veranlagte Einkommensteuer	992	2.563	1.900
Körperschaftsteuer	1.217	4.549	4.500
Lohnsteuer	1.705	18.252	20.300
Kapitalertragsteuer	54	1.057	1.000
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	36	719	1.800
Umsatzsteuern	1.965	20.574	22.100
Verbrauchssteuern	483	4.814	5.511
Verkehrssteuern	435	4.582	5.057
Übrige Abgaben <sup>2)</sup>	-64	899	885
<b>Öffentliche Abgaben brutto</b>	<b>6.899</b>	<b>58.938</b>	<b>64.045</b>
Überweisungen an andere öffentl.			
Rechtsträger (Länder, Gem., Fonds)	1.897	21.042	23.014
Überweisungen an die EU	117	1.850	2.400
<b>Öffentliche Abgaben netto<sup>3)</sup></b>	<b>4.885</b>	<b>36.046</b>	<b>38.631</b>

1) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.

2) Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben, Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben.

3) Steuereinnahmen des Bundes.

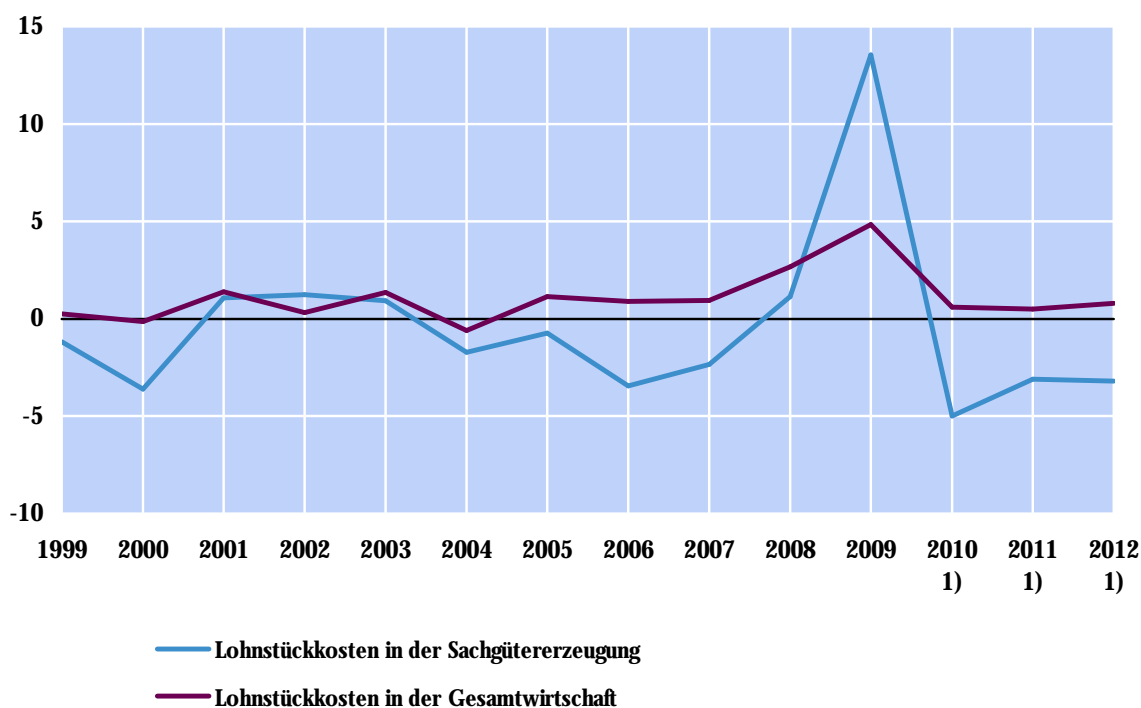
Quelle: BMF.

## Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit

Indikator	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 <sup>1)</sup>	2011 <sup>1)</sup>	2012 <sup>1)</sup>
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Produktivität - Gesamtwirtschaft	2,2	1,3	2,1	2,0	-0,0	-3,1	1,0	1,5	1,5
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,8	2,4	3,2	3,1	2,9	1,5	1,4	2,0	2,3
Lohnstückkosten - Gesamtwirtschaft	-0,6	1,1	0,9	0,9	2,7	4,8	0,6	0,5	0,8
Lohnstückkosten - Sachgütererzeugung	-1,7	-0,7	-3,4	-2,3	1,1	13,5	-5,0	-3,1	-3,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit <sup>2)</sup>	1,0	-0,9	-0,6	0,7	0,6	0,4	-2,5	-1,0	-0,8

### Entwicklung der Lohnstückkosten

*Veränderung zum Vorjahr in %*



Quelle: WIFO.

1) WIFO-Prognose vom Dezember 2010.

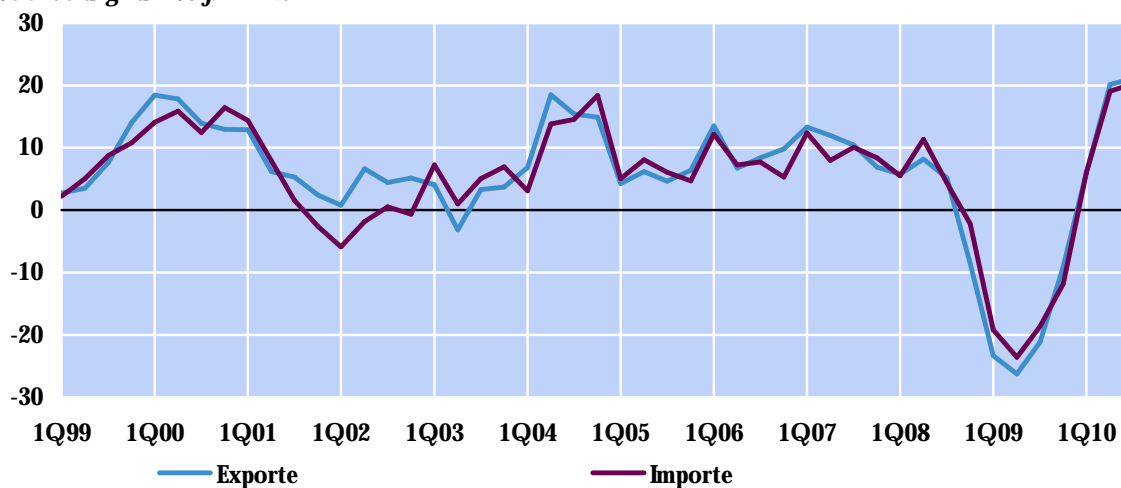
2) Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

## Österreichischer Außenhandel

Periode	Export	Import	Kumulativ						
			Veränderung zum Vorjahr in %		Export		Import		Saldo
			Mio EUR	% VJP	Mio EUR	% VJP	Mio EUR		
2005	5,4	5,9	94.705	5,4	96.499	5,9	-1.793		
2006	9,5	8,0	103.742	9,5	104.201	8,0	-459		
2007	10,5	9,6	114.680	10,5	114.255	9,6	425		
2008	2,5	4,7	117.525	2,5	119.568	4,7	-2.043		
2009	-19,9	-18,2	94.170	-19,9	97.824	-18,2	-3.654		
3Q09	-23,7	-20,5	68.813	-23,7	71.818	-20,5	-3.005		
4Q09	-20,2	-18,4	93.739	-20,2	97.574	-18,4	-3.835		
1Q10	6,0	6,0	24.146	6,0	25.295	6,0	-1.149		
2Q10	13,1	12,5	51.625	13,1	53.568	12,5	-1.943		
3Q10	15,8	15,1	79.700	15,8	82.695	15,1	-2.995		
Okt.09	-23,1	-20,6	77.525	-23,1	80.583	-20,6	-3.059		
Nov.09	-21,5	-19,6	86.216	-21,5	89.288	-19,6	-3.071		
Dez.09	-20,2	-18,4	93.739	-20,2	97.574	-18,4	-3.835		
Jan.10	-2,8	-2,2	6.855	-2,8	7.241	-2,2	-386		
Feb.10	1,8	1,7	14.700	1,8	15.447	1,7	-747		
Mär.10	6,0	6,0	24.146	6,0	25.295	6,0	-1.149		
Apr.10	8,7	7,0	33.016	8,7	34.436	7,0	-1.420		
Mai.10	10,7	9,8	41.905	10,7	43.626	9,8	-1.721		
Jun.10	13,1	12,5	51.625	13,1	53.568	12,5	-1.943		
Jul.10	13,9	13,0	61.293	13,9	63.099	13,0	-1.806		
Aug.10	15,5	14,5	69.684	15,5	72.043	14,5	-2.359		
Sep.10	15,8	15,1	79.700	15,8	82.695	15,1	-2.995		
Okt.10	15,4	15,3	89.482	15,4	92.897	15,3	-3.415		

### Exporte und Importe

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

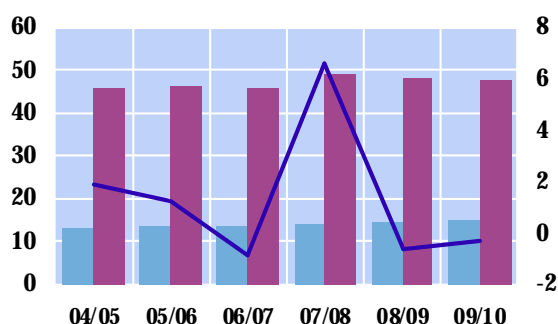
## Tourismus: Übernachtungen in Österreich

Periode	Insgesamt		davon Inländer		davon Ausländer	
	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %
2007	121.451	1,8	33.008	2,8	88.443	1,4
2008	126.719	4,3	33.879	2,6	92.840	5,0
2009	124.241	-2,0	34.431	1,6	89.809	-3,3
Nov.09	3.561	-1,8	1.757	0,1	1.803	-3,5
Dez.09	10.148	-2,0	2.142	1,6	8.006	-2,9
Jän.10	13.873	-1,6	2.837	8,2	11.036	-3,8
Feb.10	15.901	-1,2	3.217	-0,4	12.684	-1,4
Mär.10	12.614	12,9	2.854	6,8	9.760	14,8
Apr.10	6.599	-12,7	2.038	-5,2	4.561	-15,7
Mai.10	6.509	3,4	2.560	-2,2	3.949	7,4
Jun.10	8.408	-2,0	3.059	4,9	5.349	-5,5
Jul.10	14.946	2,9	4.337	3,4	10.609	2,8
Aug.10	16.774	0,5	4.690	-1,8	12.083	1,4
Sep.10	9.573	0,8	3.075	1,7	6.499	0,4
Okt.10	6.266	2,9	2.441	4,2	3.825	2,0
Nov.10	3.807	6,9	1.822	3,7	1.985	10,1
<b>Jänner bis November</b>						
2009	114.159	-1,9	32.301	1,7	81.859	-3,2
2010	115.270	1,0	32.930	1,9	82.340	0,6
<b>Sommersaison</b>						
<b>Mai bis Oktober</b>						
2009	61.674	-1,2	19.868	2,0	41.806	-2,6
2010	62.476	1,3	20.162	1,5	42.314	1,2
<b>Wintersaison</b>						
<b>Nov. bis April</b>						
2008/2009	62.901	-0,7	14.540	2,0	48.360	-1,4
2009/2010	62.695	-0,3	14.846	2,1	47.850	-1,1

### Wintersaison

November bis April

in Mio Übernachtungen Veränderung zum Vorjahr in %

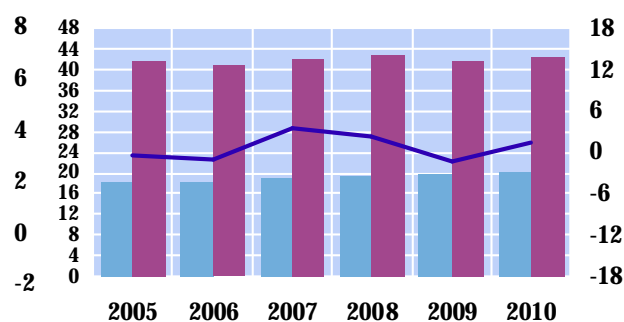


■ Inländer (linke Achse)  
■ Ausländer (linke Achse)  
— Insgesamt (rechte Achse)

### Sommersaison

Mai bis Oktober

in Mio Übernachtungen Veränderung zum Vorjahr in %



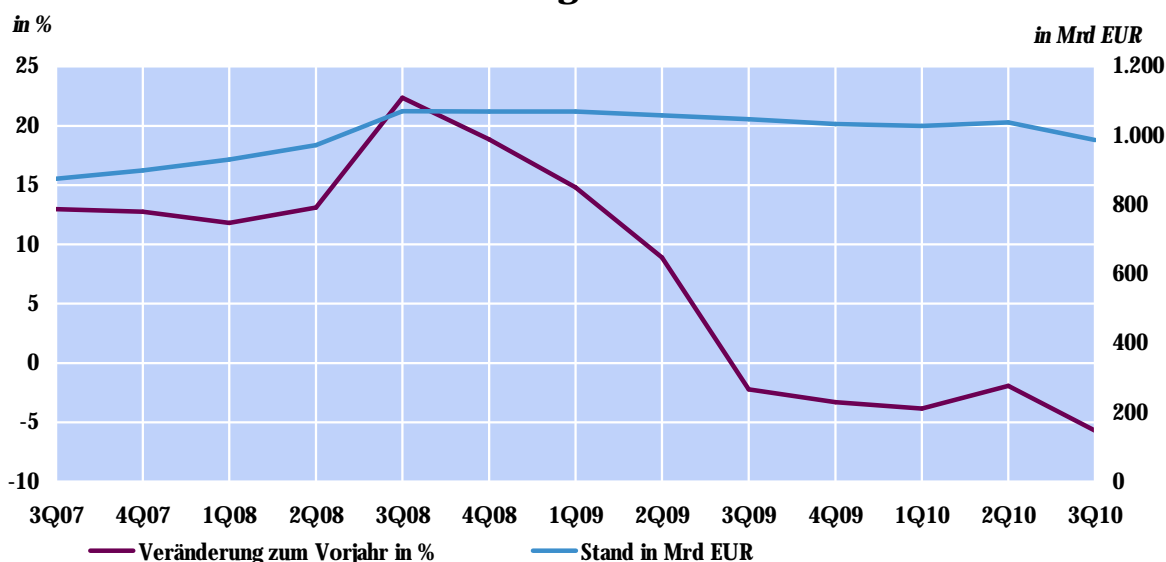
■ Inländer (linke Achse)  
■ Ausländer (linke Achse)  
— Insgesamt (rechte Achse)

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute

Bilanzpositionen	3. Quartal 2010						
	Stand	Veränderung					
		zum Vorquartal		seit Jänner		zum Vorjahr (Jahresabstand)	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %
<b>1. Aktiva</b>							
Kassenliquidität	7.005	-3.938	-36,0	-5.964	-46,0	-1.442	-17,1
Forderungen an inl. Kreditinstitute	210.213	-16.216	-7,2	-31.766	-13,1	-31.703	-13,1
Direktkredite an inl. Nichtbanken	308.982	760	0,2	6.718	2,2	5.778	1,9
<i>in EUR</i>	253.540	2.164	0,9	3.591	1,4	3.008	1,2
<i>in Fremdwährung</i>	55.442	-1.404	-2,5	3.127	6,0	2.770	5,3
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	29.741	612	2,1	4.207	16,5	4.192	16,4
<i>in EUR</i>	29.521	593	2,1	4.027	15,8	4.085	16,1
<i>in Fremdwährung</i>	221	19	9,5	179	432,7	107	93,2
Sonstige Inlandsforderungen	87.651	-10.748	-10,9	-13.342	-13,2	-7.978	-8,3
Auslandsforderungen	331.863	-20.610	-5,8	-5.715	-1,7	-27.736	-7,7
<b>2. Passiva</b>							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	198.927	-30.461	-13,3	-43.441	-17,9	-45.376	-18,6
Einlagen von inländischen Nichtbanken	286.708	3.256	1,1	7.586	2,7	9.711	3,5
<i>in EUR</i>	281.953	2.491	0,9	6.194	2,2	8.414	3,1
<i>in Fremdwährung</i>	4.755	765	19,2	1.392	41,4	1.297	37,5
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	117.354	2.108	1,8	1.813	1,6	-930	-0,8
<i>in EUR</i>	110.836	3.402	3,2	1.271	1,2	-970	-0,9
<i>in Fremdwährung</i>	6.518	-1.295	-16,6	543	9,1	40	0,6
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	120.292	-18.906	-13,6	-14.680	-10,9	-10.995	-8,4
Auslandsverbindlichkeiten	252.201	-6.180	-2,4	2.828	1,1	-11.340	-4,3
<b>3. Bilanzsumme</b>	987.462	-50.519	-4,9	-46.488	-4,5	-59.635	-5,7

Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

## Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute

Ertragspositionen	1. Halbjahr 2008		1. Halbjahr 2009		1. Halbjahr 2010	
	in Mrd EUR	Verz. Vj. in % <sup>1)</sup>	in Mrd EUR	Verz. Vj. in % <sup>1)</sup>	in Mrd EUR	Verz. Vj. in % <sup>1)</sup>
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge	21,36	20,6	18,16	-15,0	13,33	-26,6
2. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	17,38	22,8	13,77	-20,8	8,74	-36,5
<b>I. Nettozinsertrag (1. - 2.)</b>	<b>3,98</b>	<b>11,5</b>	<b>4,40</b>	<b>10,5</b>	<b>4,58</b>	<b>4,3</b>
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	1,47	5,9	1,49	1,6	1,57	5,5
4. Saldo Ertrag/Aufwand aus Provisionen	2,16	-12,1	1,81	-16,1	1,95	8,0
5. Saldo Ertrag/Aufwand aus Finanzgeschäften	-0,06	-115,3	0,33	-705,7	0,45	35,7
6. Sonstige betriebliche Erträge	0,83	9,1	0,74	-10,9	0,77	3,9
<b>II. Betriebserträge (I. + 3. + 4. + 5. + 6.)</b>	<b>8,38</b>	<b>-1,8</b>	<b>8,77</b>	<b>4,7</b>	<b>9,33</b>	<b>6,4</b>
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	4,75	6,7	4,70	-1,0	4,73	0,5
<i>davon Personalaufwand</i>	2,87	8,1	2,87	0,0	2,84	-1,1
<i>davon Sachaufwand</i>	1,88	4,5	1,84	-2,4	1,89	2,9
8. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	0,29	-1,4	0,28	-4,7	0,27	-3,7
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,46	-15,1	0,45	-2,0	0,54	18,4
<b>III. Betriebsaufwendungen (7. + 8. + 9.)</b>	<b>5,51</b>	<b>4,0</b>	<b>5,44</b>	<b>-1,2</b>	<b>5,53</b>	<b>1,7</b>
<b>IV. Betriebsergebnis (II. - III.)</b>	<b>2,87</b>	<b>-11,2</b>	<b>3,33</b>	<b>16,1</b>	<b>3,80</b>	<b>14,0</b>
<b>Quartalsweise aktualisierte Vorschauwerte</b>						
<b>V. Erwartetes Jahresbetriebsergebnis</b>	<b>5,85</b>	<b>-3,8</b>	<b>6,21</b>	<b>6,1</b>	<b>6,81</b>	<b>9,6</b>
10. Saldo aus Wertberichtigung auf Forderungen u. Zuführungen zu Rückstellungen f. Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken gegenüber den entspr. Erträgen aus deren Auflösung (exkl. Wertpapiere)	1,87	48,5	3,04	63,0	3,40	11,9
11. Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen gegenüber den entspr. Erträgen aus deren Auflösung	-0,18	-55,5	0,42	-334,5	-0,04	-110,1
<b>VI. Erwartetes Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit (IV. - 10. - 11.)</b>	<b>4,16</b>	<b>-20,3</b>	<b>2,75</b>	<b>-34,1</b>	<b>3,44</b>	<b>25,4</b>
12. Erwartetes a.o. Ergebnis (Ertrag + / Aufwand -)	-0,03	-4,3	0,14	-645,5	-0,04	-130,5
13. Erwartete Steuern von Einkommen, Ertrag und sonstige Steuern	0,37	-25,0	0,35	-7,1	0,43	23,5
<b>VII. Erwarteter Jahresüberschuss (+)/-Fehlbetrag (-) (V.+ 12. - 13.)</b>	<b>3,77</b>	<b>-19,9</b>	<b>2,54</b>	<b>-32,6</b>	<b>2,97</b>	<b>17,2</b>

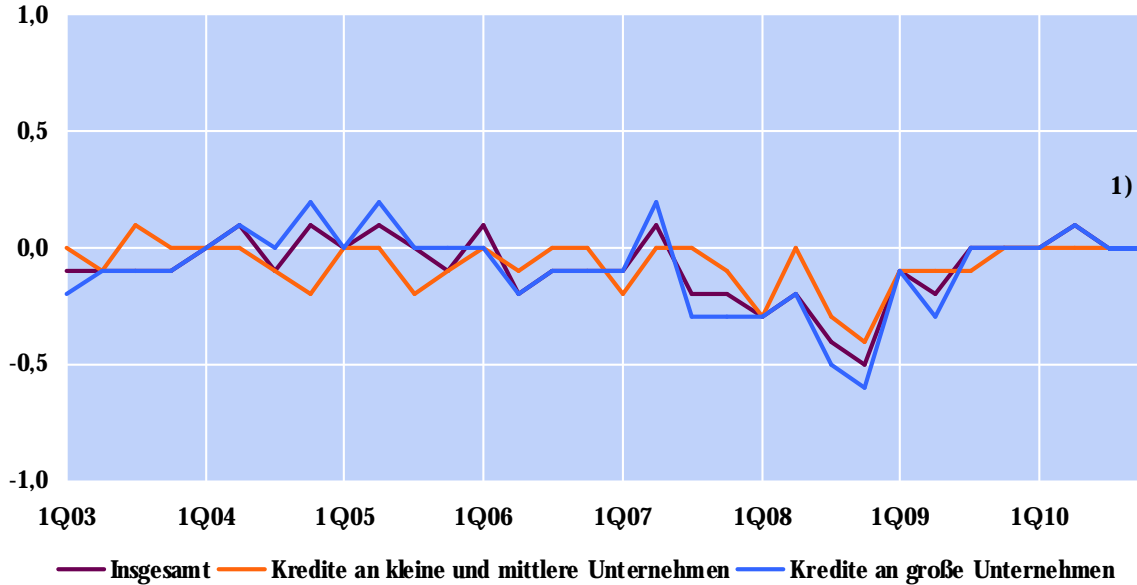
Quelle: OeNB.

1) Die Veränderungen wurden für die Basis "in Mio EUR" errechnet und anschließend gerundet.

## Umfrage über das Kreditgeschäft - Bank Lending Survey: Veränderung der Kreditrichtlinien in den letzten drei Monaten

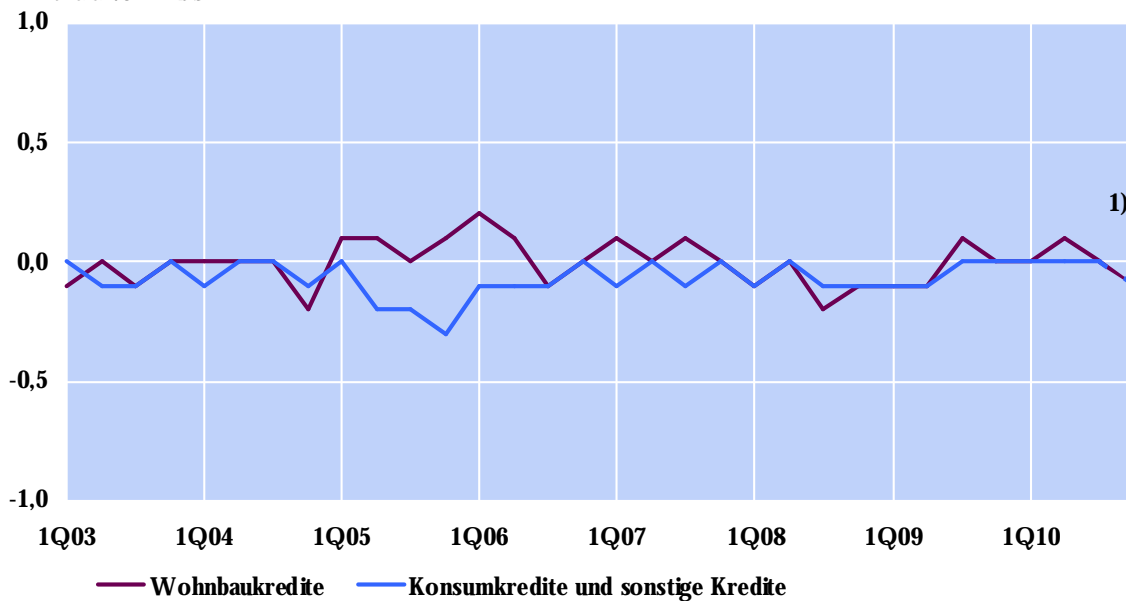
### an Unternehmen

Skala von -1 bis 1



### an Private Haushalte

Skala von -1 bis 1



Quelle: OeNB.

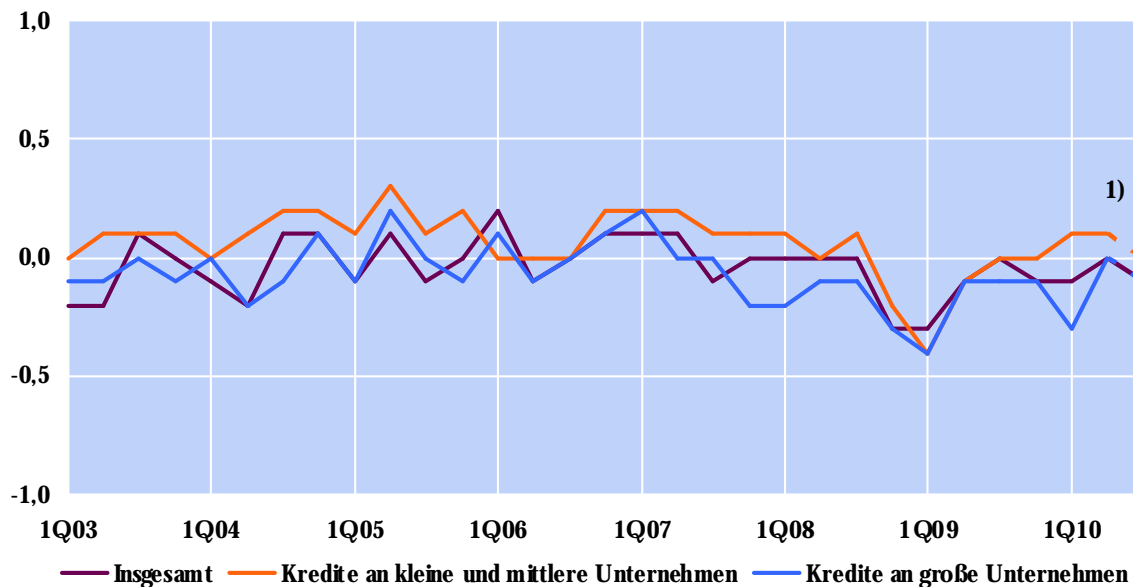
1) Strichlierte Linie: Einschätzung der Banken über die Entwicklung in den nächsten drei Monaten.

-1... Deutlich verschärft, -0,5 .. Leicht verschärft, 0 .. Nicht verändert, 0,5 ... Leicht gelockert, 1 ... Deutlich gelockert

## Umfrage über das Kreditgeschäft - Bank Lending Survey: Veränderung der Nachfrage nach Krediten in den letzten 3 Monaten

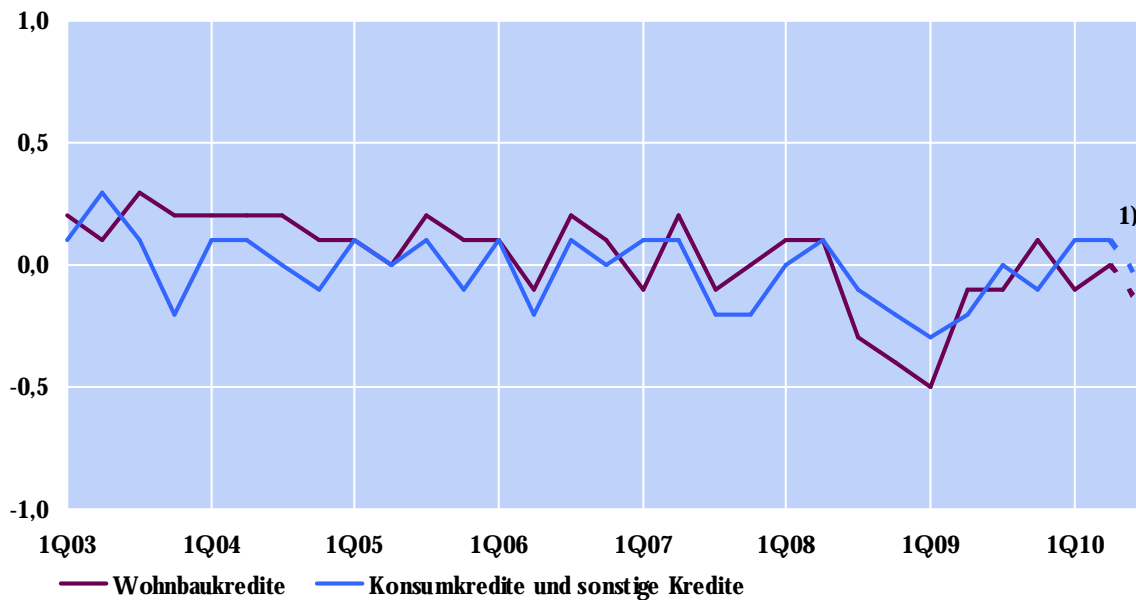
### an Unternehmen

Skala von -1 bis 1



### an Private Haushalte

Skala von -1 bis 1



Quelle: OeNB.

1) Strichlierte Linie: Einschätzung der Banken über die Entwicklung in den nächsten drei Monaten.

-1... Deutlich verschärft, -0,5 ... Leicht verschärft, 0 ... Nicht verändert, 0,5 ... Leicht gelockert, 1 ... Deutlich gelockert

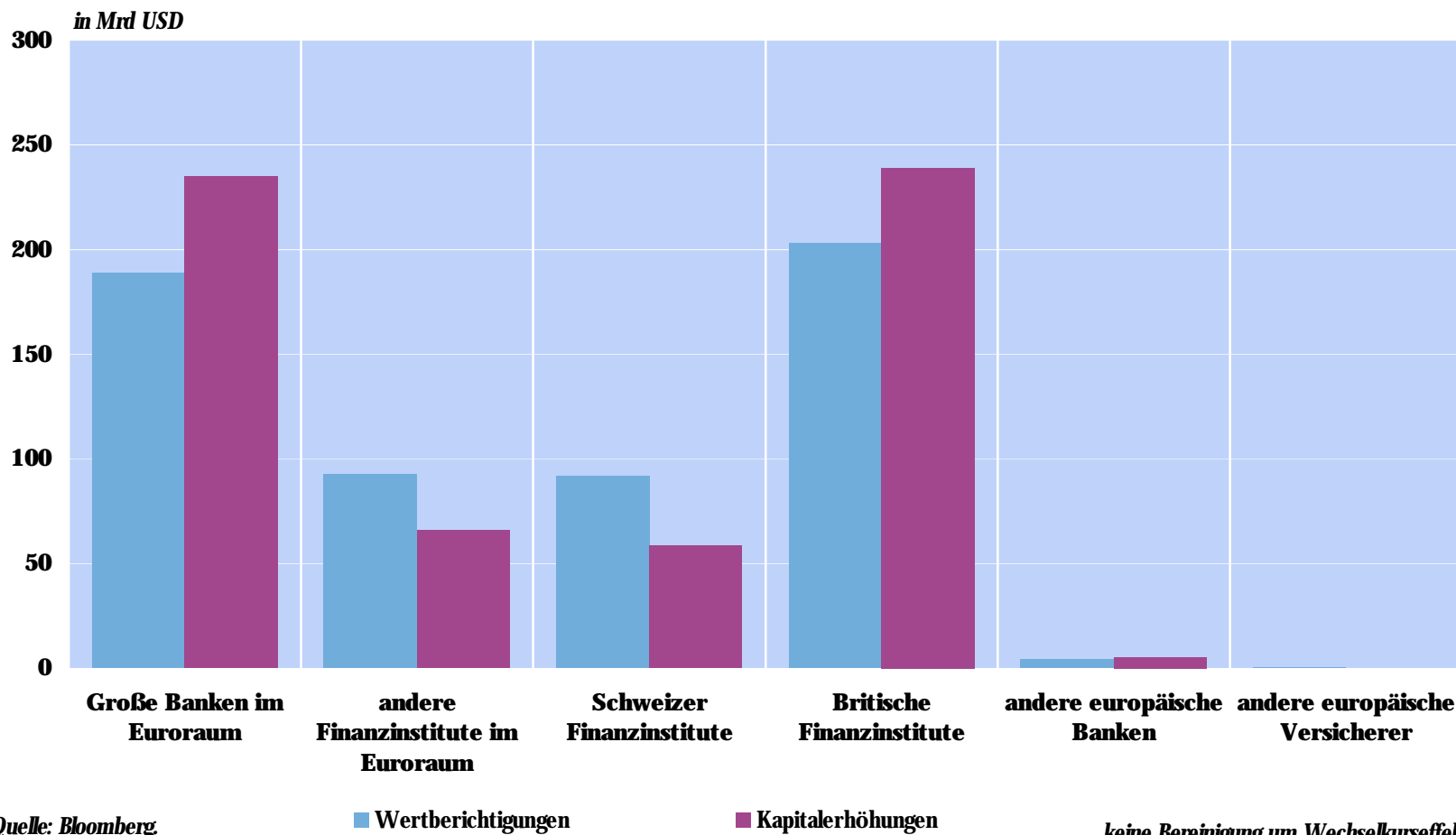
## Forderungen österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Länder	2006	2007	08Q01	08Q02	08Q03	08Q04	09Q01	09Q02	09Q03	09Q04	10Q01	10Q02	10Q03
	<i>in Mio EUR</i>												
Tschechische Republik	27.562	33.137	39.528	41.509	42.652	39.023	39.318	40.058	43.310	42.622	45.283	45.383	46.181
Rumaenien	26.986	29.108	27.711	29.780	30.554	30.271	30.277	30.130	28.319	29.375	29.523	29.220	28.614
Ungarn	19.332	22.777	23.019	24.278	25.786	26.572	25.395	26.325	26.269	25.871	27.226	26.743	26.412
Kroatien	19.158	23.145	24.200	15.943	16.616	16.633	16.791	17.485	17.287	25.927	26.012	26.557	25.452
Slowakei	17.300	19.567	20.552	21.088	22.507	26.712	20.236	20.627	21.055	21.764	21.707	21.736	21.371
Russische Foederation	9.574	13.643	13.663	15.179	15.630	16.170	14.971	12.794	9.602	9.472	10.217	11.740	11.137
Slowenien	6.936	9.709	10.026	6.844	7.131	6.994	6.937	6.936	7.102	11.613	11.396	11.693	11.715
Polen	8.518	10.126	10.318	10.936	11.741	11.123	9.504	9.637	9.694	9.913	10.744	10.815	10.860
Ukraine	4.567	7.848	7.633	8.203	10.011	7.761	7.879	7.258	6.607	6.340	7.098	7.564	6.837
Republik Serbien	5.542	6.801	6.395	4.757	5.259	4.232	4.056	4.162	4.034	6.030	5.904	5.625	5.571
Bosnien und Herzegowina	3.286	4.596	4.903	2.837	3.086	2.931	2.966	2.868	2.862	5.113	5.094	5.065	4.944
Bulgarien	2.660	3.500	3.582	3.648	3.863	3.763	3.705	3.596	4.027	4.319	4.182	4.116	3.936
Albanien	1.564	1.721	1.724	1.855	1.870	1.923	1.780	1.836	1.810	1.739	1.761	1.843	1.829
Weissrussland	808	1.130	1.120	1.316	1.570	1.644	1.427	1.251	1.287	1.250	1.169	1.367	1.225
Tuerkei	796	1.624	1.691	1.764	1.882	1.901	773	724	665	625	688	821	888
Republik Montenegro	147	543	616	69	75	95	245	92	128	745	741	738	774
Lettland	311	490	521	509	377	287	435	407	395	469	426	395	370
Kasachstan	362	642	552	393	441	456	451	320	335	247	250	268	230
Mazedonien	21	91	97	76	74	213	162	162	170	231	244	253	285
Moldawien	30	61	158	194	232	260	242	226	204	224	204	208	184
Litauen	394	247	173	185	188	175	174	187	179	177	180	173	172
Estland	240	195	191	186	183	178	176	174	167	110	106	105	99
Aserbeidschan	27	58	65	106	212	158	142	92	45	42	42	43	30
Andere	10	15	14	17	35	17	20	16	11	11	21	28	32
<b>Gesamt</b>	<b>156.131</b>	<b>190.775</b>	<b>198.450</b>	<b>191.673</b>	<b>201.975</b>	<b>199.493</b>	<b>188.062</b>	<b>187.363</b>	<b>185.564</b>	<b>204.228</b>	<b>210.218</b>	<b>212.499</b>	<b>209.150</b>

Quelle: OeNB.

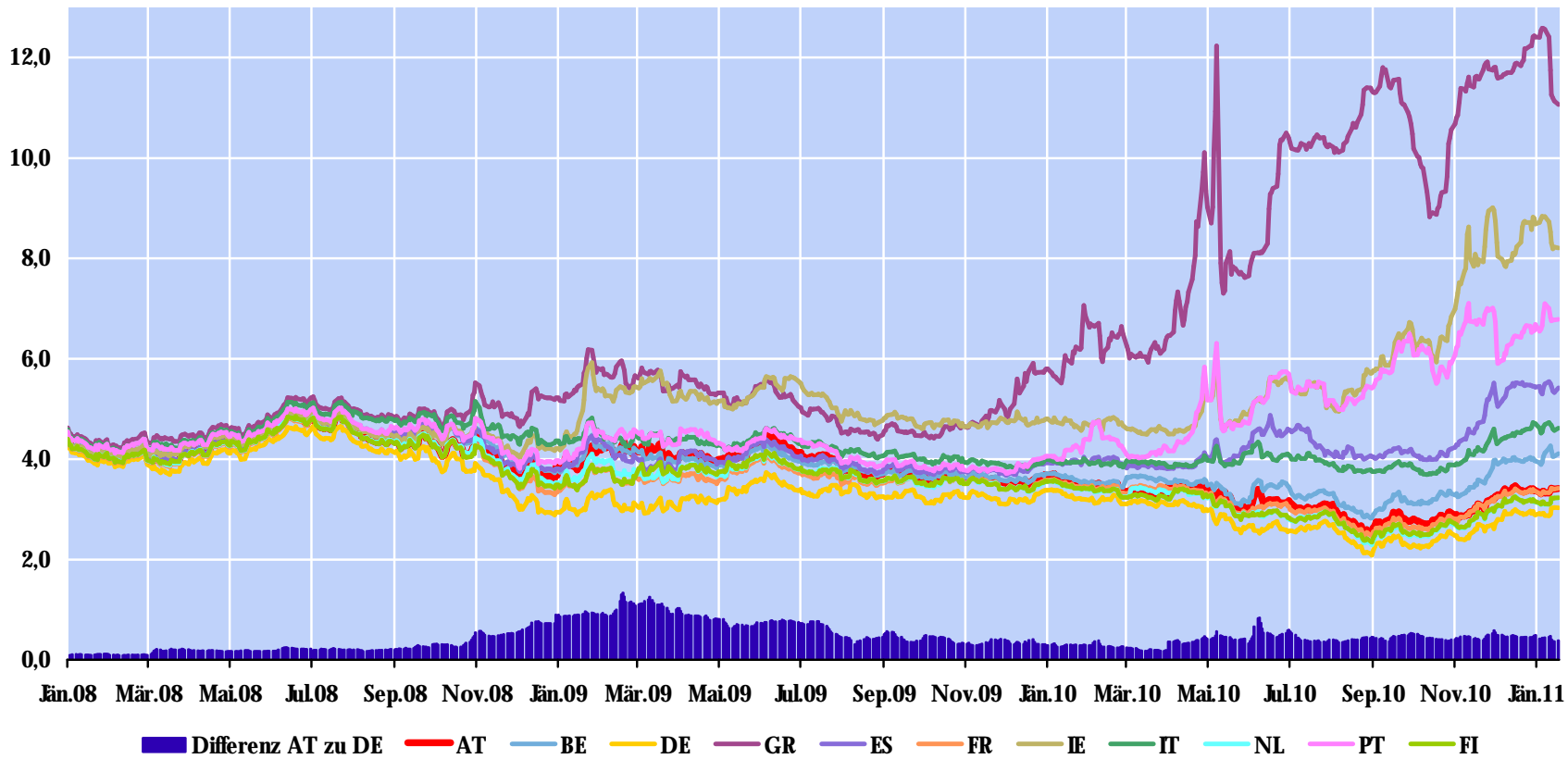
Seite A45

## Turbulenzen-bedingte Wertberichtigungen und Kapitalerhöhungen von Banken und Versicherungen ab dem 2. Halbjahr 2007



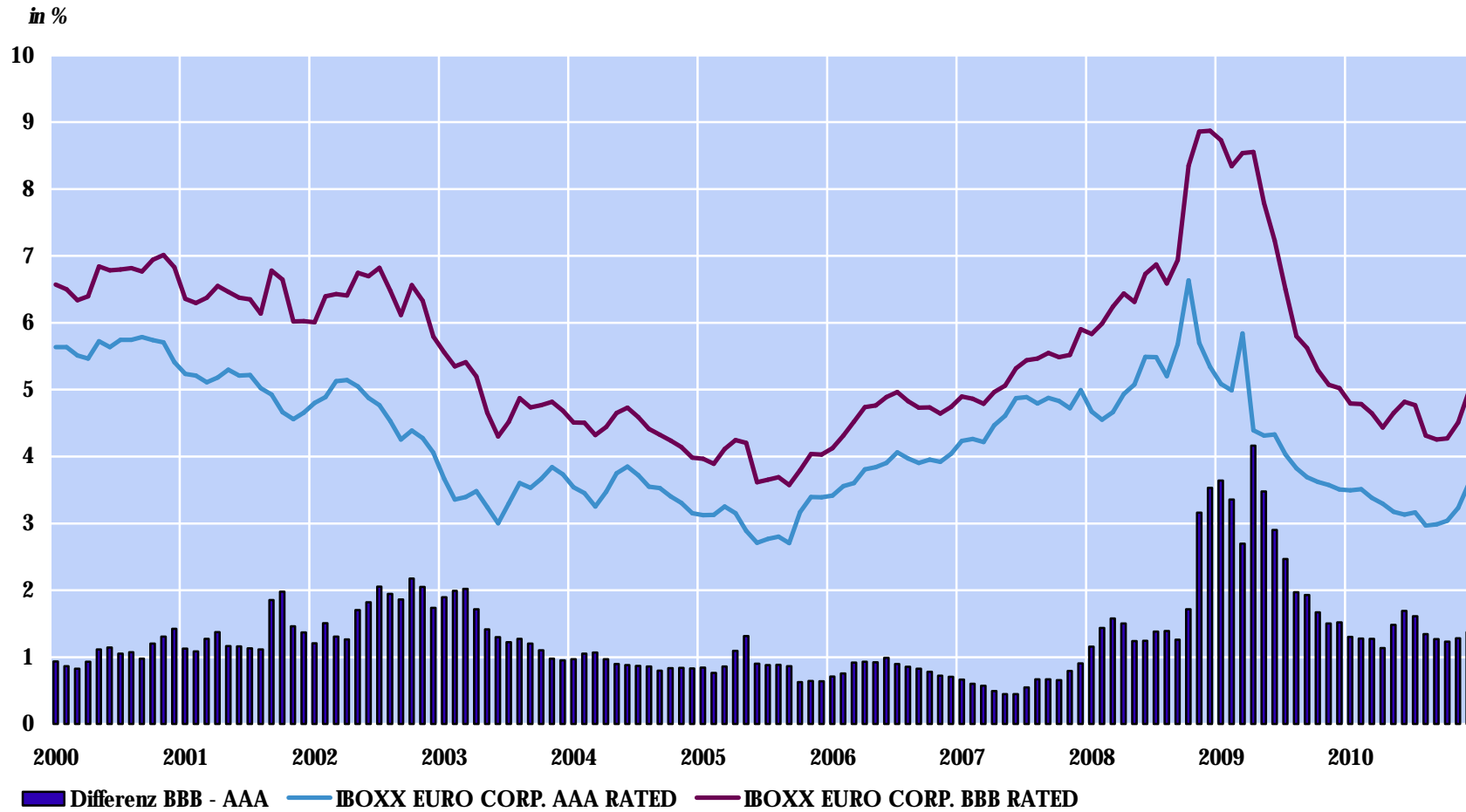
## Rendite 10-jähriger Staatsanleihen

in %



Quelle: Thomson Reuters, EZB.

## Renditen für Unternehmensanleihen im Euroraum AAA und BBB



Quelle: Thomson Reuters.

## Entwicklung der Verbraucherpreise<sup>1)</sup>

Land	2008	2009	2010	Aug10	Sep.10	Okt.10	Nov.10	Dez.10
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	4,5	0,0	2,3	2,4	2,9	3,1	3,0	3,4
Zypern	4,4	0,2	2,6	3,4	3,6	3,2	1,7	1,9
Deutschland	2,8	0,2	1,2	1,0	1,3	1,3	1,6	1,9
Irland	3,1	-1,7	..	-1,2	-1,0	-0,8	-0,8	..
Griechenland	4,2	1,3	4,7	5,6	5,7	5,2	4,8	5,2
Spanien	4,1	-0,2	1,8	1,8	2,1	2,3	2,2	2,9
Frankreich	3,2	0,1	1,7	1,6	1,8	1,8	1,8	2,0
Italien	3,5	0,8	1,6	1,8	1,6	2,0	1,9	2,1
Luxemburg	4,1	0,0	2,8	2,5	2,6	2,9	2,5	3,1
Malta	4,7	1,8	2,0	3,0	2,4	2,2	3,4	4,0
Niederlande	2,2	1,0	0,9	1,2	1,4	1,4	1,4	1,8
Österreich	3,2	0,4	1,7	1,6	1,7	2,0	1,8	2,2
Portugal	2,7	-0,9	1,4	2,0	2,0	2,3	2,2	2,4
Slowenien	5,5	0,9	2,1	2,4	2,1	2,1	1,6	2,2
Slowakische Republik	3,9	0,9	0,7	1,1	1,1	1,0	1,0	1,3
Finnland	3,9	1,6	1,7	1,3	1,4	2,3	2,4	2,8
<b>Euroraum</b>	<b>3,3</b>	<b>0,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>2,2</b>
Dänemark	3,6	1,1	2,2	2,3	2,5	2,4	2,5	2,8
Schweden	3,3	1,9	1,9	1,1	1,5	1,6	1,7	2,1
Vereinigtes Königreich	3,6	2,2	..	3,1	3,1	3,2	3,3	..
Bulgarien	12,0	2,5	3,0	3,2	3,6	3,6	4,0	4,4
Tschechische Republik	6,3	0,6	1,2	1,5	1,8	1,8	1,9	2,3
Estland	10,6	0,2	2,7	2,8	3,8	4,5	5,0	5,4
Lettland	15,3	3,3	-1,2	-0,4	0,3	0,9	1,7	2,4
Litauen	11,1	4,2	1,2	1,8	1,8	2,6	2,5	3,6
Ungarn	6,0	4,0	4,7	3,6	3,7	4,3	4,0	4,6
Polen	4,2	4,0	2,7	1,9	2,5	2,6	2,6	2,9
Rumänien	7,9	5,6	6,1	7,6	7,7	7,9	7,7	7,9
<b>EU</b>	<b>3,7</b>	<b>1,0</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,6</b>
Kroatien	5,8	2,2	1,1	0,8	1,4	1,4	1,2	1,7
Türkei	10,4	6,3	8,6	8,3	9,2	8,6	7,3	6,4
USA	2,8	3,6	-0,5	1,1	1,1	1,2	1,1	1,5
Japan	0,0	1,4	-1,4	-0,9	-0,6	0,2	0,1	0,0
Schweiz	0,8	2,3	-0,7	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4
Russland	14,1	11,8	..	6,6	7,4	8,0	8,0	..
Brasilien	6,6	5,1	5,1	4,3	4,7	5,4	6,1	6,5
China	5,9	-0,7	..	3,5	3,6	4,4	5,1	..
Indien	8,3	10,9	..	10,1	10,1	9,8	8,3	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

1) EU27, Türkei: HVP; restliche Länder nationaler VPI

## Reales Bruttoinlandsprodukt

Land	2007	2008	2009	2009q03	2009q04	2010q01	2010q02	2010q03
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Belgien	2,9	1,0	-2,8	-2,7	-0,1	1,7	2,6	2,0
Zypern	5,1	3,6	-1,7	-2,6	-2,7	-1,1	0,3	1,6
Deutschland	2,7	1,0	-4,7	-4,4	-2,0	2,1	3,9	3,9
Irland	5,6	-3,5	-7,6	-7,7	-5,6	-1,1	-1,8	-0,7
Griechenland	4,3	1,3	-2,3	-2,5	-3,2	-2,7	-4,0	-4,6
Spanien	3,6	0,9	-3,7	-3,9	-3,0	-1,4	0,0	0,2
Frankreich	2,4	0,2	-2,6	-2,7	-0,5	1,2	1,6	1,7
Italien	1,5	-1,3	-5,0	-4,7	-2,8	0,5	1,2	1,1
Luxemburg	6,6	1,4	-3,7	-3,1	2,1	1,4	5,5	3,6
Malta	3,9	2,7	-1,9	-2,4	0,7	3,9	4,1	3,7
Niederlande	3,9	1,9	-3,9	-4,1	-2,4	0,4	2,7	1,9
Österreich	3,7	2,2	-3,9	-3,9	-1,9	0,1	2,1	2,5
Portugal	2,4	0,0	-2,5	-2,2	-1,0	1,7	1,4	1,4
Slowenien	6,9	3,7	-8,1	-9,4	-6,1	-0,2	1,4	1,3
Slowakische Republik <sup>1)</sup>	10,5	5,8	-4,8	-5,0	-3,6	4,7	4,2	3,8
Finnland	5,3	0,9	-8,0	-8,4	-8,0	-9,0	4,4	3,5
<b>Euroraum</b>	<b>2,8</b>	<b>0,4</b>	<b>-4,1</b>	<b>-4,0</b>	<b>-2,0</b>	<b>0,8</b>	<b>2,0</b>	<b>1,9</b>
Dänemark	1,6	-1,1	-5,2	-6,0	-3,1	-0,9	2,8	3,4
Schweden	3,3	-0,6	-5,3	-6,4	-1,6	2,8	4,5	6,8
Vereinigtes Königreich	2,7	-0,1	-4,9	-5,3	-2,8	-0,3	1,6	2,7
Bulgarien <sup>1)</sup>	6,4	6,2	-4,9	-4,9	-5,8	-4,0	0,5	1,0
Tschechische Republik <sup>1)</sup>	6,1	2,5	-4,1	-5,0	-2,9	1,0	2,9	2,5
Estland <sup>1)</sup>	6,9	-5,1	-13,9	-15,4	-8,8	-2,6	3,1	5,0
Lettland <sup>1)</sup>	10,0	-4,2	-18,0	-19,1	-16,8	-6,0	-2,1	2,9
Litauen <sup>1)</sup>	9,8	2,9	-14,7	-14,5	-14,5	-2,0	1,1	1,1
Ungarn <sup>1)</sup>	0,8	0,8	-6,7	-7,5	-4,3	0,1	1,0	1,7
Polen <sup>1)</sup>	6,8	5,1	1,7	1,2	3,5	2,7	3,6	4,8
Rumänien <sup>1)</sup>	6,3	7,3	-7,1	-7,1	-6,5	-2,6	-0,5	-2,5
<b>EU27</b>	<b>3,0</b>	<b>0,5</b>	<b>-4,2</b>	<b>-4,3</b>	<b>-2,2</b>	<b>0,6</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>
Kroatien <sup>1)</sup>	5,5	2,4	-5,8	-5,7	-4,5	-2,5	-2,5	0,2
Türkei <sup>1)</sup>	4,7	0,7	-4,7	-2,7	6,0	11,8	10,2	5,5
USA	1,9	0,0	-2,6	-2,7	0,2	2,4	3,0	3,2
Japan	2,4	-1,2	-6,3	-6,2	-1,8	5,5	3,5	5,0
Schweiz	3,6	1,9	-1,9	-1,9	-0,2	1,7	3,0	3,1
Russland <sup>1)</sup>	8,5	5,2	-7,9	-8,6	-2,9	3,1	5,2	2,7
Brasilien	6,1	5,1	-0,2	-1,3	4,4	8,9	8,7	8,5
China	13,3	9,3	8,5	9,1	10,7	11,9	10,3	8,7
Indien	9,9	9,4	9,4	6,4	7,3	11,2	10,0	8,8

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, Thomson Reuters.

1) nicht saisonbereinigt.

**Industrieproduktion<sup>1)</sup>**

Land	2007	2008	2009	Jul10	Aug10	Sep.10	Okt.10	Nov.10
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Belgien	2,7	-5,8	-6,2	5,8	9,6	10,3	7,1	..
Zypern	3,1	-4,7	-0,5	-4,9	4,2	1,5	-1,9	..
Deutschland	6,1	-6,2	-17,0	11,8	12,0	8,4	12,7	11,4
Irland	4,9	-1,5	-2,6	12,8	10,9	10,7	7,7	14,2
Griechenland	2,2	-3,4	-9,3	-8,0	-1,1	-10,3	-4,6	-8,0
Spanien	1,9	-8,5	-15,8	-0,1	1,6	-1,7	-1,9	2,3
Frankreich	1,5	-4,5	-12,0	6,2	3,6	4,1	5,2	5,9
Italien	-0,2	4,4	-17,6	5,6	9,7	4,4	2,9	4,1
Luxemburg	0,3	-18,0	-1,9	10,7	11,0	-3,8	3,2	0,0
Malta	x	x	-11,8	7,6	3,2	3,3	0,5	-2,7
Niederlande	3,1	-2,4	-7,8	5,2	4,8	2,3	5,9	..
Österreich	4,9	-12,8	-0,7	9,0	10,4	8,9	7,4	..
Portugal	1,8	-5,6	-8,6	0,8	0,9	-2,0	-2,2	0,7
Slowenien	6,2	-11,2	-17,4	9,4	11,0	5,0	8,1	5,3
Slowakische Republik	16,9	3,2	-13,7	16,8	16,3	13,3	13,3	..
Finnland	4,4	-7,9	-21,2	3,3	6,8	8,2	11,4	6,3
<b>Euroraum</b>	<b>3,5</b>	<b>-4,8</b>	<b>-15,0</b>	<b>7,4</b>	<b>8,5</b>	<b>5,6</b>	<b>7,1</b>	<b>7,5</b>
Dänemark	0,4	-7,5	-15,0	2,8	0,0	9,4	6,3	..
Schweden	4,1	-10,4	-17,8	15,3	10,0	9,1	9,0	13,2
Vereinigtes Königreich	0,2	1,9	-10,4	2,6	3,8	4,8	4,1	..
Bulgarien	9,5	0,5	-18,2	2,3	4,0	8,8	4,0	5,6
Tschechische Republik	10,6	-2,4	-13,1	10,7	10,1	12,5	9,6	13,0
Estland	6,4	-4,7	-26,0	24,5	21,9	31,0	37,5	35,0
Lettland	1,0	-3,8	-15,8	18,5	20,8	19,2	21,6	11,4
Litauen	2,4	5,5	-14,6	4,3	11,0	8,3	17,4	17,2
Ungarn	8,0	-0,9	-17,5	11,6	14,9	11,0	8,3	..
Polen	9,5	2,1	-3,6	11,6	13,3	12,0	10,4	6,9
Rumänien	10,1	2,6	-6,0	3,7	4,6	5,0	..	..
<b>EU27</b>	<b>3,3</b>	<b>-5,3</b>	<b>-13,9</b>	<b>7,1</b>	<b>8,0</b>	<b>6,2</b>	<b>7,0</b>	<b>7,2</b>
Kroatien	5,1	0,7	-9,0	-1,8	-0,6	3,1	-4,4	0,3
Türkei	7,5	-0,8	-10,1	9,0	14,0	12,9	12,9	8,4
USA	1,5	-2,2	-9,7	7,5	6,4	5,4	5,5	5,4
Japan	2,8	-3,3	-22,4	-10,2	-11,8	-13,6	-13,7	-10,6
Schweiz	9,5	0,2	-7,8	2,3	1,4	-0,5	-2,6	-4,9
Russland	6,4	2,5	-9,3	6,0	7,1	6,3	6,7	6,8
Brasilien	5,9	3,1	-6,8	9,7	8,2	6,7	3,7	4,2
China <sup>2)</sup>	x	x	x	x	x	x	x	x
Indien	9,8	4,2	6,6	19,0	10,3	7,8	15,0	6,0

Quelle: Eurostat, OECD, WIIW, FED, Meti, Thomson Reuters.

1) nicht saisonal, jedoch arbeitstäglich bereinigt; Schweiz, Russland, Brasilien, Indien nicht bereinigt.

2) Keine Werte vorhanden.

**Arbeitslosenquoten<sup>1)</sup>**

Land	2007	2008	2009	Jul10	Aug10	Sep.10	Okt.10	Nov.10
	<i>in % gemäß ILO-Definition</i>							
Belgien	7,5	7,0	7,9	8,5	8,5	8,4	8,3	8,3
Zypern	4,0	3,6	5,3	6,9	7,0	6,9	7,1	7,2
Deutschland	8,4	7,3	7,5	6,8	6,7	6,7	6,7	6,7
Irland	4,6	6,3	11,9	13,6	13,7	13,9	13,9	13,9
Griechenland	8,3	7,7	9,5	12,9	12,9	12,9	..	..
Spanien	8,3	11,3	18,0	20,4	20,5	20,6	20,6	20,6
Frankreich	8,4	7,8	9,5	9,7	9,7	9,7	9,7	9,8
Italien	6,1	6,7	7,8	8,3	8,2	8,4	8,7	8,7
Luxemburg	4,2	4,9	5,1	4,7	4,7	4,7	4,7	4,8
Malta	6,4	5,9	7,0	6,7	6,5	6,5	6,5	6,3
Niederlande	3,6	3,1	3,7	4,6	4,5	4,4	4,4	4,4
<b>Österreich</b>	4,4	3,8	4,8	4,4	4,5	4,7	4,9	5,1
Portugal	8,1	7,7	9,6	11,1	11,1	11,1	11,0	11,0
Slowenien	4,9	4,4	5,9	7,2	7,3	7,3	7,5	7,5
Slowakische Republik	11,1	9,5	12,0	14,4	14,4	14,5	14,5	14,5
Finnland	6,9	6,4	8,2	8,3	8,2	8,1	8,0	7,9
<b>Euroraum</b>	7,5	7,5	9,4	10,0	10,0	10,0	10,1	..
Dänemark	3,8	3,3	6,0	7,3	7,3	7,6	7,8	..
Schweden	6,1	6,2	8,3	8,5	8,2	8,2	8,1	7,8
Vereinigtes Königreich	5,3	5,6	7,6	7,7	7,7	7,8	..	..
Bulgarien	6,9	5,6	6,8	10,0	10,0	10,1	10,1	10,2
Tschechische Republik	5,3	4,4	6,7	7,1	7,1	7,1	7,2	7,3
Estland	4,7	5,5	13,8	16,2	16,2	16,2	..	..
Lettland	6,0	7,5	17,1	18,2	18,2	18,2	..	..
Litauen	4,3	5,8	13,7	18,3	18,3	18,3	..	..
Ungarn	7,4	7,8	10,0	11,1	11,0	11,0	11,2	..
Polen	9,6	7,1	8,2	9,6	9,6	9,7	9,8	..
Rumänien	6,4	5,8	6,9	7,3	7,3	7,3	..	..
<b>EU27</b>	7,2	7,0	8,9	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6
Kroatien <sup>2)</sup>	9,6	8,4	9,1	11,9	12,1	12,4	..	..
Türkei <sup>3)</sup>	8,8	9,7	12,5	..	..	..	..	..
USA	4,6	5,8	9,3	9,5	9,6	9,6	9,6	9,8
Japan	3,9	4,0	5,1	5,2	5,1	5,0	5,1	..
Schweiz	2,8	2,6	4,9	3,8	3,8	3,7	..	..
Russland <sup>3)</sup>	6,2	6,4	8,4	7,1	6,8	6,6	6,7	6,6
Brasilien	9,3	7,9	8,1	6,9	6,7	6,2	6,1	5,7
China	4,0	4,2	4,3	x	x	x	x	x
Indien <sup>4)</sup>	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, WIW, Nationale Notenbanken, Thomson Reuters.

1) EU27: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) Arbeitslosenquote auf Basis registrierter Arbeitsloser.

3) Unterjährig: Quartalsdaten.

4) Keine Werte vorhanden.

## Fiskaldaten und Leistungsbilanzsalden

Land	Budgetsalden			Staatsschulden			Leistungsbilanz		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	<i>in % des BIP</i>			<i>in % des BIP</i>			<i>in % des BIP</i>		
Belgien	-0,3	-1,3	-6,0	84,2	89,6	96,2	3,9	1,1	2,0
Zypern	3,4	0,9	-6,0	58,3	48,3	58,0	-11,7	-17,7	-8,5
Deutschland	0,3	0,1	-3,0	64,9	66,3	73,4	7,6	6,7	5,0
Irland	0,0	-7,3	-14,4	25,0	44,3	65,5	-5,5	-5,7	-3,1
Griechenland	-6,4	-9,4	-15,4	..	..	..	-15,7	-16,4	-14,0
Spanien	1,9	-4,2	-11,1	36,1	39,8	53,2	-10,0	-9,6	-5,5
Frankreich	-2,7	-3,3	-7,5	63,8	67,5	78,1	-2,2	-2,7	-2,9
Italien	-1,5	-2,7	-5,3	103,6	106,3	116,0	-1,8	-3,1	-3,2
Luxemburg	3,7	3,0	-0,7	6,7	13,6	14,5	10,1	5,3	6,7
Malta	-2,3	-4,8	-3,8	61,7	63,1	68,6	-6,2	-5,6	-6,1
Niederlande	0,2	0,6	-5,4	45,3	58,2	60,8	8,4	4,8	3,4
Österreich	-0,4	-0,5	-3,5	59,3	62,5	67,5	4,0	3,7	2,6
Portugal	-2,8	-2,9	-9,3	62,7	65,3	76,1	-10,2	-12,5	-10,4
Slowenien	0,0	-1,8	-5,8	23,4	22,5	35,4	-4,5	-6,8	-1,4
Slowakische Republik	-3,2	-2,1	-7,9	29,6	27,8	35,4	-5,2	-6,9	-3,4
Finnland	5,2	4,2	-2,5	35,2	34,1	43,8	4,2	3,5	1,3
<b>Euroraum</b>	<b>-0,6</b>	<b>-2,0</b>	<b>-6,3</b>	<b>66,4</b>	<b>70,1</b>	<b>79,2</b>	<b>0,3</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,7</b>
Dänemark	4,8	3,4	-2,7	27,4	34,2	41,4	1,4	2,7	3,6
Schweden	3,6	2,2	-0,9	40,0	38,2	41,9	8,6	8,9	7,3
Vereinigtes Königreich	-2,7	-5,0	-11,4	44,5	52,1	68,2	-2,6	-1,6	-1,3
Bulgarien	1,1	1,7	-4,7	17,2	13,7	14,7	-20,1	-20,6	-8,5
Tschechische Republik	-0,7	-2,7	-5,8	29,0	30,0	35,3	-2,6	-0,8	-1,2
Estland	2,5	-2,8	-1,7	3,7	4,6	7,2	-17,2	-8,8	4,5
Lettland	-0,3	-4,2	-10,2	9,0	19,7	36,7	-22,3	-13,1	8,6
Litauen	-1,0	-3,3	-9,2	16,9	15,6	29,5	-15,1	-13,1	2,6
Ungarn	-5,0	-3,7	-4,4	66,1	72,3	78,4	-7,0	-7,0	-0,4
Polen	-1,9	-3,7	-7,2	45,0	47,1	50,9	-5,1	-4,8	-1,9
Rumänien	-2,6	-5,7	-8,6	12,6	13,4	23,9	-13,6	-11,4	-4,5
<b>EU27</b>	<b>-0,9</b>	<b>-2,3</b>	<b>-6,8</b>	<b>58,8</b>	<b>61,8</b>	<b>74,0</b>	<b>-0,5</b>	<b>-1,0</b>	<b>-0,6</b>
Kroatien	-2,5	-1,4	-4,1	32,9	28,9	35,3	-7,6	-9,2	-5,2
Türkei	-1,0	-2,2	-6,7	39,4	39,5	45,4	-5,8	-5,5	-2,2
USA	-2,7	-6,4	-11,1	62,0	71,1	84,4	-5,1	-4,7	-2,7
Japan	-2,5	-2,0	-6,9	167,1	173,9	192,8	4,8	3,2	3,5
Schweiz	1,6	2,5	0,7	46,5	44,3	42,2	9,1	2,4	12,7
Russland	6,0	4,9	-6,2	7,2	5,7	5,7	6,0	6,1	3,9
Brasilien	-2,8	-2,0	-3,5	x	x	x	0,1	-1,7	-1,5
China	2,0	1,1	-1,8	x	x	x	11,0	9,4	5,8
Indien	-4,2	-8,8	-10,1	x	x	x	-1,0	-2,2	-1,8

Quelle: Eurostat, EU-Kommission, IWF, OECD, Russisches Finanzministerium, Nationale Zentralbanken.